

17

Bonn, Freitag 27. November 1964

Sprecher: Adenauer, Barzel, Blumenfeld, Burgbacher, Dichtel, Dollinger, Dufhues, Erhard, Grundmann, Gurf, Hellwig, Jansen, Katzer, Klepsch, Kohl, Krone, Lemke, Lücke, Röder, Scheufelen, Schmücker, Frau Schwarzhaupt, [Stingl].

Bericht zur Lage (Erhard). Aussprache: Außenpolitische Differenzen; Kommunalwahlen im Herbst 1964; Bundestagswahlkampf 1965. Ort und Termin des Bundesparteitages 1965. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 14.10 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, an Ihrer Spitze den Herrn Bundeskanzler. Es haben sich entschuldigt die Herren Erik Blumenfeld ... (*Zuruf:* Ist da!) Der scheint sich im voraus zu entschuldigen! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Dr. Rupprecht Dittmar, Dr. Eugen Gerstenmaier, Dr. Bruno Heck, Claus Joachim von Heydebreck, Kurt Georg Kiesinger, Dr. Franz Meyers, Prof. Dr. Paul Mikat, Dr. Otto Schmidt, Dr. Gerhard Stoltenberg, Franz Etzel, Dr. Wilhelm Bosse¹, Frau Annette Dörzenbach², Frau Dr. Mathilde Gantenberg³, Georg Grosse⁴, Dr. Anton Köchling⁵, Walter Kühthau⁶, Lambert Lensing⁷, Dr. Ferdinand

1 Dr. Wilhelm Bosse (1900–1971), Rechtsanwalt und Notar; 1954–1961 Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Altona, 1961–1966 MdHB.

2 Annette Dörzenbach (geb. 1921), 1952 CDU, 1959–1976 Mitglied des Kreistags (Mosbach, ab 1973 Neckar-Odenwald).

3 Dr. Mathilde Gantenberg (1889–1975), Lehrerin; 1956–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 657 Anm. 15.

4 Georg Grosse (1900–1973), Bankdirektor; 1920 Zentrum, 1945 Mitgründer der CDU Thüringen und 1946–1947 stv. Landesvorsitzender, ab 1946 MdL Thüringen (1946–1948 Minister für Handel und Versorgung), 1949 Flucht nach West-Berlin, ab 1950 Mitglied des Hauptvorstands der Exil-CDU, 1956 Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft, Aachen.

5 Dr. Anton Köchling (1903–1990), Jurist; 1945 CDU, 1950–1954 Oberkreisdirektor des Landkreises Recklinghausen, 1954–1968 Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.

6 Walter Kühthau (1906–1978), Verwaltungsangestellter; 1948–1955 Stadtverordneter in Oberhausen (CDU), 1952–1955 Bürgermeister, 1955–1958 Stadtkämmerer in Wuppertal, 1950–1954 und 1966–1975 MdL NW, 1953–1961 MdB.

7 Lambert Lensing (1889–1965), Verleger; 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 50 Anm. 11.

Marx⁸, Dr. Schlegelberger⁹, Carl Schultheis¹⁰, Dr. Arthur Schwinkowski¹¹, Dr. Hans Steinmetz¹², Dr. Hans Syren¹³, Heinz Zettel¹⁴.

Meine verehrten Damen und Herren! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, haben wir zweier Freunde zu gedenken, die der Tod aus unserer Mitte weggenommen hat. Ich gedenke zunächst unseres Freundes Heinrich von Brentano, des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, außerdem war er von Anfang an Mitglied des Bundesvorstandes.¹⁵ Herr von Brentano war ein großer Politiker. Er war ein sehr ernster Arbeiter und ein sehr liebenswürdiger Mensch. Er war vor allem ein treuer Mann. Er war treu in der Politik, er war treu im menschlichen Leben. Und so war er uns allen ein liebenswerter und teurer Freund. Seine großen Verdienste um unsere Partei sind bei verschiedenen Gelegenheiten geschildert worden. Wir alle, die wir Zeuge seiner Arbeit waren, können nur unterstreichen, daß hier nicht übertrieben worden ist, sondern daß er in Wahrheit einer unserer hervorragendsten und wesentlichsten Stützen war in den Jahren seit 1945. Er hat lange gelitten. Es wird Ihnen gegangen sein, wie es mir gegangen ist, wir waren alle in tiefer und ernster Sorge um ihn. Wir hatten die Hoffnung, aber schließlich hat uns sein Heimgang nicht überrascht. Wir werden ihm in des Wortes bester Bedeutung ein treues und gutes und von Dankbarkeit erfülltes Andenken bewahren.

In diesen Tagen, meine verehrten Damen und Herren, hat dann der Tod aus unserer Mitte weggenommen den Herrn Kollegen Johannes Even.¹⁶ Herr Kollege Even ist seit langen Jahren Mitglied des Bundestages gewesen, und wir alle haben seine lautere und stille Haltung und Arbeit immer mehr schätzen gelernt. Er war für uns ein sehr wertvoller Mitarbeiter, ein sehr zuverlässiger Mann. Lassen Sie mich auch hier bei ihm

8 Dr. Ferdinand Marx (1902–1973), Rechtsanwalt und Notar; Aufsichtsratsvorsitzender der C. Deilmann Bergbau GmbH, der Harpener Bergbau AG, der Volkswohl Krankenversicherung V.V.a. G.

9 Dr. Hartwig Schlegelberger (1913–1997), Jurist; 1954–1961 Landrat des Landkreises Flensburg (CDU), 1958–1975 MdL Schleswig-Holstein (1961–1963 Finanzminister, 1963–1971 Innenminister), 1971–1979 Vorstandsvorsitzender der Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein, 1979–1995 Präsident des DRK-Landesverbandes Berlin.

10 Karl Schultheis (1898–1971), Kaufmann; Kreisgeschäftsführer und 1947 stv. Vorsitzender der CDU Braunschweig-Stadt, 1954–1965 Landesgeschäftsführer der CDU Braunschweig.

11 Dr. Arthur Schwinkowski (1908–1994), Lehrer; 1946–1967 Studien-, Oberstudienrat und Direktor in Kiel, 1950–1954 und 1958–1969 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1958–1967 2. Landtagsvizepräsident, 1957–1967 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Kiel.

12 Dr. Hans Steinmetz (1908–1987), Jurist; 1956–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 782 Anm. 1.

13 Dr. Hans Syren (geb. 1923), Rechtsanwalt; 1947 CDU, 1964–1972 Vorsitzender des KV Mannheim, 1968 stv. Landesvorsitzender Nordbaden, 1968–1978 Stadtrat, 1978–1988 Bürgermeister in Mannheim.

14 Heinrich Wilhelm Zettel (1909–1992), 1953–1971 Landesgeschäftsführer der CDU Hamburg, 1957–1970 und 1973–1974 MdHB.

15 Von Brentano war am 14. November 1964 nach längerer Krankheit verstorben.

16 Even war am 24. November 1964 verstorben.

das Wort bekräftigen, was ich eben von unserem Freund von Brentano gesagt habe, er war ein lauterer Mann, ein Mann, der das wollte, was er sagte. So ist auch durch seinen Weggang eine große Lücke in unseren Kreis gerissen worden. Wir werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich begrüße dann in unserer Mitte als neue Mitglieder unsere Kollegen Stingl und den Landrat Jansen von der KPV. Ich glaube, wir werden zwei wertvolle Mitarbeiter bekommen. Ich begrüße die Herren herzlich in unserer Mitte.

Meine Damen und Herren! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen noch vorschlagen, daß wir uns zum Schluß noch mit folgendem Tagesordnungspunkt befassen: Beschlußfassung über Ort und Termin des Bundesparteitages 1965. Die Beschlußfassung konnte deshalb nicht eher erfolgen, weil die großen Säle, die für uns in Frage kommen, sehr selten in Deutschland sind.

Ich möchte Ihnen weiter vorschlagen, daß wir mit dem beginnen, was mir das wichtigste heute zu sein scheint, abgesehen von der allgemeinen Mohrenwäsche, die wir nachher vorzunehmen haben, daß wir also zunächst das entgegennehmen, was uns unser Bundeskanzler zu sagen hat.

BERICHT ZUR LAGE

Erhard: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich begrüße die Gelegenheit, wieder einmal etwas Grundsätzliches sagen zu dürfen, und zwar einmal zu unserer Partei und zum anderen zu unserer Aufgabe. Denken wir zurück an den Ursprung. Wir waren nicht geformt aus Ideologien und aus Traditionen, sondern wir in der CDU wurden zusammengeschweißt aufgrund einer politischen Aufgabe, nämlich Deutschland wieder zu erretten aus einer schier unheilvollen und hoffnungslosen Situation. Das hat uns Mut und Stärke gegeben. Wir sind ans Werk gegangen. Wir haben uns nicht damit aufgehalten, zwischen den einzelnen Gruppen Balancen herzustellen oder Interessentenpolitik und Gruppenpolitik in den Vordergrund zu stellen, sondern es war zwingend, daß wir das Gemeinsame vorausstellen mußten. Ein Ausweichen war überhaupt nicht gegeben.

Meine Damen und Herren! Wer in der Verantwortung steht, der ist wohl gefeit davor, sich in Utopien und Illusionen zu ergehen. Da hat es eine Opposition sehr viel einfacher. Sie unterliegt auch dieser Verlockung, während wir immer gehalten waren, handfest anzupacken. Das ist seit dem Beginn bis zu diesem Augenblick so geblieben. Ich hoffe, es wird auch weiterhin so bleiben.

Meine Damen und Herren! Die SPD, über die ich noch einiges nachher sagen werde, hat überhaupt keine Konzeption, sie fühlt sich ängstlich, überhaupt irgendeine Alternative aufzuzeigen. Sie glaubt, sie könne im Lehnstuhl sitzen. Sie glaubt weiter, je weniger sie Profil zeige und je mehr wir uns unter Umständen weiter zerfleischen, um so sicherer werde sie zum Zuge kommen. Das ist auf dem Parteitag

in Karlsruhe ganz eindeutig zum Ausdruck gekommen.¹⁷ Sie haben nicht ein echtes Problem angesprochen; sie haben keine Alternativen gezeigt; sie haben keine neue Lösungsmöglichkeit geboten, sondern sie haben nur gesagt, je stiller wir uns verhalten, je weniger wir auffallen, je weniger irgendwelche Strömungen auf unserem Parteitag zum Ausdruck kommen, um so sicherer werden wir die Wahl gewinnen, denn wir vertrauen auf die CDU, daß sie das Geschäft für uns besorgt. – Das wollen wir ihnen gründlich verderben, und ich hoffe, daß das bei uns so unmißverständlich zum Ausdruck kommt, wie es überhaupt nur möglich erscheint. (*Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Es ist ganz sicher, wir müssen kämpfen, aber nicht nur deshalb, weil wir etwa eine falsche Politik betrieben hätten, nein, sondern weil auch wir wieder vor Aufgaben in der Außenpolitik, in der Innenpolitik und in der Wirtschafts- sowie Gesellschaftspolitik stehen, die einfach unsere ganze Kraft und unsere ganzen Anstrengungen sowie auch unsere ganze Verantwortung erfordern. Das deutsche Volk hat wirklich keinen Grund, zu jammern oder unzufrieden zu sein, aber wir kennen das Drängen der verschiedenen Arten. Es geht nicht nur um materielle Hilfe, sondern es sind auch andere Werte, die dabei auf dem Spiele stehen. Die SPD verhöhnt mich, weil ich es gelegentlich einmal für notwendig hielt, dem deutschen Volke vor Augen zu führen, daß eben nicht nur der Konsum die letzte Rettung und der höchste Wert sei.¹⁸ Wir sind nicht eine Nation von frisch-fröhlichen Konsumenten, sondern wir haben auch andere Aufgaben zu erfüllen. Und wenn die SPD jetzt nichts anderes weiß, als wieder mehr Konsum anzupreisen, so haben wir doch zunächst einmal dafür gesorgt, daß das deutsche Volk überhaupt wieder konsumieren kann.

Aber wir haben mehr getan. Wir haben nicht nur an den Konsum, sondern auch daran gedacht, aus diesem deutschen Volke wieder eine geistige, eine sittliche Einheit werden zu lassen. Meine Damen und Herren! Ob man es will oder nicht, mit dem Blick auf Großbritannien wird es besonders deutlich, daß eben doch jedes Volk gehalten ist, in seinen Grenzen zu bleiben und nach seinen Maßen zu leben. Jeder Verstoß gegen dieses Prinzip rächt sich bitter.

Wenn wir von Maßhalten sprechen, dann nicht etwa, weil wir nun mit erhobenem Zeigefinger den Oberlehrer spielen wollen über das deutsche Volk, nein, sondern weil wir den Wohlstand retten, sichern und fortführen wollen. Nur aus diesem Grunde und nicht wegen einer pädagogischen Erziehungsaufgabe tun wir das. Für 1965 ist das Ziel klar vorgezeichnet. Wir haben alle Anstrengungen dahin zu wenden, daß wir diese Wahl gewinnen. Wenn wir sie nicht gewinnen, dann wird sich ganz deutlich zeigen, wohin das deutsche Volk dann gerät, nämlich unter die Herrschaft einer

17 Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 23. bis 27. November 1964 in Karlsruhe. Bonn 1964.

18 Anspielung auf seine zahlreichen Maßhalteappelle. – Vgl. z. B. Appell des Bundesministers für Wirtschaft, Dr. Ludwig Erhard, an Vernunft und Verantwortung vom 21. März 1962 in BULLETTIN vom 23. März 1962 S. 477–480; AdG 1962 S. 9756; KOERFER S. 631 f.

Parteienapparatur, die so vollkommen wie nur möglich sein kann, aber die seelenlos den Menschen einfach niederzwingt. Wenn die SPD als eine Mitgliederpartei gilt, wir aber den Blick nach Hessen wenden, dann wissen wir ganz genau, warum das eine Mitgliederpartei ist. Wer etwas werden will, wer fortkommen will, der muß zur Partei, und dafür muß bezahlt werden, wenn man eine Chance haben will. Aber das ist nicht der Staat, den wir uns vorstellen. Das ist nicht die Regierungsform, die eines demokratischen Volkes würdig ist.

Die SPD will sich auf dieser Grundlage durch eine permanente Anpassung an die Macht schleichen. Sie gebärdet sich „fortschrittlich“. Nun, das eine ist sicher, Schritt für Schritt nähert sie sich uns mehr an. Wenn das fortschrittlich ist, Schritt für Schritt uns nachzufolgen, dann mag der Begriff gelten, aber im Grunde genommen ist es eine reaktionäre Partei. Und alles das, was modern an ihr anmutet, alles das, was sie als moderne Ausstrahlung bekunden möchte, ist nicht mehr als ein Plagiat, ist Nachahmung. Wenn ich einen Roman abschreibe, dann bin ich noch lange kein Dichter, und wenn ich ein politisches Programm abschreibe, dann bin ich noch lange kein Politiker. (*Lebhafter Beifall.*) Das gilt in besonderem Maße für die SPD. In Koblenz sagte ich kürzlich bei einer Veranstaltung der Jungen Union¹⁹, das sind die Fußkranken, die, wenn sie auch immer gerne wollen, zum Schluß doch nicht nachkommen. – Hier auf diesem Parteitag in Karlsruhe²⁰ ist es die Partei der Mitläufer gewesen.

Meine Damen und Herren! Halten wir uns aber damit nicht auf. Unser Ziel ist klar gesteckt, wir haben eine ganze Reihe von Aufgaben vor uns. Wir haben neue Ideen zur Diskussion gestellt und wollen sie nun in die Wirklichkeit übertragen, aber nicht mit Polemik gegenüber anderen – obwohl einmal hart gesagt werden muß, was eigentlich ist –, sondern wir wollen an unsere eigenen Aufgaben denken, und damit möchte ich jetzt anfangen.

Welches sind eigentlich die Probleme, mit denen wir uns zu befassen haben? Meine lieben Freunde! Ich kann natürlich nun nicht alles und jedes ansprechen, sondern ich muß das Wichtigste vorausstellen. Da stellt sich uns zunächst das europäische Problem dar, und zwar im umfassenden Sinne, nämlich Europa mehr zu formen, ihm eine Gestalt und auch ein Gewicht zu geben, und zwar im gesamten Weltgeschehen, das diesem alten Kontinent in seiner Geschichte und in seiner Tradition und in seiner Leistung würdig ist.

Sie wissen, daß ich nach meiner Amtsübernahme wieder den Gedanken der politischen Union in den Vordergrund gestellt und daß ich nicht gerade eine dankbare Aufgabe übernommen habe, wieder neue Ansätze einer politischen Zusammenarbeit

19 Ansprache in: Junge Union Deutschlands: Jugendkongreß der Jungen Union Deutschlands. Referate und Ergebnisse des Jugendkongresses vom 20. bis 22. November 1964 in Koblenz. Bonn 1965 S. 64–80, hier S. 72 (vgl. Nr. 16 Anm. 43). Vgl. FAZ vom 23. November 1964 „Erhard wirft der SPD autoritäre Neigungen und Fanatismus vor“.

20 Vgl. Anm. 17.

zu finden. Ich habe den Eindruck, als ob die Früchte jetzt heranzureifen beginnen, denn wir sehen ganz deutlich das ganze europäische Problem. Soweit es zunächst einmal von den sechs Partnerstaaten der EWG geformt ist, ist es ein ganzes und ein unteilbares. Über die Agrarpolitik und den Getreidepreis wird noch einiges zu sagen sein sowie überhaupt über den Fortgang innerhalb der EWG, über die weitere Straffung der wirtschaftlichen Integration, aber auch über die Ansätze einer politischen Zusammenarbeit in der politischen Union sowie schließlich über die Kennedy-Runde. Das alles ist ein ganzes und ein unteilbares Problem.

Meine Damen und Herren! Ich habe wirklich nicht bis fünf Minuten vor zwölf, sondern bis eine Minute vor zwölf gewartet, um dann zu einem Entschluß zu kommen. Ich hoffe, Sie teilen ihn alle und Sie bemühen sich mit mir darum, ihn durchzusetzen, denn die Position, den Getreidepreis unter allen Umständen aufrechtzuerhalten bis zum 1. Januar 1970, ist unhaltbar geworden.²¹ Damit wären wir mitschuldig geworden an alledem, was den Aufbau und den Fortgang Europas ausmacht, sei es nun die wirtschaftliche Situation oder seien es die hoffnungsvollen Ansätze zu einer politischen Integration oder auch in der Kennedy-Runde.

Meine Damen und Herren! Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, es kann auch nicht im Interesse unserer Landwirtschaft liegen, daß sie etwa neben der kritischen Würdigung aus dem Inland selbst nun die ganze Schuld auf sich nehmen möchte. Damit würde in Europa immer wieder auf der Stelle getreten. Man sagt uns, solange ihr hier trotz der klaren Zusage an einen gemeinsamen Agrarmarkt auf der Stelle tretet, so lange ist Europa erstarrt. Ich habe ganz deutlich gemacht und habe es auch bewiesen, wenn wir jetzt an den Getreidepreis herangehen und damit den Weg freimachen wollen für Europa, dann wollen wir das nicht gegen die Bauern und nicht zum Schaden der Bauern, sondern wir wollen es mit unseren Landwirten und mit ihren Organisationen durchsetzen. Ich habe es mir viele Stunden kosten lassen, um mich darüber mit allen möglichen Leuten zu unterhalten, auch mit Herrn Rehwinkel persönlich. Ich habe gesagt, natürlich hat das einen gewissen Preis, das wußten wir von Anfang an, aber der politische Wert ist so groß, daß wir unter allen Umständen dafür sorgen müssen, daß unserer Landwirtschaft kein Schaden erwächst. Wir müssen dafür sorgen, daß das, was hier an Wettbewerbsungleichheit gegenüber anderen vorhanden ist, beseitigt wird. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir noch im Monat Dezember hier zu einer klaren Aussage kommen, wenn wir schon Anfang nächster Woche grünes Licht geben für die Verhandlungen in Brüssel, dann wird die ganze europäische Idee einen neuen Impuls erhalten. Ich spreche nicht von ungefähr, sondern Sie mögen mir

21 Im EWG-Vertrag wurde der Gemeinsame Markt und damit ein einheitliches Preisniveau erst ab dem 1. Januar 1970 vorgeschrieben (BULLETIN vom 10. November 1964 S. 1512). Die Bundesregierung verhinderte in einer Tagung des Ministerrates der EWG am 1./2. Juni 1964 die Vorverlegung dieses Termins. Um die europäische Integration nicht zu gefährden, beschloß die Bundesregierung im Dezember 1964, der Harmonisierung der Getreidepreise zum 1. Juli 1967 zuzustimmen (Sten.Ber. 4. WP Bd. 56 S. 7300-7302).

das glauben. In dem Augenblick, wo wir uns von der Stelle bewegen, werden wir uns auch über die politische und europäische Union unterhalten. Ich hoffe, daß das sehr bald auf möglichst hoher Ebene der Fall sein wird. (*Beifall.*) Das ist so wichtig, das ist so elementar, das entspringt unserem Denken und unserer politischen Arbeit von Anfang an, daß es von einem ausschlaggebenden Wert ist, wenn wir jetzt wieder tatsächlich einen hoffnungsvollen Ansatz und einen wesentlichen Fortschritt in den europäischen Fragen machen.²²

Meine Damen und Herren! Natürlich gibt es noch andere Fragen außenpolitischer Art, die im Augenblick eine letzte Aussage nicht zulassen. Es bleibt noch offen die Frage, wie soll dieser Kontinent verteidigt werden, und welche Formen sind hier gemäß? Es ist selbstverständlich, daß wir davon abhängig sind, von welcher Art die Bedrohung ist, die uns gegenübersteht. Dementsprechend muß auch unsere Verteidigung eingerichtet sein, natürlich nicht, um damit Krieg zu führen, sondern um durch die Abschreckung den Krieg zu verhindern. Ich glaube aber, es wäre in diesem Augenblick verfrüht, schon in festen Formen oder festen Kategorien zu denken; denn insbesondere die etwas zwielichte Haltung Großbritanniens und die unterschiedlichen Aussagen des britischen Premierministers und des Außenministers lassen es kaum zu, überhaupt auch nur einigermaßen eine klare Vorstellung von dem zu gewinnen, was von dieser Seite vorgetragen wird.²³ Wir werden zwar im Laufe des Dezembers wohl noch etwas klüger werden, aber gestatten Sie mir, daß ich das Problem aus diesem Grunde jetzt nicht weiter vertiefe.

Es ist interessant, was auf dem Parteitag in Karlsruhe geschehen ist. Die SPD hat dort zwar dem französischen Staatspräsidenten eine eindeutige Absage erteilt, ohne aber zu sagen, wie ohne diese Freundschaft die europäische Einigung fortgeführt werden soll.²⁴ Auf der anderen Seite war sie zartfühlend genug, überhaupt den Namen Wilson in den Mund zu nehmen. So geht es nicht, meine Damen und Herren. Wir müssen Ausgleichs versuchen, wo immer sie liegen. Ich kann z. B. bestimmt nicht in den Geruch kommen, daß ich nicht alles versucht habe, um Großbritannien in den Gemeinsamen Markt zu führen. Ich habe das Menschenmögliche getan. Ich war auch immer dafür, daß der Gemeinsame Markt zunächst in sich konsolidiert werden soll, aber daß das kein letzter europäischer Wert ist, sondern das ganze freie Europa gehört zusammen; denn erst dann wird es das Gewicht und den entsprechenden Einfluß erhalten.

22 Vgl. deutsche Vorschläge zur Europapolitik vom 13. November 1964. Druck in BULLETIN vom 13. November 1964 S. 1535–1539; vgl. auch OSTERHELD: Außenpolitik S. 119.

23 Während der britische Außenminister Walker bei seinem Besuch in Bonn am 15. November 1964 noch Sondierungen bei den Verbündeten andeutete (AAPD 1964 S. 1304–1320), äußerte Wilson am 23. November 1964 (vgl. Anm. 37) Bedenken hinsichtlich der MLF-Planung (AdG 1964 S. 11543; AAPD 1964 S. 1385).

24 Antrag 162 der Arbeitsgemeinschaft A „Entschließung zu Deutschland und Europas Sicherheit“ in SPD, Parteitag Karlsruhe S. 972–976.

Von einer geringen Würdigung oder gar von einer Nichtanerkennung des Wertes von Großbritannien oder auch der nordischen Staaten, die unter sozialistischer Herrschaft stehen, kann gar keine Rede sein. Was sich jetzt in Großbritannien ereignet hat, geschieht ja nicht ganz von ungefähr. Wir haben nicht immer freundliche Worte von seiten des britischen Premierministers gehört, aber auf der anderen Seite haben wir stets die Freundschaft gepflegt. Wir wollen das auch in Zukunft tun, wir wollen daran keinen Zweifel lassen; denn das ist kein Gegensatz von Land zu Land, sondern wir haben unseren deutschen Standpunkt und unsere Wertvorstellungen gegenüber sozialistischen Vorstellungen zu verteidigen. Die britische Sozialdemokratie gebärdet sich so, daß unsere deutschen Genossen am liebsten von Wilson nicht begrüßt werden. (*Heiterkeit.*)

Sie wollen nichts davon wissen. Als man mit dem Antritt der Labour-Regierung dort eine fünfprozentige[!] Sonderzollregelung für die Einfuhr- und Exportsubventionen einführte²⁵ – das bedeutet eine gewisse Isolierung vom Weltmarkt, einen Schutz der heimischen Volkswirtschaft zu Lasten der Handelspartner –, da habe ich nicht feindselig reagiert, sondern gesagt, um Gottes willen, jetzt keine Repressalien; während z. B. die nordischen Staaten, die skandinavischen sozialistischen Länder der EFTA, sofort dagegen gerufen haben, hier müssen wir Gegenmaßnahmen ergreifen. Ich habe meinen ganzen Einfluß geltend gemacht und auch in Brüssel gesagt, um Gottes willen, nein, denn ich habe zurückgedacht an die Anfänge der dreißiger Jahre. Da ist es nämlich ebenso losgegangen mit der Krise. Wenn damals ein Land in Schwierigkeiten geraten war, glaubte es, es wäre das beste, sich zurückzuziehen und nach außen abzuschirmen, d. h. fremde Ware nicht hereinzulassen und die eigenen Waren mit Subventionsverfälschungen nach außen zu geben. Man hat geglaubt, das sei die Rettung. Seinerzeit haben alle Länder so reagiert, daß sie erklärten, dann werden wir uns auch schützen. Auf diese Weise ist dann die Weltwirtschaft demontiert und die Völker sind auseinandergerissen worden. Sie konnten sich überhaupt nicht mehr begegnen. Die nächste Folge war die Devisenzwangswirtschaft. Das allerletzte war die Tragik, die wir in Deutschland erlebt haben. Nein, meine Damen und Herren, nachdem ich von der Wirtschaft etwas verstehe, muß ich sagen, die Maßnahmen sind denkbar ungeeignet – das ist meine persönliche Meinung, hier in diesem Kreise kann ich es sagen –, um Großbritannien zu helfen. Ich bin überzeugt, es wird sich zum Schaden Großbritanniens auswirken.

Ich hatte das kaum ausgesprochen, da geht schon der nächste Schritt los. Man hat den Diskont von 5 auf 7 % erhöht.²⁶ Das ist allgemein eine Maßnahme, die geeignet sein soll, das ausländische Geld im Land zu halten und neues anzuziehen. Hier hat es die umgekehrte Wirkung gehabt, weil das Vertrauen nämlich schon durch

25 Am 26. Oktober 1964 gab die britische Regierung die Einführung einer 15%igen Importabgabe bekannt, die von den EFTA-Staaten kritisiert wurde (AdG 1964 S. 11504 f.).

26 Erhöhung des Diskontsatzes am 23. November 1964 (AdG 1964 S. 11547 f.).

die vorhergehenden Maßnahmen zerstört war. Man hat gesagt, um Gottes willen, jetzt auch das noch, jetzt los vom Pfund Sterling.

Meine Damen und Herren! In diesen letzten Tagen haben wir neben der einen Milliarde, die beim Währungsfonds gezogen wird, in schöner Solidarität – das ist kein Hohn, sondern buchstäblich wahr – Großbritannien noch einmal geholfen mit einer Devisenunterstützung in Höhe von drei Milliarden Dollar. Wir sind insgesamt beteiligt an den Stützungsaktionen des Pfund Sterling mit rund 800 Millionen Dollar. Das ist eine schöne Summe von über drei Milliarden DM. Wenn ich auch hier kein Junktim herstellen möchte zwischen der Solidarität, die wir üben, und den politischen Vorstellungen, die man in Großbritannien seitens unserer deutschen Anliegen hat, so ganz auseinanderreißen kann man das auch nicht! (*Lebhafter Beifall.*) Wir können füglich erwarten, daß man dann in Großbritannien, wenn wir entschlossen und bereit sind, im besten Sinne des Wortes Solidarität zu üben und zu helfen, wo immer es notwendig ist, wo immer Gefahren drohen für die freie Welt, auch unsere deutschen Anliegen künftighin in klarer Weise anerkennt.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe nicht, daß das mißverstanden wird, daß nämlich daraus eine Anklage gegenüber der britischen Regierung resultieren soll, nein, aber ich glaube, wir hier in diesem Kreise, die wir deutsches Schicksal geformt haben und seit zwölf Jahren deutsche Lebensinteressen vertreten, müssen sagen, es ist einfach nicht darauf zu verzichten.

Nun ein Wort an die Adresse Frankreichs, an den französischen Staatspräsidenten! Wir mögen nicht immer einer Meinung sein und es mag auch jetzt im Augenblick noch unklar sein, in welcher Form die Reform der NATO oder die nukleare Verteidigung Europas oder der atlantischen Welt vor sich gehen mag, aber eines ist ganz sicher, daß nämlich die letzten Äußerungen des französischen Staatspräsidenten in Straßburg einen Geist der Versöhnung gezeigt und schon wieder Hinweise gegeben haben auf eine Bereitschaft, in Europa zusammenzuarbeiten, gerade auch mit uns zusammenzuarbeiten.²⁷ Es verdient die Ehrlichkeit und die Rechtschaffenheit, das hier zu betonen und dankbar zu unterstreichen. (*Beifall.*)

Nun ein Wort zur Sowjetunion! Es ist natürlich schwer, den Regierungswechsel oder den Sturz Chruschtschows einigermaßen richtig zu interpretieren oder ganz eindeutig zu erklären mit seinen Konsequenzen.²⁸ Alle Bemühungen, auch die Haltung fremder Staaten und unserer Freunde zu diesem Phänomen einzufangen, sind nicht ganz leicht. Es hat sich noch keine eindeutige Meinung gebildet. Aber so viel ist sicher, es war die Sorge der kommunistischen Ideologen, daß aus dieser Geschlossenheit der kommunistischen Partei die Ränder nicht abbröckeln dürfen. Es ist weiter so, daß das Freiheitsstreben und die unterschiedlichen Vorstellungen über das, was

27 Rede de Gaulles am 22. November 1964 in Straßburg anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung der Stadt (AdG 1964 S. 11546 f.).

28 Chruschtschow wurde am 15. Oktober 1964 durch das Präsidium des Obersten Sowjet entlassen und durch Alexej Nikolajewitsch Kossygin ersetzt (AdG 1964 S. 11483–11485).

kommunistische Ideologien und kommunistische Zukunft sein sollen, zu einer inneren Unsicherheit beigetragen hat. Man vermutet, daß dieser monolithische Block mehr und mehr auseinanderfällt und abbröckelt. Man hat hier dann in Chruschtschow einen Schuldigen gefunden. Zuerst war natürlich das Verhältnis zu Peking sehr besorgniserregend, das ja weit über das Ideologische hinaus machtpolitische Züge angenommen hat.²⁹ Es kam hinzu, daß das sowjetische Volk in seiner Arbeitskraft diese Beanspruchung nicht ausgehalten hat, sowohl nach Osten wie nach Westen hin hochgerüstet dazustehen und dann auch noch einer modernen Wirtschaft mit allen notwendigen Investitionen Raum zu geben, wobei gleichzeitig auch dem Drängen der Menschen nach mehr Wohlfahrt Genüge getan werden soll. Darum suchen sie zweifellos eine Entlastung. Die ersten Annäherungen mit Peking führen ganz bestimmt nicht zu einem vollen Frieden, noch weniger zu einem vollen Verständnis. Die Problematik bleibt bestehen. Man versucht aber, die Spannungen irgendwie abzubauen, um damit etwas Ruhe zu gewinnen.

Welche Konsequenzen sich daraus für die sowjetische Politik gegenüber Europa und gegenüber Deutschland insbesondere ergeben, ist schwer zu sagen. Ich persönlich erwarte keine Entlastung und keine Erleichterung. Das können sich diese Machthaber zunächst einmal nicht leisten. Je mehr sie eine Verständigung mit Peking suchen, um so näher liegt der Verdacht oder die Mutmaßung, daß eine härtere Linie eingeschlagen werden wird. Ob das in Europa gegenüber Polen oder den osteuropäischen Satelliten- oder Vasallenstaaten – wie man neuerdings sagt – zum Zuge kommen wird und ob es Aussicht hat, die Dinge dort zu ändern, glaube ich nicht. Ich glaube, das Maß an Liberalität, die in diesem Bereich bereits eingetreten ist, läßt sich nicht mehr zurückschrauben. Daraus ergibt sich bei uns die sehr interessante Fragestellung, vielleicht zusammen mit Frankreich, in dem neuen politischen Europa eine gemeinsame Politik in diesem Raum zu betreiben und hier eine gemeinsame Aufgabe zu erkennen. Jedenfalls wäre das ein lohnendes und ein würdiges Ziel, auch wenn es nur langsam heranreift. Wir werden keine umstürzlerischen Ideen hegen, sondern nur die organische Entwicklung von unserer Sicht aus politisch so zu formen suchen, wie es die Interessen der freien Welt erfordern.

Meine Damen und Herren! Was die Deutschlandpolitik anbetrifft, so sage ich auch hier nicht zu viel, wenn ich der Überzeugung Ausdruck gebe, daß mit Beginn des nächsten Jahres eine neue Initiative zu erwarten sein wird. Sie haben ja aus den Berichten von Washington gehört, daß man auch darüber wieder gesprochen hat.³⁰ Wir werden das nicht aus dem Griff lassen. Wir werden immer wieder dafür

29 Die ideologischen Auseinandersetzungen, die seit 1960 das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China belasteten (vgl. Nr. 11 Anm. 1), weiteten sich 1964 zu einem Streit über Territorialfragen aus (AdG 1964 S. 11389–11398 und S. 11416–11422).

30 Beim Besuch Außenminister Schröders vom 22. bis 26. November 1964 in Washington betonte der amerikanische Außenminister Rusk die Entschlossenheit der USA, ihre Deutschland- und Berlin-Politik fortzusetzen (AdG 1964 S. 11547; AAPD 1964 S. 1380–1387).

sorgen, daß in der Welt unser deutsches Problem nicht in Vergessenheit gerät. Sie können überzeugt sein, das bleibt unser Anliegen Nummer 1, die Wiedervereinigung zu besorgen. (*Lebhafter Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Nun zur Innenpolitik! Die SPD hat auch viel von der Stabilität gesprochen, aber wenn ich die Anträge der SPD nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern von Anfang an im Deutschen Bundestag verfolge und sie dann addiere, dann wäre das doch der Ausdruck der völligen Inflation. Die SPD tut sich einigermaßen schwer, sich als Hüter der Währung aufzuspielen. Das ist wieder keine Anklage, aber wie sieht es denn in der Welt aus? Man kann einen absoluten Vergleich dergestalt herstellen: Je mehr eine Politik eines Landes von sozialistischen Vorstellungen geprägt ist, desto stärker ist der Inflationskoeffizient in diesem Lande. Daraus können Sie fast eine mathematische Gleichung entwickeln. Das werden wir in Großbritannien hoffentlich nicht erleben. Aber wenn wir es nicht erleben, dann deshalb, weil eben die ganze Welt antritt, um dieses Unheil abzuwehren.

Meine Damen und Herren! Ich habe wirklich – ich habe es vorhin schon angedeutet – alles getan, um vor allen Dingen mit den nordischen Staaten zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen. Einige Anwesende von Ihnen wissen Bescheid, wie sehr ich mich bemüht habe, in Schweden Verständnis zu finden, wie sehr wir uns unsererseits bemüht haben, innerhalb der EWG die skandinavischen Interessen zu vertreten. Aber wenn jetzt die SPD glaubt, man sollte den Blick nach Norden richten – auch wenn der schwedische Ministerpräsident auf diesem SPD-Parteitag aufgetreten ist³¹, so möchte ich bestimmt nicht polemisieren –, um daraus die absolute Wahrheit zu erfahren, dann möchte ich doch einige Zahlen dazu nennen. Das Wirtschaftswachstum von 1950 bis 1963 hat in der Bundesrepublik im Jahre durchschnittlich um 7 % zugenommen, in Schweden um 3,5 %. Dabei sei nicht ganz vergessen, daß Schweden eineinhalb Jahrhunderte keinen Krieg hatte, sondern an den Kriegen sogar gewinnbringend partizipiert hat. Die industrielle Produktion ist im gleichen Zeitraum in Deutschland um 107 % gestiegen, in Schweden um 55 %. Die Lebenshaltungskosten sind in Deutschland um 30 %, in Schweden im gleichen Zeitraum um 7,5 % gestiegen. Der Reallohn ist in Deutschland doppelt so hoch gestiegen wie in Schweden. Das Pro-Kopf-Einkommen – das ist die neueste Entwicklung seit 1963 – ist in der Bundesrepublik doppelt so hoch wie in Schweden angestiegen. Der private Verbrauch vom Jahre 1950 bis 1961 ist in Deutschland um 91 % und in Schweden um 48 % angestiegen.

Meine Damen und Herren! Ich sage das nicht um einer Polemik willen, aber wenn Herr Brandt glaubt, wir könnten von dort die Heilslehren beziehen, die uns erretten könnten, dann kann ich einfach nicht darauf verzichten. Ich gebe nur Antwort. Ich persönlich hätte dieses Thema nicht angeschnitten, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

31 Brandt hob auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe den Vorbildcharakter Schwedens für Deutschland hervor. SPD, Parteitag Karlsruhe S. 136. Rede Tage Erlanders EBD. S. 761–774.

Meine Damen und Herren! Nun zur Stabilität! Das ist tatsächlich das A und das O. Alle Umfragen – obwohl ich kein Anhänger der Demoskopie bin – beweisen eindeutig und schlüssig, daß es das große Anliegen, nein, sagen wir ruhig die große Sorge des deutschen Volkes ist, und dem müssen wir Rechnung tragen; denn wenn die CDU nicht mehr die Partei der Stabilität ist, wenn im deutschen Volke nicht mehr das Bewußtsein vorherrscht, das ist die Partei, die nach Kräften dafür sorgt, daß die Stabilität gewahrt bleibt, dann ist es schlecht um uns bestellt. Wir können zwar keine absolute Stabilität geben. Das ist nicht möglich in einer Zeit, in der die Löhne und Gehälter innerhalb der unmittelbar produktiven Wirtschaft nur noch 40 % ausmachen, während 60 % im Dienstleistungsbereich liegen; da gibt es diese absolute Stabilität nicht. Aber man kann sie eben so wahren, wie wir das bisher getan haben. Vielleicht kann man noch etwas mehr dazu tun. Ich möchte es jedenfalls wünschen.

Aber damit sind gerade die öffentlichen Haushalte angesprochen. Ich darf hier noch einmal sagen, wir müssen, ganz gleich, welche Aufgaben an uns herantreten und welche nach Erfüllung suchen, zunächst hier das Steuer fest in der Hand halten. Das bedeutet auf den Bundeshaushalt ausgerichtet, daß wir die 63,9-Milliarden-Grenze nicht überschreiten dürfen.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe manchmal nicht, warum wir so wenig Geduld haben. Wir gebärden uns manchmal so, als ob das, was in diesem Jahr nicht erreicht werden kann, für immer vertan und verspielt wäre. Besteht denn dazu wirklich ein Grund? Seit dem Jahre 1948 haben wir ohne einen Rückschlag – die Zuwachsrate war einmal etwas größer, ein anderes Mal etwas geringer – einen Aufstieg erlebt. Wenn wir mit einem jährlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts realiter von 5 oder 6 % rechnen, dann macht das bei einem Sozialprodukt von jetzt ungefähr 420 Milliarden DM zwischen 20 und 25 Milliarden DM aus, was wir jährlich zusätzlich erarbeiten, und zwar für alle Zwecke zusammen, für Investitionen, für staatliche Aufgaben, für soziale Wohlfahrt, aber auch unmittelbar für den menschlichen Verbrauch mehr haben. Wenn wir etwas geduldig sind und Vertrauen in uns selbst haben, und wenn wir vor allen Dingen dafür sorgen, daß wir die nächsten Wahlen gewinnen, dann werden die weiteren vier Jahre für das deutsche Volk in der nächsten Legislaturperiode ebenfalls segensreich sein.

Die SPD hat keinen Grund und kein Recht und vor allen Dingen auch keinen Beweis dafür erbracht, daß sie in besserer Weise in der Lage wäre, das deutsche Schicksal zu meistern. Der Hinweis auf die Kommunen und auf zweifellos auch tüchtige Oberbürgermeister zieht nicht, nicht einmal der Hinweis auf einzelne Länder.

Meine Damen und Herren! Was die deutsche Sicherheit und was das deutsche Leben ausmacht, das ist die Politik des Bundes, sei es in der Wirtschaftspolitik, sei es in der Außenpolitik, uns in der gegenseitigen Befruchtung von wirtschaftlicher Wohlfahrt weiterzubringen, aber auch vor allen Dingen den Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten und Freunde in der Welt zu finden und nicht allein zu stehen. Es ist nicht meine Aufgabe, nun etwa über alles zu sprechen, was im Bundestag im Augenblick zur Diskussion steht, sondern das wird wahrscheinlich die Aufgabe von

Kollege Barzel sein, darüber Bericht zu erstatten. Aber auf eines möchte ich Bezug nehmen, weil ich weiß, daß diese Auffassungen hier nicht übereinstimmen. Dieses heiße Eisen muß vor allem angepackt werden; jedenfalls bin ich in der Zwischenzeit zu der Überzeugung gekommen. Man kommt nicht darum herum. Man muß es am besten gleich anpacken.

Das sind zunächst die Fragen der Eigentumspolitik. Wenn wir z. B. das 312-DM-Gesetz einbringen wollen³², wenn ich persönlich mich hinter oder vor dieses Gesetz stelle, wie Sie es eben nehmen wollen, dann nicht deshalb, weil ich nicht auch etwas spüre, wie manches, was hier getan wird, so gegen die herkömmliche Kleiderordnung verstößt. Das mag so sein, und trotzdem, es wäre noch blinder, etwa verkennen zu wollen, welche gesellschaftlichen Strömungen nun einmal labil sind. Die können wir nicht austreten wie irgendeinen Funken. Wir können der Zukunft nicht nachlaufen, sondern wir müssen sie bewußt in die Hand nehmen. Wir müssen über eine gewisse Verkrustung hinwegkommen. Denken Sie daran, daß dem deutschen Arbeitnehmer, dem Arbeiter insbesondere, über Jahrzehnte hinaus gesagt worden ist, daß Eigentum Diebstahl sei, daß das eine fluchwürdige Einrichtung wäre, und daß es nichts wäre für die Arbeiter. Und nun ist es kaum ein paar Jahre her, daß man uns verhöhnt hat, als wir sagten: Vermögen für jedermann, breite Eigentumsstreuung. – Jedenfalls hat es die SPD auch gelernt, sie macht es uns aber nach. Wir müssen wieder einmal einen Schritt vorantun.

Der Arbeiter hat noch keinen rechten Sinn für das Vermögenssparen, nicht für das Vermögenssparen, um sich etwas Schönes anzuschaffen, einen Kühlschrank, vielleicht auch ein Auto und dergleichen mehr, nein, sondern ein echtes volkswirtschaftliches Sparen, auch teilzuhaben an dem volkswirtschaftlichen Produktivkapital. Aber ich begrüße das, meine lieben Freunde, denn es ist auf der einen Seite unmöglich zu kritisieren, daß sich die großen industriellen Vermögen, das Produktivkapital unserer Volkswirtschaft, in immer weniger Händen zusammenballt, und auf der anderen Seite dagegen zu sein, daß dieser Konzentration eine Dekonzentration des Eigentums an diesen Produktionsmitteln entgegengestellt wird. Der Arbeiter ist heute noch nicht reif dafür, weil er falsch erzogen ist, weil der Anfang immer schwer ist, weil die ersten 100 Millionen, die man anspart, kein Gewicht haben. Die halten nicht, die verfliegen wieder; die zweiten auch noch, vor allen Dingen, wenn Sie die ganze Werbung mit betrachten. Dazu gehört also etwas mehr.

Wenn Sie so wollen, wollen wir ihn an die Hand nehmen und ihn sanft dahin führen, daß er diese Anfangsschwierigkeiten, die mehr oder weniger psychologischer Art sind, überwindet. Das wäre der größte Erfolg der CDU; denn damit würde nämlich der in abhängiger Arbeit stehende Mensch im wahrsten Sinne des Wortes zum Bürger werden. (*Beifall.*) Dann würde er selber das Gefühl haben, daß er Teil hat am politischen Geschehen unseres Landes. Dann kann die SPD zusammenpacken,

32 Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Zweites Vermögensbildungsgesetz – 2. VermBG) vom 1. Juli 1965 (BGBl I S. 585).

dann gibt es keinen Sozialismus mehr. (*Starker Beifall.*) Dann wird der Sozialismus von morgen das bürgerliche Gewand haben, so wie wir es haben, aber wir werden dann wieder eine Strecke voraus sein.

Darum bin ich der Meinung, wer auch immer hier Bedenken hegt, der soll auch einmal wirklich das Herz voranwerfen und folgen. Ich bin überzeugt, es ist eine gute Sache. Ich glaube auch, daß man sich in Zukunft bei den Tarifverhandlungen darüber unterhalten wird, wieviel verträge die Volkswirtschaft. Dann sehen nämlich die Verhandlungen etwas anders aus, wenn man sich unterhalten muß über das, was sozusagen als Vermögensbildung festgeschrieben werden soll und was in völlig freier Verfügung ist oder aber, was dann der Konsumrate zuwächst. Das ist schon eine Überlegung, die auch wieder von großem Nutzen ist: Wieviel muß man sparen, wieviel ist angemessen für die Vermögensbildung und wieviel für den unmittelbaren menschlichen Konsum? Die Welt erscheint in einer neuen Situation, wenn wir so operieren.

Meine Damen und Herren! Über die Familienpolitik, über die Gesundheitspolitik möchte ich nicht sprechen, sondern nur über Gemeinschaftsaufgaben im allgemeinen, weil sie auf dem Parteitag der SPD eine so große Rolle gespielt haben. Wie lange spreche ich schon zum Bundestag und an Sie alle, wir sollen die Gemeinschaftsaufgabe nicht vergessen.³³ Wir dürfen sie nicht vergessen. Ich habe es immer wieder gesagt, daß es nicht zu verantworten ist, wenn man aus dem Zuwachs des Sozialprodukts zunächst einmal alles nach Möglichkeit in die privaten Taschen fließen läßt. Das ist zwar menschlich verständlich. Es wird bei den Tarifverhandlungen ausgehandelt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. In der Hochkonjunktur ist das gar nicht so schwierig; dann gibt es die höheren Steuern, und die aufgefüllten Haushalte werden mit entsprechenden Forderungen bedacht. Wenn alle Kassen leer sind, wenn alles verteilt ist für individuelle oder Gruppenzwecke, dann kommt die Opposition und sagt, aber die Regierung hat versagt, sie hat keine Gemeinschaftsaufgaben erfüllt, und zwar von derselben Partei, die uns daran hindert, noch einigermaßen sparsam zu wirtschaften.

Wir sind ja auch schon manchmal etwas auf die schiefe Bahn geraten, aber ich habe noch kein Gesetz gesehen, das Ausgaben beinhaltet, wo die SPD nicht noch mehr gefordert hat. Und wehe uns, wenn wir da nachgegeben hätten!

Meine Damen und Herren! Es ist schon so zu wenig übriggeblieben für die Gemeinschaftsaufgaben, aber wenn wir alles das getan hätten, was die SPD gewollt hat, wäre gar nichts mehr übriggeblieben. Es ist wirklich unsere Verantwortung und unsere Verpflichtung, diese Gemeinschaftsaufgaben im weitesten Sinne zu erfüllen. Dazu gehört der Verkehr, die Umstrukturierung der Landschaft, die Raumordnung, das Gesundheitswesen, die Innenpolitik, das alles, aber nicht so sehr im individualistischen und materialistischen Sinne, sondern im Sinne einer Lebensordnung, in der der einzelne Mensch mit seiner Umwelt sowohl personeller wie auch landschaftsbezogener

³³ Vgl. Nr. 10 Anm. 48.

Art sich wohlfühlt. Das ist schon des Schweißes der Edlen wert; denn das ist ja auch individueller Konsum.

Meine Damen und Herren! Ich unterscheide sehr bewußt zwischen dem Sozialkonsum und der sozialen Investition. Beides dient nämlich dem Wohlbefinden und dem Nutzen des Staatsbürgers. Bei dem Sozialkonsum ist es im ganzen gesehen evident. Das haben wir ja erlebt seit 1948, aber für die Sozialinvestitionen, d. h. alles das zu besorgen, was den einzelnen Menschen in der Gesellschaft wirklich sicher und geborgen ruhen und leben läßt, haben wir bisher zu wenig getan. Ich sage das gar nicht als Vorwurf oder als Schuld, es ist selbstverständlich, daß das unmittelbar Drängende im Vordergrund stehen mußte, aber wir stehen jetzt an einer Schwelle. Ich bin der Meinung, daß alles das, was noch fehlt – der Vollendung werden wir zwar nie nahekommen –, besorgt werden muß.

Meine Damen und Herren! Damit bin ich eigentlich in dieser Stunde und vor diesem Kreis fertig, aber ich darf nochmals auf die SPD zurückkommen. Ich habe den SPD-Parteitag sehr wohl verfolgt. Ich habe auch alles gelesen. Es ist so evident, was die Leute verlangen. Es ist wirklich nicht zuviel gesagt: Nicht eine neue Idee ist dort geboren worden, mit Ausnahme der Volksrente.³⁴ Aber wenn ich zur Volksrente nicht mehr sagen kann, als bloß den Begriff in die Welt zu setzen, dann ist das ohne Sinn und ohne Verstand. (*Katzer*: Sie haben es nicht einmal beschlossen!) Sie haben es nicht beschlossen. Es sollte jedenfalls zündend wirken. Man kann ruhig sagen, die SPD ist die Partei der Beharrung, die nichts Modernes zu denken vermag, weil sie Angst hat vor ihrer eigenen Courage. Sie ist so oft damit hereingefallen. Wo sie jemals in den letzten 15 Jahren vorgeprescht ist, ist sie in der falschen Richtung vorgestoßen. Sie hat sich immer wieder blamiert. Sie mußte immer wieder zurückgehen. Sie mußte sich uns immer wieder angleichen.

Meine Damen und Herren! Ich sagte es neulich auch im Bundestag: Es ist doch nicht so, daß wir einander nähergekommen sind, nein, die sind uns nähergekommen auf eine sehr einseitige Art und Weise. Ich glaube, das wird auch in Zukunft so sein. Es wurde keine Alternative gesetzt, sondern sie wurde sorgfältig vermieden. Als ich z. B. am Sonntag in Koblenz³⁵ eine ziemlich starke Attacke gegenüber der SPD geritten habe, hat man sich darüber unterhalten, wie soll man dem begegnen. Man ist übereingekommen: Wir greifen den Erhard nicht an. Es ist vielleicht besser. Wir wollen gar keine Alternative, wir wollen die bravste CDU sein, die es überhaupt gegeben hat. (*Heiterkeit und Bewegung.*)

Meine Damen und Herren! Aber wir wollen Alternativen setzen. Ich bin der Meinung, wir müssen angreifen! Wir haben guten Grund anzugreifen; denn wohin kommt die deutsche Demokratie, wenn der eine dem anderen nachbetet, was dieser sagt, wenn überhaupt nichts mehr vorgezeichnet wird, wenn nicht mehr gerungen

34 Auf dem SPD-Parteitag wurde eine Volksversicherung zur wirtschaftlichen Absicherung der älteren Bürger gefordert. Vgl. SPD, Parteitag Karlsruhe S. 141, 453 f. und 1084.

35 Vgl. Anm. 19.

wird? Dann können auch Fehler unterlaufen, aber es bleibt jedenfalls Bewegung und Leben. Die Nachahmung geht ja so weit, daß man auf dem Parteitag der SPD nicht mehr von einem Schattenkabinett, sondern von einer Mannschaft gesprochen hat. Das habe ich in der CDU auch schon einmal gehört. Da redet man jetzt in den gleichen Vokabeln.

Es ist wirklich nichts los dort. Wenn ich einmal einen biblischen Ausdruck gebrauchen darf, dann möchte ich sagen, das Salz des Sozialismus ist stumpf geworden. Es ist die Partei des blanken Opportunismus. (*Adenauer*: Eine langweilige Partei!) Eine langweilige Partei! Da sind manche Anträge gestellt worden, da war wirklich Pfeffer drin, aber die sind alle unter den Tisch gefallen. Die etwas bewegenden Elemente in der SPD sind vertröstet worden bis nach der Wahl.

Natürlich haben sie alle hinter Brandt gestanden! Wie wäre das anders möglich. Ich habe es aber auch schon anders gehört, meine Damen und Herren. Aber lassen wir das. Mir ist Herr Brandt als Kanzleraspirant der Opposition ganz sympathisch. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Ob es bei der SPD auch so empfunden wird, das weiß ich nicht, aber wir haben jedenfalls keinen Grund, unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Wir haben allen Grund, stolz zu sein auf das, was wir bisher erreicht haben, und wir können zuversichtlich sein in bezug auf das, was wir weiter erreichen wollen. Aber ich flehe Sie an, demonstrieren wir nicht nur eine Einigkeit nach außen, sondern stellen wir sie endlich unter Beweis, und zwar unmißverständlich! (*Starker Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Wir sind auf gutem Wege. Mit der Fraktion stehe ich ständig in gutem Einvernehmen. Wir sprechen alle Dinge miteinander ab. Ich glaube, daß mit meinem verehrten Herrn Amtsvorgänger das Verhältnis immer vertrauensvoller wird.³⁶ (*Sehr starker und langanhaltender Beifall.*) Ich teile freundschaftlich die Sorgen, die unser Kollege Dufhues hat. Meine Damen und Herren! Ich sagte es schon, Mitglieder sind ganz schön, aber im Grunde genommen wollen wir gar keine Mitgliederpartei werden. Wir wollen nämlich nicht die Apparaturen herrschen lassen, sondern wir wollen verantwortungsbewußte Männer an der Spitze des Staates stehen haben. (*Unruhe und Bewegung.*) Sehen Sie denn nicht, was das für eine Gefahr ist. Natürlich wünsche ich mir auch mehr Mitglieder bei der CDU, davon können Sie überzeugt sein, aber das kann nicht der Wert sein, und eine Partei, die sich die Gunst dadurch erschleichen will, daß sie die Parteimitglieder besser dotiert und ihnen höhere Chancen einräumt, wie das bei der SPD doch evident der Fall ist – gehen Sie nach Hessen oder nach Berlin –, löst doch die Demokratie auf. Da herrscht nicht mehr eine demokratische Ordnung. (*Unruhe und Bewegung.*) Hier müssen wir uns ganz deutlich

36 Adenauer kritisierte am 1. November 1964 in einem Interview der „Bild am Sonntag“ die Außenpolitik der Regierung, was zu heftigen Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 3. November 1964 führte (Protokoll in ACDP VIII-001-1010/1). Gerstenmaier warnte in einem Interview am 7. November mit der „Bild-Zeitung“ vor einer Isolierung Deutschlands. Am 9. November erschien im „Mainzer Anzeiger“ ein Interview Schröders, in dem er Adenauer kritisierte. Dazu Günter BUCHSTAB: Zwischen „Zauber und Donner“. In: LOTH/PICHT S. 95–107.

unterscheiden. Die Mitgliedschaft einer Partei rechtfertigt keinen höheren Anspruch gegenüber dem Staat. (*Beifall.*) Das sollte man einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen.

Ich wäre gründlich mißverstanden worden, wenn ich etwa hätte sagen wollen, hören Sie auf, Mitglieder zu werben; denn wir haben ja erst damit angefangen. (*Heiterkeit.*) So ist es nicht. Ich möchte das bloß nicht überschätzen. Ich finde, das ist kein Wert, weder im positiven noch im negativen Sinne, wenn man sagt, die SPD ist eine Mitgliederpartei, aber wir sind eine Wählerpartei.

Wenn ich auf die letzten 15 Jahre zurückblicke, dann muß ich sagen, dann habe ich mich und dann haben wir alle uns als Wählerpartei ganz wohl gefühlt. Aber das ist eine Frage der inneren Ordnung und der Technik. Ich sage noch einmal, lassen wir uns nicht irremachen. Gebärden wir uns nicht so, als ob wir nichts mehr zu sagen hätten. Es ist endlich an der Zeit, daß wir die Speere nicht mehr gegen uns selbst richten, (*Starker Beifall*) sondern nach außen hin und so einen Wall bilden, der undurchbrechbar ist.

Die SPD gewinnt deshalb, weil manche CDU-Wähler – die ganz bestimmt nicht aus Überzeugung bei den letzten Wahlen einmal sozialdemokratisch gewählt haben – zornig auf uns sind, weil wir uns entsprechend gebärdet haben. Die SPD glaubt, wenn sie kein böses Wort gegen die CDU sage, so genüge das. Sie sagt sich, wir brauchen gar nichts Neues zu leisten, uns braucht gar nichts Neues einzufallen, wir brauchen bloß die CDU sozusagen in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen. Meine Damen und Herren! Das hört jetzt auf! Von diesem Tage an stehen wir zusammen. Und wer irgend etwas hat, wer sein Gewissen entlasten will, der sollte das nicht in illustrierten Zeitungen tun, sondern hier auf dem Parteiausschuß. (*Starker Beifall.*)

Wir sind uns in der Zwischenzeit einig geworden in dieser Frage. Wir haben unsere Fehler erkannt. Wir haben vor allen Dingen gesehen, welche Gefahren uns bedrohen. Und wenn es so ist, daß man zusammenstehen muß gegenüber einer Bedrohung von außen, dann wachsen die Kräfte von selbst. Und daß unsere Kräfte wachsen mögen, daß wir uns wieder rühren und wieder aktiv werden, daß wir wieder Profil zeigen und angreifen, das ist die Voraussetzung für den Sieg im Jahre 1965. (*Lang anhaltender und starker Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Bundeskanzler Erhard für seine vorzüglichen Ausführungen. Ich nehme an, daß es richtig ist, wenn nunmehr Herr Kollege Barzel ergänzt, was er dazu zu sagen hat, und daß wir erst dann in eine Diskussion eintreten. Darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind?

Kohl: Entschuldigen Sie, Herr Bundesvorsitzender, zur Geschäftsordnung! Ich möchte doch bitten, daß wir jetzt einen Zeitplan aufstellen. Ich bin heute hierhergekommen und von vielen Parteifreunden beauftragt worden, hier einiges zu sagen. Es ist aber ein uraltes CDU-Rezept, durch eine Fülle von Referaten die Zeit so auszudehnen, daß nachher für die Diskussion kein Raum mehr da ist. Ich selber bin an dem Bericht von Herrn Barzel interessiert, er hat es auch wirklich verdient, daß wir ihn anhören,

aber ich meine, dann muß auch die Zeit gegeben sein, um hier in eine Aussprache eintreten zu können.

Ich will keine Mohrenwäsche machen, sondern nur das ganz klarstellen, was der Bundesvorstand ist: ein führendes Gremium der Partei, ja, das Führungsgremium der Partei. Nachdem wir aber nicht einmal unseren satzungsgemäßen Anspruch seit einem halben Jahr erfüllt haben, sondern gelegentlich eine Tagung vor drei Monaten hatten, sollen heute hier Nägel mit Köpfen gemacht werden. Und deswegen muß hier gesprochen werden!

Adenauer: Ich möchte einem Ausdruck absolut widersprechen. Wir sind nicht hier, um uns die Köpfe gegenseitig einzuschlagen. (*Kohl:* Das hat niemand gesagt, sondern ich habe nur von Mohrenwäsche gesprochen!) Aber Nägel mit Köpfen! (*Heiterkeit.*) Herr Kollege Kohl, unter „Mohren“ verstehe ich auch einige Herren, die hier vor uns sitzen. Das sind nicht nur wir. (*Kohl:* Herr Bundesvorsitzender, ich bin bereit, Ihnen den „Büchmann“^{36a} zur Verfügung zu stellen. Da wird es anders interpretiert, als Sie es getan haben!) Entschuldigen Sie das bitte, aber man muß gelegentlich auch einmal so interpretieren, wie es einem paßt. (*Stürmische Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf nun zunächst einmal Herrn Kollege Barzel fragen, wie lange er zu seinem Referat braucht. (*Barzel:* Sehr kurz, höchstens 20 Minuten.) Wir haben jetzt zwanzig Minuten vor elf. Also geben wir Herrn Barzel noch zehn Prozent dabei, dann ist er kurz nach elf Uhr fertig. Dann haben wir zur Diskussion noch genügend Zeit. Sind Sie damit einverstanden? (*Kohl:* Jawohl, jetzt ist es klar!) Bitte sehr, Herr Barzel!

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und meine Herren! Meine lieben Freunde! Herr Kollege Kohl hat mir eigentlich die Schau gestohlen. Ich wollte nämlich damit beginnen, um Ihnen zu sagen, daß ich kurz sprechen möchte, weil uns ja die alten Rezepte sehr gut bekannt sind und weil Sie heute hierhergekommen sind, um selbst zu reden und nicht nur, um etwas zu hören.

Ich möchte aus einem anderen Grund sehr kurz sprechen. Ich bin zwar auf längere Zeit präpariert, aber ich meine, daß unser Bundeskanzler heute ein ganz besonders gutes Referat gehalten hat. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat niemals den Ehrgeiz, neben ihm, über ihm, hinter ihm, vor ihm oder sonstwo eine große Rolle zu spielen, sondern sie hat immer nur einen einzigen Ehrgeiz, mit ihm und für ihn sachliche Arbeit zu leisten. Nachdem er nun ein so klares Konzept hier auch nach vorn gezeigt hat, kann ich mich für unsere Fraktion sehr kurz fassen. Der erste Punkt, den ich in diesem Bericht hier bringen möchte, ist die Frage der Außenpolitik und der Einigkeit der Partei. Ich verstehe, daß Sie das eine oder andere nachher noch beitragen möchten, aber ich bitte Sie auch, zu verstehen, daß ich die kühne Überzeugung habe, daß keiner von Ihnen zu dieser Sache einen neuen Gedanken wird sagen können, der

36a Georg BÜCHMANN/Gunter HAUPT (Hg.): Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. 32. Aufl. Berlin 1972.

sich von dem unterscheidet, was wir nicht schon selbst empfunden, gesagt und getan haben in den letzten Wochen, auch hier in diesem Saal.

Meine Freunde! Damit wir nicht falsch verstanden werden vor dem Hintergrund dieser für mich nicht langweiligen, sondern gefährlichen und geräuschlosen Geschichte der SPD in Karlsruhe, möchte ich folgendes sagen: Der Streit unter uns muß beendet sein, aber – und dieses „aber“ ist genauso wichtig – die Diskussion unter uns muß bleiben, sonst kommen wir nämlich nicht weiter. Ich finde es unerträglich, daß eine Partei wie die SPD sich in Karlsruhe so hinstellen und so sprechen kann. Man spürt bei ihr überhaupt nicht, daß sie in dieser Welt und in dieser Spannung, in der wir leben, mit einbezogen ist, einfach deshalb, weil wir doch gleichzeitig eine Freundschaft mit Frankreich, mit den USA und mit England wollen, hier aber auf ein Kreuz gespannt werden, weil sich diese nicht miteinander in allen Fragen verstehen. Es wäre doch sehr leicht, die deutsch-französische Freundschaft zu pflegen, zu entwickeln und zu vertiefen, wenn die USA und Frankreich einer Meinung wären. Aber sie sind es nicht. Sonst wäre es furchtbar leicht, eine ganz klare Schwarz-Weiß-Politik in der Außenpolitik zu haben. Es ist leider anders geworden nach dem Osten hin. Die Weltlage ist anders. Alles das schlägt hier hinein, und eine Partei, die wirklich nicht nur den Puls am Halse des Volkes hat, sondern die auch den Verstand zu diesen Problemen der Zeit aufweist, die muß doch über diese Fragen diskutieren, aber unter uns und ohne persönliche Akzente.

Das, meine Freunde, sollten wir heute hier im Parteiausschuß tun und auch deutlich sagen. Es geht darum, was der eine oder andere getrieben hat, es sind nicht nur diejenigen, die durch Interviews hervorgetreten sind, sondern es ist ja eine ganz breite Diskussion in unserer Fraktion und auch in unserer Partei. Eine entscheidende Rolle spielt die Frage, wie es mit unserer Sicherheit ist. In dem Augenblick, in dem es Informationen gibt – ob sie stimmen oder nicht –, die mit der Eskalation beginnen, also eine Politik, die für die Deutschen nicht ganz günstig ist, wird es natürlich einen Streit unter Menschen geben, die sich mehr für Force de Frappe interessieren als für das andere. Das ist ein ganz automatischer Sachverhalt, und darüber müssen wir diskutieren. Wir müssen darüber diskutieren, ob das ursprüngliche Konzept, das MLF hieß, heute noch das meint, nachdem sich Herr Wilson anders geäußert hat.³⁷ Wir müssen darüber diskutieren, ob wir einen Anlaß haben, hier zu drängen, nachdem Großbritannien, Frankreich und Belgien – Nachbarn, mit denen wir unser Schicksal teilen – abgesagt haben. Das sind alles Fragen, die ich hier nur kurz anschnitten

37 Wilson äußerte in einer Rede vor dem britischen Unterhaus am 23. November 1964 Bedenken gegen die MLF (AdG 1964 S. 11550 f.). Pompidou hatte bereits am 5. November 1964 den MLF-Plan kritisiert (EBD. S. 11516 f.). Spaak teilte am 26. November 1964 mit, daß sich Belgien nicht an der MLF beteiligen werde („Die Welt“ vom 27. November 1964 „Belgien beteiligt sich nicht an der MLF“). Zur MLF vgl. Colette BARBIER: „La France et la Force Multilatérale“. In: Maurice VAÏSSE/Pierre MÉLANDRI/Frédéric BOZO: *La France et l'OTAN, 1946–1966*. Paris 1966 S. 285–305.

möchte, aber ich will sie jetzt nicht beantworten. Das ist nicht der Sinn dieser Stunde. Ich will nur um Ihr Verständnis dafür bitten, um was es hier bei uns geht.

Ich möchte nun den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers noch einen Akzent hinzufügen, den er – wie ich glaube – in seiner Bescheidenheit vergessen hat. Wir haben die Chance, das zu erledigen, was wir jetzt brauchen, nämlich eine europäische Politik. Ich habe das feste Gefühl, daß wir in dieser Sache weiterkommen werden. Ich weiß, daß es zwischen Deutschland und Frankreich wieder besser geworden ist. Hier muß ich ein Wort sagen für diese unsere Union. Ich muß wieder einmal deutlich machen, daß nur eine solche Integration aller Volkskräfte überhaupt imstande ist, die Probleme von heute zu lösen. Ohne die viel geschmähte Grüne Front in dieser Bundestagsfraktion wäre das, was sich jetzt anbahnt an Verständigung und an Konsequenz für den europäischen Frühling, unmöglich gewesen, um es ganz deutlich zu sagen. Wir können mehr darüber jetzt nicht sagen. Wir haben noch eine kurze Vorbesprechung in dieser Sache. Aber ich darf das zum ersten Punkt dieses Berichtes doch ergänzend hinzufügen.

Der zweite Punkt ist ganz kurz. Es ist das, was wir bisher geschaffen haben. Wir haben Ihnen durch unsere Pressestelle eine kleine Ausarbeitung geben lassen, die auch nachher im Parteiausschuß verteilt wird, die einmal ein bißchen von dem zusammenträgt, was wir bisher geleistet haben.³⁸ Ich will jetzt darauf verzichten, das hier im einzelnen zu sagen, aber ich habe eine Bitte an Sie alle. Wir haben es versäumt, weil es uns zu langweilig ist, die Zahlen und die Daten unserer Erfolge, vor allen Dingen auf dem sozialen Gebiet, immer wieder anzusprechen und auszusprechen. So entsteht dann ein Gerede, als seien wir sozial und ökonomisch nicht auf dem richtigen Datum.

Was haben wir eigentlich gemacht mit dieser Steuerreform?³⁹ Haben wir die schon verkauft mit der Arbeitnehmerbeteiligung? Das ist doch ein gesellschaftspolitischer Durchbruch. Wir werden darüber heute nachmittag im einzelnen zu sprechen haben. Meine Freunde! Ich möchte es jetzt weglassen, weil die Zeit zu knapp ist. Es nützt ja bekanntlich nichts, gute Arbeit zu leisten, wenn es die anderen nicht merken.

Aber einen einzigen Punkt möchte ich noch aufgreifen. Hier, Herr Bundeskanzler, möchte ich mich etwas nuancierter einlassen, nämlich in der Sache der Gemeinschaftsaufgaben. Ich glaube, daß wir uns in dem ersten Satz, den die Opposition hierzu sagt, schon auf eine schiefe Ebene begeben, wenn wir die Mittel wollen, wenn sie nämlich von den vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben spricht.

38 „Christlich-Demokratischer Pressedienst“ Nr. 216 vom 17. November 1964 „Innenpolitisches Schwerpunktprogramm der CDU/CSU – Hartes Ringen um das 312-Mark-Gesetz – Junktim zwischen Lohnfortzahlung und Krankenversicherungsreform bestätigt“. Vgl. auch „Bericht aus Bonn“ Nr. 28 vom 4. Dezember 1964 „Zum gesellschaftspolitischen Programm der CDU/CSU“.

39 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Spar-Prämiengesetzes, des Wohnungsbau-Prämiengesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1964) vom 19. Juni 1964 (Drs. IV/2400).

Meine Freunde, haben wir eigentlich vergessen, woher wir kommen? Sind es vielleicht keine Gemeinschaftsaufgaben gewesen, hier Wohnungen und Straßen zu bauen, Arbeitsplätze zu schaffen, die Sozialversicherungsträger finanziell in Ordnung zu bringen, 50 Milliarden für den Lastenausgleich aufzubringen? Sind das keine Gemeinschaftsaufgaben?

In der ersten Wiederaufbauphase gab es andere Prioritäten. In der nächsten Phase sind andere Prioritäten der Gemeinschaftsaufgabe zu setzen. Aber lassen wir uns doch nichts einreden; denn daß wir jetzt die Diskussion über die Gemeinschaftsaufgaben haben, ist doch nur möglich, weil die anderen Probleme gelöst sind und weil sie so schnell zu lösen waren dank unserer guten Außen- und Wirtschaftspolitik. Das sollten wir auch sagen, weil wir sonst, wie ich fürchte, auf eine falsche Plattform hier kommen können.

Beim dritten Punkt war es ein wenig schwierig, und zwar durch die vielen Gesetze, die hier im Hause vorliegen, sich durchzufinden und zu einer Art Schwerpunktprogramm mit den anderen zu kommen. Diese Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat bis heute noch in jeder Frage, und wenn die Diskussion auch lang und hart war, am Schluß eine einmütige Haltung bekundet. Das bitte ich, auch einmal anzuerkennen und zu honorieren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn wir z. B. in den Fragen des Sozialpaketes nicht weitergekommen sind, dann nicht, weil wir etwa in der Fraktion uneins waren, sondern hier war man einmütig, aber wir haben ja allein nicht die Majorität. Ich bitte Sie sehr herzlich, bei jeder Beurteilung unserer politischen Situation – das gilt auch für die Bundesregierung – daran zu denken, daß uns eben acht Mandate hier fehlen, die wir wieder haben müssen und – ich bin davon überzeugt – auch wieder haben können.

Wir haben uns leiten lassen von drei generellen Gedanken für unser Gesetzgebungsprogramm. Der erste war dieser, daß wir bisher schon ein gutes Ergebnis haben, daß es aber für die Wahl und für das, was wir uns vorgenommen haben, noch nicht befriedigend ist; aber nicht ein Schwerpunktprogramm deshalb, weil wir plötzlich glaubten, wir hätten noch nichts geleistet. Wir sind also nicht in dem Zustand irgendeiner Hysterie. Wir wollen die Dinge möglichst schnell vorantreiben, weil die Zeit dazu drängt, aber wir werden es nicht tun, weil es etwa ein Anliegen der Sozialisten wäre, nein, das kommt nicht in Frage.

Wir werden eine gewisse Großzügigkeit an den Tag legen müssen im Rahmen dessen, was uns finanziell gesetzt ist, wenn wir unsere Stabilität erhalten wollen. Das ist der erste Punkt unseres Programms. Wir wollen die Großzügigkeit aber nicht so weit treiben, daß wir die Grenze dessen überschreiten, was finanziell möglich ist. Wir müssen immer daran denken, daß zwischen der Einbringung des Haushalts und seiner Verabschiedung immerhin eine gewisse Zeit vergeht. Es gibt auch verschiedene Punkte, die zu dem Zeitpunkt, als der Etat vorgelegt worden ist, noch nicht bekannt waren.

Drittens wollen wir versuchen, uns zu einer gemeinsamen Linie zu finden, damit nun keiner mit dem Kopf durch die Wand geht. Dies ist nun für die Bundestagsfraktion

die schwierigste Situation; denn da wir nicht allein die Mehrheit haben, ist es sehr schwer, die jetzt aus unserem Geiste vorgelegten Konzepte durchzubringen. Es besteht die Gefahr, daß die linke oder die rechte Seite Vorlagen vorlegt, die vielen von uns vielleicht auch sympathisch sind, die aber keine Majorität und keine Stimme von uns finden dürfen, wenn unsere Konzeption durchgehen soll.

Deshalb müssen wir uns finden, und zwar alle Schichten und alle Gruppen. Es gibt gerade in den gesellschaftspolitischen Kreisen Störungen. Wenn uns die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ deswegen angegriffen hat⁴⁰, dann hat sie sich eigentlich selbst Lügen gestraft; denn sie hat am Tage vorher auch berichtet, daß die Hauptakzente unseres Programms, die Notstandsgesetzgebung⁴¹, das Parteiengesetz⁴², die Aktienrechtsreform⁴³ und ähnliche Dinge, sehr wertvoll seien.

Ich will nur ganz wenig zu dem gesellschaftspolitischen Programm sagen. Ich glaube, hier wird nur der ein gerechtes Urteil abgeben können, der ein bißchen weiß von unserem Weg seit dem Jahre 1961 auf diesem Gebiet. Wenn ich jetzt einmal etwas übertreibe, dann war es doch so, daß wir gesagt haben, Gesellschaftspolitik ist ein Stück Neuland, ein Stück Strukturpolitik. Die Freien Demokraten haben ein ganz anderes Paket; sie haben eigentlich gesagt, wenn Geld da ist, dann zuerst für die Kriegsfolgen. So war es doch. Diese beiden unterschiedlichen Konzeptionen haben uns doch zerrieben. Jetzt ist es gelungen, auch mit Unterstützung der Freien Demokraten, ein Paket aus unserem Geiste vorzulegen. Wir haben in diesem Paket eine zeitliche Priorität geschaffen, und zwar erstens die Familienpolitik, aber nicht weil wir da ein schlechtes Gewissen haben. Zweitens durch das Kindergeldgesetz⁴⁴ sind wir bereits in einer sehr guten Situation, auch im europäischen Vergleich. Wir glauben auch, daß wir gesellschaftspolitisches Neuland beschritten haben durch die Idee der Koppelung von Familien- und Bildungspolitik.

Das Zweite ist die Eigentumspolitik. Der Herr Bundeskanzler hat dazu gesprochen. Ich kann darauf verzichten, hier näher darauf einzugehen, sondern will nur den Zusatz geben und sagen, unser Leistungsförderungsgesetz⁴⁵, das bekanntlich Erlöse des Volkswagenwerks verwendet, um Menschen im Beruf zu fördern, ist eine großartige Sache.

40 FAZ vom 20. November 1964 „Für jeden etwas“.

41 FAZ vom 18./19. November 1964 „Sozialpolitische Vorhaben der Union bis zur Wahl“. – Zur Notstandsgesetzgebung vgl. Nr. 11 Anm. 42.

42 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 17. Dezember 1964 (Drs. IV/2853).

43 Entwurf eines Aktiengesetzes vom 3. Februar 1962 (Drs. IV/171).

44 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 21. Oktober 1964 (Drs. IV/2649).

45 Entwurf eines Gesetzes über Bildung und Verwaltung eines Sondervermögens für Ausbildungs- und Leistungsförderung (Leistungsförderungsgesetz) vom 18. Juni 1964 (Drs. IV/2388).

Wir haben als viertes die Härtenovelle bei der Rentenversicherung.⁴⁶ Der fünfte Punkt ist sehr schwierig. Die Bundestagsfraktion hat sich darüber verständigt, an dem Beschluß unseres Parteitages in Hannover festzuhalten, d. h. am unlösbaren Junktum zwischen der arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung und den essentiellen Gruppen der Krankenversicherungsneuregelung.⁴⁷ Sie[!] ist beides zugleich. Da wir eine zeitliche Prioritätenliste haben, muß das in dem Zusammenhang gesehen werden. Über den Mutterschutz und eine andere Sache des Bundessozialhilfegesetzes will ich hier nicht sprechen.⁴⁸

Meine Freunde! Ich bin der Überzeugung, daß wir, wenn wir unser Programm durchziehen, keinen Streit mehr unter uns haben werden, daß wir aber eine geistig lebendige und diskutierende Partei bleiben gegenüber dieser öden Maschine der SPD von Karlsruhe.

Wenn wir am Schluß hier einstimmig handeln, wenn diese Bundestagsfraktion den Mut hat, vielleicht auch einmal, da sie ja nicht allein die Mehrheit hat, mit einer Vorlage aus ihrem Geiste unterzugehen, wenn wir in der Notstandsverfassung alsbald hier im Hause die Opposition stellen und ihr den staatspolitischen Puls fühlen werden, wenn wir den europäischen Frühling, von dem ich sprach, erleben, dann weiß ich eigentlich überhaupt keinen Grund, warum wir nicht im nächsten Jahre den gleichen Erfolg für diese Bundestagsfraktion finden sollen wie bisher; es sei denn, es gebrähe uns am Fleiß. All diese guten Vorhaben, meine Freunde, sind wunderbar, aber ohne den Fleiß und die Kleinarbeit nicht nur der Abgeordneten, sondern aller Mitarbeiter, ist nichts zu schaffen.

Das erste Musterbeispiel sollten wir an der Saar hinlegen, wo wir einfach die Wahlen gewinnen müssen.⁴⁹ Ich glaube, wir werden sie auch gewinnen.

Zur SPD möchte ich jetzt nichts sagen, denn das hat der Herr Bundeskanzler schon getan; aber lassen Sie mich ein einziges zum Schluß noch sagen. Wir sind 16 Jahre lang in der Regierung, wenn wir nächstes Jahr im Wahlkampf stehen. Ich habe eigentlich gar nichts dagegen, daß wir z. Z. nicht in der Favoritenrolle starten. Das ist gar nicht so schlecht. Natürlich müssen wir bis Ostern wieder in der Favoritenrolle sein; denn wenn wir nicht als Favorit in die Wahl gehen, so ist das schlecht, denn dann wollen die Leute bei dem sein, der siegen wird. Aber jetzt haben wir die ganz große

46 Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung von Härten in den gesetzlichen Rentenversicherungen vom 23. September 1964 (Drs. IV/2572).

47 Vgl. Vorlage des Arbeitskreises III „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in: CDU, 12. Bundestag, S. 512–516, hier S. 514.

48 Antrag der Fraktion der CDU/CSU zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung vom 10. März 1965 (Drs. IV/3125). – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundessozialhilfegesetzes (Blin-denhilfe) vom 5. März 1965 (Drs. IV/3150).

49 Ergebnis der Landtagswahl vom 27. Juni 1965: CDU 42,7 %, SPD 40,7 %, FDP/DPS 8,3 %, SVP/CVP 5,2 %. Franz Josef Röder (CDU) bildete eine Koalitionsregierung aus CDU und FDP/DPS. FISCHER 2 S. 1062 f.

Chance, uns wirklich politisch wieder zu tummeln. Die größte Schwierigkeit wird sein, mit dieser Opposition, die uns ja schlagen möchte, fertig zu werden. Ich glaube, daß der Bundeskanzler mit seinen Ziffern über Schweden einen guten Weg gewiesen hat. Sie wissen, daß wir im Bundestag die Opposition herausgefordert haben. Ich will es heute nachmittag etwas ausführlicher sagen. Aber Herr Brandt ist nicht gekommen. Wir haben dann gefragt, was bedeutet diese Schweden-Sache, ist sie außenpolitisch zu verstehen als ein versteckter Hinweis auf Neutralisation? Die Antwort lautete: Nein. Darauf haben wir gesagt, daraus wollen wir keinen Popanz machen, aber was bedeutet sie dann innenpolitisch? Die Antwort von Erler lautete: In weiten Bereichen ist Schweden unser innenpolitisches Vorbild. – Na dann mal ran, meine Freunde! Ich glaube, daß wir dann wirklich alle Chancen haben.

Nun werden Sie verstehen, wenn ich am Schluß noch zwei Dinge sage: Erstens, wir wollen uns allesamt um Erhard scharen, die Partei, die Fraktion, die Regierung. (*Krone*: Nicht wie um Brandt!) Nicht wie um Brandt, der es heute noch nicht einmal fertiggebracht hat, ein Schattenkabinett zu bilden. Es gibt nicht einmal so viel Licht. Zweitens, Sie werden mir nachsehen, wenn ich nochmals zitiere, was mein väterlicher Freund Karl Arnold damals in einer ähnlichen Situation gesagt hat: Die CDU ist nicht kaputtzukriegen, es sei denn durch sich selbst. – Ich bin ganz sicher, daß Karl Arnold lieber hat, wenn der erste Teil dieses Satzes ihm recht gibt als der zweite. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Freunde! Ehe wir die Diskussion beginnen, möchte ich einen Satz aussprechen. Sie haben eben gehört, wie Herr Kollege Barzel gesagt hat, daß alle bisherigen Vorlagen von der Fraktion einstimmig verabschiedet worden sind. Wenn Sie weiter daran denken, daß unser Freund von Brentano seit über einem Jahr leider nicht mehr den Vorsitz in der Fraktion wahrnehmen konnte, dann schulden wir seinem Vertreter, Herrn Barzel, unseren herzlichsten Dank. (*Beifall.*) Wir schulden ihm Anerkennung für diese großartige Leistung. Er hat ein ganzes Jahr lang in schwierigen Angelegenheiten die Fraktion sehr gut geführt. – Nun darf ich um Wortmeldungen bitten. Bitte, Herr Dr. Kohl.

AUSSPRACHE: AUSSENPOLITISCHE DIFFERENZEN; KOMMUNALWAHLEN IM HERBST 1964; BUNDESTAGSWAHLKAMPF 1965

Kohl: Herr Bundesvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Barzel hat am Anfang seiner Ausführungen das entscheidende Wort ausgesprochen: Eine Partei wie die CDU/CSU wird tot sein und keine Zukunft mehr haben, wenn in dieser Partei keine Diskussion mehr lebendig ist. Wir brauchen gar keinen Vergleich mit der Sozialdemokratischen Partei zu ziehen. Wer die Gründung der Partei, wer die Tradition und die Frühgeschichte kennt mit ihren Strömungen bis in unsere Tage hinein, der weiß das. Das ist auch gar nicht das Problem, was sich bei uns stellt. Diskussionen gab es immer. Sie sind in den letzten Jahren Gott sei Dank

etwas lebhafter in unserer Partei geworden. Das war eine großartige Sache, und das ist auch richtig.

Das entscheidende ist, daß unter dieser Diskussion – das ist ein alter angelsächsischer Regierungsgrundsatz – die Fähigkeit zum Regieren nicht gleichzeitig leidet. Diskussion muß sein, aber am Ende einer Diskussion muß ein Ergebnis stehen, und zu diesem Ergebnis müssen dann alle, auch die, die in der Diskussion unterliegen, fairerweise stehen.

Das ist überhaupt das Kernproblem, daß sich die CDU/CSU diesen Diskussionen stellt. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist. Ich bin nicht Mitglied der Bundestagsfraktion, sondern Mitglied einer Landtagsfraktion und habe eine Funktion in der Partei. Ich gehöre zu denen, die auch heute noch den altmodischen Grundsatz vertreten, daß es für einen Mann der Partei eine wichtige Sache ist, Versammlungen abzuhalten, wenn er ein Mandat übertragen bekommen hat. Auf diesen Versammlungen – ich spreche ausdrücklich nicht von den jetzt zurückliegenden Versammlungen der Wahlkämpfe – muß einiges zur Gesamtsituation der Partei in diesen Tagen gesagt werden.

Ich möchte vorweg sagen, es scheint mir ein geringer Trost für uns in der CDU zu sein, daß die SPD eigentlich heute ein schauriges Beispiel einer lebendigen Partei abgibt, daß man gerade aufgrund der Vorkommnisse in Karlsruhe sagen muß, das ist nicht eine regierungsfähige Partei. Das Problem ist nur, das unseren Mitbürgern klarzumachen und sie davon zu überzeugen, daß man nicht sozialdemokratisch wählen kann, wenn man als ein Mann oder als eine Frau mit Verstand begriffen werden will.

Was nehmen uns so die Leute übel? Herr Bundeskanzler, Sie haben es angeschnitten. Sie nehmen uns nicht übel, daß wir in dieser oder jener politischen Maßnahme nicht zu Stuhl gekommen sind. Jeder weiß, daß wir nicht mehr die Mehrheit in diesem Hause haben. Jeder weiß auch, daß in der Politik Pannen passieren können und auch passieren. Es ist dem Durchschnittsstaatsbürger auch lieber, an der Spitze des Staates Menschen mit Fehlern zu sehen, als Übermenschen, weil wir ja in der jüngsten Vergangenheit solche Beispiele hatten, die dann zu katastrophalen Fehlern sich auswirkten. Das nimmt man uns nicht übel, wenn wir diese Fehler zugeben. Wir werden sogar eine gewisse Sympathie dabei finden. Aber was man uns übelnimmt in diesen letzten Monaten und vor allen Dingen in den letzten Wochen, ist der Eindruck der Führungslosigkeit, der Konzeptionslosigkeit der CDU. Was aber die Konzeptionslosigkeit anbetrifft, so stimmt das angesichts der geschaffenen Tatsachen sicherlich nicht. Aber ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland, die ja zu einem entscheidenden Umfang gemacht wird, hat diesen Eindruck miterlebt. Und ein nicht unerheblicher Teil unserer führenden Persönlichkeiten hat leider diesen Eindruck kräftig unterstützt. Das ist genau das, was uns bis hinein in die engste Kernschar der Anhänger der CDU sehr übelgenommen wird.

Wenn man Streit in der Familie hat, dann trägt man ihn in der Familie aus; aber so, wie das bei uns in den letzten Wochen war, daß sich nämlich unsere Leute über Zeitungen gegenseitig und übereinander unterhalten, das ist für unsere Partei und insbesondere – ich will es einmal strapazieren – für eine solidarische Denkweise und

ein solidarisches Verhältnis untereinander, das sich aus dem „C“ unseres Namens ergeben müßte, unmöglich.

An diesem Punkt herrscht in weiten Kreisen unserer Mitgliedschaft – und insofern sind die Mitglieder von großer Bedeutung, Herr Bundeskanzler – helle Empörung, aber auch ein nicht zu unterschätzendes Maß von Resignation. Vergessen Sie bitte nicht, wir sind auf jeden unserer Anhänger draußen angewiesen, daß er an seinem Arbeitsplatz, in seinem Familienbereich und sonstwo für die Partei mitarbeitet und daß er hier das Nötige tut. Wenn der einzelne nicht mehr das Gefühl hat, daß der ganze Wagen nach vorn rollt, dann wird er auch nicht mehr bereit sein, diesen Einsatz zu geben, der uns in den Wahlen von 1949 über 1953, dann über 1957 bis nach 1961 die Mehrheit oder jedenfalls eine sehr starke Position im Bundestag gebracht hat.

Wir haben das Gefühl und haben auch Grund dazu – deswegen muß heute darüber gesprochen werden –, daß diese mangelnde Solidarität zum Teil nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus echt persönlichen – ich will es so nennen, wie ich es empfinde – Eifersüchteleien kommt. Es darf z. B. nicht so sein, daß schon Felle von einem Bären verteilt werden, den wir im September des nächsten Jahres noch nicht erledigt haben.

Ich bin mit dem Kollegen Barzel einer Meinung, wenn er sagt, wir können jederzeit diese Wahl gewinnen, wenn wir nur wollen. Aber in weiten Kreisen unserer Freunde ist im Augenblick der Eindruck vorhanden, daß vielleicht der eine oder der andere bei uns schon gar nicht mehr diese Konzeption hat. Ich würde nun zu dem einen oder anderen Punkte noch wesentlich deutlicher sprechen, wenn ich nicht die bemerkenswerte Tatsache wieder feststellen müßte, daß ein Teil der Akteure der letzten Wochen heute nicht da ist. Es gibt sicher diesen oder jenen dringenden dienstlichen Grund, aber es ist geradezu unmöglich, sich über eine außenpolitische Grundkonzeption der CDU/CSU zu unterhalten, wenn drei oder vier, die hier in diesem Saale sein müßten – ich denke an den Außenminister, an Herrn Gerstenmaier, aber auch an den Vorsitzenden der CSU –, nicht anwesend sind. Es wäre deshalb unfair, das so zu tun.

Deshalb will ich vorweg anregen, daß wir uns möglichst bald noch einmal hier im Bundesvorstand speziell zu diesem Thema treffen, und zwar mit einer Terminsetzung, daß niemand sagen kann, ich konnte nicht anders disponieren, ich mußte zu einem dringenden dienstlichen Geschäft. Wir haben auch vorhin aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers gehört – ich hoffe, daß wir es auch noch vom Herrn Bundesparteivorsitzenden hören werden –, daß das Verhältnis zwischen diesen beiden in steigendem Maße besser wird.

Ich sage Ihnen ganz offen, wenn Sie das heute draußen sagen, glauben das unsere Freunde nicht mehr zur Stunde. Ich unterstelle Ihnen subjektiven guten Willen dabei, aber aufgrund gewisser Erfahrungen glaube ich es im Augenblick nicht. Deswegen wende ich mich ganz konkret an Sie beide. Ich möchte ganz klar sagen, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, daß, wenn überhaupt in dieser CDU/CSU Deutschlands – die CSU erinnert mich manchmal nicht sehr intensiv an diese Dinge, aber wir müssen

es hier trotzdem zusammennehmen – jemand eine Schuld hat, dann sind Sie es. Ich selber stehe nicht an, gerade als einer der Leute der jungen Generation, das bei jeder Gelegenheit zu betonen. Aber ich meine auch, Herr Bundesparteivorsitzender, die größten Verdienste um unsere Partei auf der einen Seite rechtfertigen nicht, daß daraus ein irgendwie geartetes, ich will nicht sagen Recht, aber eine Möglichkeit herauskommen könnte, etwa jetzt in dieser zweiten Phase der deutschen Politik oder auch der CDU/CSU, der Partei Abbruch zu tun.

Und erlauben Sie mir, zu sagen, Sie haben vielen Ihrer eigenen Anhänger draußen im Lande manches Ungemach, ja manches Kopfzerbrechen und manche schlechte Stimmung – aber das ist nicht das richtige Wort –, aber manche Betrübnis – das ist wohl richtig – in diesen letzten Wochen bereitet. Ich kann Sie nur sehr herzlich und sehr dringend sicherlich im Namen vieler unserer Freunde draußen im Lande bitten, uns diesen Dienst zu erweisen, nicht nur in aller Loyalität, sondern auch in einer herzlichen Kameradschaft – von Freundschaft darf ich in diesem Zusammenhang nicht reden – Ihrem Amtsnachfolger entgegenzutreten.

Wie ich auch glaube – ich will das natürlich auch umgekehrt sagen, Herr Bundeskanzler Erhard, daß Sie wissen sollten, daß Sie von den verfassungsmäßigen Rechten Ihres Amtes Gebrauch machen –, daß wir in der CDU bereit sind, durchaus den Kopf draußen hinzuhalten und zu sagen, der Bundeskanzler Erhard macht auch Fehler, es wäre schlecht, wenn Sie keinen Fehler machten; das gehört dazu. Aber wir wollen das Gefühl haben, daß Sie diese Vollmachten Ihres Amtes ausschöpfen, daß Sie führen, daß der Eindruck draußen bei unseren Freunden zunächst besteht, daß auch Sie wie Bundeskanzler Dr. Adenauer – dem wahrscheinlich kein Mensch je nachgesagt hat, daß er diese Führungsposition nicht wahrgenommen habe – in diesem Amt das gleiche Signum tragen. Mir scheint es wichtig zu sein, daß hierbei mit verbunden wird – ich will es offen ansprechen –, daß in unseren Kreisen und in den Kreisen unserer Freunde das Gefühl herrscht, von dem ich eben gesprochen habe. Sie haben es in einem Satz schon beantwortet, aber ich wäre dankbar, wenn Sie es auch in der Praxis draußen stärker durchsetzen würden, daß die jetzige Mannschaft im Bundeskanzleramt eine solidarische Verbundenheit zur Gesamtpartei hat. Ich spreche nicht nur vom Bundeskanzler. Da gab es ein Beispiel, das hat miserabel gewirkt. Wenn ich draußen den kleinen Mann auf der Straße anspreche, er soll Mitglied unserer Partei werden, dann weist er darauf hin, in den Zeitungen stehe, daß der Chef der Staatskanzlei⁵⁰ (Erhard: Ist Mitglied!) jetzt Mitglied auf einem Weg geworden ist, den auch ich nicht unbedingt für den normalen Weg halte, um in die Partei hineinzukommen. Das ist also keine gute Sache. Ich will damit Herrn Westrick nicht zu nahe kommen, aber glauben Sie mir, es ist kein gutes Beispiel, das hier gegeben wird. Unser dringender Wunsch ist es – deswegen sind wir ja hier zusammen –, daß diese Partei zum Siege geführt wird. Wir können doch hier unterstellen, daß wir alle CDU-Wähler sind. (*Lebhafte Bewegung und Heiterkeit.*) Wir brauchen uns deswegen

50 Ludger Westrick (Nr. 13 Anm. 51) war nie CDU-Mitglied.

nicht gegenseitig zu fragen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Herr Kollege, ich weiß nicht, ob Sie nicht schon halb unterwegs sind zur CDU. (*Erneute Heiterkeit und Unruhe.*) Ich würde aus dem Grunde sagen, wir brauchen uns auch nicht darüber zu unterhalten, wie die SPD liegt. Wir müssen es unseren Mitbürgern draußen sagen, deren Stimmen wir in den nächsten Monaten haben wollen. Das geht nur, wenn die Konzeption der CDU für jeden klar ersichtlich ist.

Den kleinen Mann interessiert das 312-DM-Gesetz, den interessiert dieses und jenes, je nachdem, woher er gerade kommt. Er hat sogar Verständnis, Herr Bundeskanzler, für die Telefonaffäre⁵¹, aber er hat kein Verständnis für den zweiten Teil der Telefonaffäre, um es ganz deutlich zu sagen, wo es sich nicht um eine Affäre des Telefons handelt. Das hat zwar die Leute auch interessiert, aber die da so geschimpft haben, waren gar keine Telefonbesitzer. In dem zweiten Teil dieser Aktion, den man als Unfall bezeichnet hat, ist etwas deutlich geworden, was in unserer Mitgliedschaft und in unserer Anhängerschaft so interpretiert wird: Die CDU hält nicht durch. Sie bringt ihre Führungsautorität nicht so zusammen, wie es sein muß. Das ist ganz unmittelbar, Herr Bundeskanzler, an Ihre Adresse gesagt, weil auf Ihnen die Hoffnungen ruhen.

Es ist manchmal – und ich stelle hier die konkrete Frage, wer solche Gespräche geführt hat – in Gazetten und in Zeitungen geschrieben worden, es seien Überlegungen wegen Ablösung im Gange. Hier hätte ich gerne gehört, Herr Kollege Barzel, ob das stimmt oder ob das nur kolportierte Gerüchte sind.

Jedenfalls ist eines ganz klar, und das will ich deutlich hier ansprechen: Bei alledem, was jetzt an Streitigkeiten und Auseinandersetzungen war, wenn wir nicht von einer wirklichen Lust am Untergang erfüllt sind, dann müssen wir hier Änderungen vornehmen, um erfolgreich in den Wahlkampf ziehen zu können. Es wäre doch schierer Wahnsinn, wenn jetzt solche Ablösungsgedanken ernsthaft in der Führungsspitze der CDU erhoben würden. Ich kann nur das eine sagen, wenn Sie die Möglichkeit hätten, einen Parteitag in der Art eines schweizerischen Landtages abzuhalten, dann fürchte ich, würde die Mannschaft des Parteipräsidiums in diesen Tagen eine Abstimmung nicht überleben. Das ist also keine gute Sache für die Gesamtpartei. Deswegen meine ich, wenn irgendwo solche Gerüchte auftauchen, dann muß dazu eine klare Stellung genommen werden. Man sprach nämlich von einer Ablösung des ersten Mannes der CDU. Das stand in den Zeitungen.⁵² Ich möchte

51 Der Verwaltungsrat der Bundespost hatte in seiner Sitzung am 6. Juli 1964 eine Erhöhung der Gesprächsgebühren von 16 auf 18 Pfennig je Gesprächseinheit beschlossen. Die Bundesregierung hatte diesen Beschluß aufgehoben und die Gebühr je Gesprächseinheit zum 1. August auf 20 Pfennig erhöht. Im Oktober wurde dann durch die Bundesregierung eine Senkung auf 18 Pfennig vorgeschlagen, die vom Postverwaltungsrat in seiner Sitzung am 24. November 1964 beschlossen wurde. Die Ermäßigungen traten zum 1. Dezember 1964 in Kraft (vgl. BULLETIN vom 8., 17., 29. Juli, 1. August, 14. und 23. Oktober, 3. und 26. November 1964).

52 Vgl. „Die Welt“ vom 3. November 1964 „Schwere Krise erregt die CDU. Adenauer mit Abwahl gedroht“.

wünschen, daß Sie auch heute mittag ein klares Wort dazu sprechen; denn darüber diskutieren unsere Freunde draußen.

Herr Kollege Dollinger ist hier in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der CSU. Ich komme aus der Pfalz, wie sie wissen, und die älteren Leute in meiner pfälzischen Heimat erzählen heute noch schauerliche Geschichten aus jener Zeit, als die Bayerische Volkspartei und die Zentrumspariei, beides Parteien auf einem weltanschaulichen Hintergrund, etwa bis 1928 im Regensburger Abkommen⁵³ sich in finsterster Weise bekriegten. In meiner Heimatstadt Ludwigshafen gab es damals eine Stadtratsfraktion der Bayerischen Volkspartei und eine der Zentrumspariei, die nicht einmal zusammen stimmten. Die haben nicht miteinander gesprochen. Das ist das äußerste Extrem an Blödsinn, was man sich in der Politik überhaupt vorstellen kann.

Meine Damen und Herren! Wir sollten alles tun, bei aller Wahrung der selbstverständlichen Grund- und Sonderposition der bayerischen CSU und unserer Freunde in dieser Partei, daß die CSU auch ihrerseits nicht nur hier in der Verklammerung der Bundestagsfraktion, sondern auch in der Politik nach draußen deutlich macht, daß wir an einem gemeinsamen Strang ziehen. Ich weiß, der Herr Kollege Dollinger ist da großzügig. Ich weiß, mir geht es wie dem Pfarrer, der zu jemand predigt, der gar nichts dazu kann. Aber derjenige, dem es eigentlich gilt, ist nicht hier.⁵⁴ Da Sie aber in einer offiziellen Funktion hier sind, möchte ich Ihnen doch das mit auf den Weg geben. Vielleicht ist es doch von Interesse, daß sich der Vorstand der CSU und der Vorstand der CDU gemeinsam an diesen Fragen interessieren. Das wird vielleicht den einen oder anderen Kollegen aus dem norddeutschen Raum nicht so berühren. (*Unruhe und Oho-Rufe.*) Ja, ich sehe Herrn Blumenfeld dort sitzen, da kann ich es mir schon vorstellen. (*Heiterkeit.*) Ich meine es aber mehr aus der Nähe des südwestdeutschen und des süddeutschen Raumes.

Herr Geschäftsführender Vorsitzender Dufhues, ich meine, heute muß hier einiges herauskommen. Tausende unserer Freunde im Lande und Mitglieder warten darauf, daß heute am Ende dieser Diskussion eine klare und eindeutige Haltung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses steht. Wenn das so ist, dann müssen wir auch den Mut haben, von der gemeinsam erarbeiteten Linie in keiner Weise abzugehen. Wir müssen jeden, der davon abweicht, und zwar ohne Ansehen der Person und der Persönlichkeit – ich mache hier gar keine Ausnahme –, ganz klar exemplarisch als denjenigen hinstellen, der in der gesamten Linie der Partei quertreibt.

53 Am 20. November 1927 in Regensburg getroffene „Vereinbarungen zwischen der Deutschen Zentrumspariei und der Bayerischen Volkspartei“, die am 21. November von Karl Friedrich Speck für die BVP und am 28. November von Wilhelm Marx für das Zentrum unterzeichnet wurden. Vgl. Klaus SCHÖNHOFEN: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46). Düsseldorf 1972 S. 195–198.

54 Franz Josef Strauß.

Es muß deutlich sein, daß das die einzige Chance ist, um die Bundestagswahl zu gewinnen. Ich habe keine Bedenken, trotz der negativen Ergebnisse bei den letzten Kommunalwahlen, auch in Rheinland-Pfalz, daß wir sie gewinnen können. Wir können die Wahl gewinnen, wenn wir angreifen, wenn wir ein klares Konzept haben, wenn wir nicht nur davon sprechen, was wir geleistet haben, sondern auch das erklären, was wir in Zukunft tun wollen, denn der junge Wähler bei der nächsten Wahl war bei den großen Stationen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik noch ein Bub oder ein Mädchen, und deshalb hat er keine Beziehung dazu. Er hat eine Beziehung zu der Politik der fünfziger Jahre wie ich als 34jähriger zur Weimarer Politik. Deshalb muß man ihnen sagen, das und das haben wir geleistet, aber wir sind in der Lage, morgen und übermorgen das und das zu leisten, wenn du uns mit deiner Stimme dabei hilfst. Dazu gehört die vorhin mehrmals angesprochene Einigkeit, dazu gehört ein eigenes Profil, dazu gehört das, was ich leider Gottes in den ganzen öffentlichen Ausführungen vermisste, daß wir nämlich bereit sind, in diesem Falle etwas von John F. Kennedy zu lernen, der nämlich gesagt hat, er führe sein Volk zu einer neuen Grenze, wenn sie bereit seien, Opfer zu bringen.

Meine Damen und Herren! Mit einer Politik von Wahlgeschenken oder mit einer Zubringung[!] von Dingen dieser oder jener Gruppe werden wir auf die Dauer nicht bestehen. Wir werden nur bestehen – gerade wegen der jungen Generation –, wenn wir bereit sind – so altmodisch das wiederum klingen mag –, von unseren Freunden Opfer zu verlangen.

Glauben Sie mir, wir hätten ein solches Ende durch den Verlust einer Bundestagswahl für die nächste Periode wahrscheinlich nicht verdient. Aber ich fürchte, die Sozialdemokraten bringen uns diese Niederlage nicht bei, wenn sie eintreten sollte, sondern sie wird uns beigebracht von uns selbst. Ich meine, wenn wir noch einen Funken von Verstand und einen Funken von Engagement – ich will gar nicht die Dinge jetzt sehr viel höher formulieren – zu unserer Partei haben, die ja unsere Heimat ist, dann können wir so nicht mehr verfahren. Und dazu gehört vor allen Dingen, daß wir fleißiger sind. Ich habe nämlich erstaunliche Beobachtungen von mangelndem Fleiß bei den letzten Landtagswahlen machen können. Man kann nicht in Gegenden denken; man kann nicht sagen, das ist eine Kommunalwahl, das ist eine Landtagswahl, das ist eine Bundestagswahl, nein, sondern man muß erwarten, daß der Gemeindepolitiker genauso für den Bund und die Gesamtpartei die Verantwortung trägt wie der in den Ländern. Dieses ganze Hickhack zwischen Bund und Ländern ist in diesem Zusammenhang von besonderer Schädlichkeit. Der Bürger reagiert ja ganz anders; denn er sagt, mir ist es ziemlich egal, ob das die CDU des Kreistages, des Landtages oder des Bundestages ist. Es ist das Bild der CDU. – Jeder trägt mit die Verantwortung. Und Sie sollten sehr ernst, Herr Kollege Barzel, auch wie ich das in unserer Landtagsfraktion als Vorsitzender getan habe, den Kollegen in der Bundestagsfraktion ins Gewissen reden.

Herr Bundeskanzler, es gehört auch zu den Richtlinien der Politik, daß Sie als der Repräsentant der CDU im Kabinett Nummer 1 auch den CDU-Bundesministern – nicht

nur einer auserlesenen Zahl, sondern allen – deutlich machen, daß der Wahlkampf kein Vergnügen, sondern eine Notwendigkeit ist, um auf dem Sessel zu sitzen, auf dem man gerade sitzt. Sie sollten ihnen sagen, daß es darauf keinen vererblichen oder verbrieften Anspruch gibt und daß das Mindeste ist, was man dazu tun kann, daß man sich engagiert.

Es kam auch vor, daß Bundesminister große Versammlungen haben aufsitzen lassen. Das bezeugt ebenfalls eine mangelnde solidarische Grundhaltung. Ich spreche die Dinge nicht mit dem Namen an, ich wäre aber in der Lage dazu, weil die genannten Herren nicht hier sind. Es wäre nicht fair, etwas zu sagen, wenn der Betreffende nicht hier sein kann. Aber geben Sie bitte diesen allgemeinen Appell in einer Besprechung vielleicht im Fraktionsvorstand oder auch des Bundeskabinettes. Wir machen ja nicht aus Spaß Kommunalwahlkampf oder Wahlkampf für die Landtagswahlen. Diesen Zustand, von dem ich eben gesprochen habe, gibt es nicht nur in Bonn, sondern den gibt es auch in einer Reihe von Landeshauptstädten. Ein von mir sehr hochgeachteter Ministerpräsident hat mich auch drei Wochen vor der Wahl in einer großen Versammlung sitzenlassen, weil im Fernsehen eine interessantere Sache war. Es mag durchaus so sein, aber die Kerntruppe der Partei bleibt eben die Mitgliedschaft. Das muß sie auch bleiben. Diese Mitglieder haben einen Anspruch darauf, daß sie gelegentlich auch ihre Repräsentanten sehen.

Meine Bitte in diesem Zusammenhang geht dahin, lassen wir heute die Dinge nicht mit einem großen UHU-Eimer zukleistern. Wir sollten die Dinge heute hier offen ansprechen. Wir sollten den Mut haben, auch das zu sagen, was uns alle bedrückt. Wir sollten aber alle, wenn wir diesen Saal verlassen, auch die Gewißheit mit nach Hause nehmen, daß es tatsächlich eine Führung in der CDU gibt. Wir sollten den Mut haben, dafür zu sorgen, daß derjenige, der gegen diesen Stachel löckt – das hat nämlich nichts mit Diskussion zu tun –, mit der vollen Konsequenz eines Vetos der Gesamtpartei zu rechnen hat.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn am Ende der heutigen Diskussion bei mir und vielen, vielen anderen Freunden das Gefühl bestünde, daß wir unseren Freunden draußen sagen können: Es ist jetzt tatsächlich eine Wende eingetreten. Es ist in Bonn keine Lust am Untergang, sondern eine Lust zu einem Sieg bei der nächsten Bundestagswahl vorhanden. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Ich behalte mir vor, zum Schluß der Versammlung noch einige Worte über die Aussichten zu sprechen, nämlich die Bundestagswahl zu gewinnen, so wie ich sie sehe.

Aber ich möchte auf einige spezielle Punkte, die mein Herr Vorredner eben hervor gehoben hat, ganz speziell antworten. Ich möchte ihm zunächst sagen, daß ich genau das unterschreibe und genau der Auffassung bin, die Bundeskanzler Erhard hat über unser gegenseitiges Verhältnis, sagen wir lieber über unser beiderseitiges Verhältnis. Ich gebe Ihnen aber auch zu, Herr Kohl, daß ich die Politik des Außenministers gegenüber Frankreich nicht verteidigt und auch nicht gebilligt habe. Ich habe das aber auch dem Herr Bundeskanzler Erhard und auch Herrn Schröder gesagt. Ich habe

versucht, Herrn Schröder etwas zu überzeugen, es ist mir nicht gelungen. Und der Eklat vom Ganzen war doch der, als ich neulich in Paris war wegen der Aufnahme in das Institut de France⁵⁵, habe ich mit Herrn de Gaulle eine Besprechung gehabt, und zwar nach einer Absprache mit dem Herrn Bundeskanzler Erhard. Ich habe dem Herrn de Gaulle auch gesagt, daß ich jetzt mit ihm nach einer Absprache mit dem Herrn Bundeskanzler Erhard spräche, weil doch sonst meine ganze Unterredung sinn- und zwecklos gewesen wäre.⁵⁶ Was ist dann passiert? Als ich einen Tag später in Paris war, hat Herr Außenminister Schröder ein Interview gegeben an eine an sich kleine Zeitung⁵⁷, das aber dann von da aus in unendlich viele Blätter gekommen ist, wodurch einfach eine weitere Besprechung mit dem Herrn de Gaulle unmöglich gemacht wurde. Ich hatte mit ihm – das bleibt aber unter uns – eine Stunde lang gesprochen und wollte dann eine weitere Stunde mit ihm sprechen am anderen Tage über ganz bestimmte Fragen. Und da hat er mir sehr offen und sehr freundlich gesagt, ich weiß nicht, ob ich nach diesem Interview des Außenministers Schröder noch eine weitere Besprechung konzedieren kann. Ich weiß nicht, was in London ist, sagte er, ich muß mich erst erkundigen, ich gebe Ihnen darüber heute abend Bescheid. Das war allerdings ein sehr schroffer und starker Gegensatz, aber lieber Herr Kohl, das ging nicht von mir aus, sondern ging von dem Außenminister aus. Ich fand es unerhört. Ich sage das ganz offen. Ich würde ihm das auch ins Gesicht sagen. Ich finde es unerhört, daß der Außenminister, während ich mit Wissen und Wollen des Bundeskanzlers in Paris war, ein solches Interview vom Stapel läßt.

Im übrigen, Herr Kohl, ist mein Gewissen wirklich rein. Sie können Herrn Barzel oder Herrn Erhard oder auch, wen Sie wollen, Herrn Blank oder Herrn Krone, fragen, ich war immer dafür, daß Herr Erhard bleiben sollte. Ich habe mich völlig zurückgehalten in allen schwebenden politischen Fragen, weil ich es für korrekt hielt, mich zurückzuhalten. Nur in der einen Frage, nämlich in der Frage Frankreich, wo wirklich Gefahr im Verzuge war, habe ich mit de Gaulle gesprochen, nachdem der Bundeskanzler und ich uns darüber ausgesprochen hatten.

Es hat sich zu Wort Herr Dr. Gurk gemeldet.

Gurk: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Diese Atmosphäre, wie sie jetzt spürbar wird, ist erfreulich, und zwar sowohl beim Bundesvorstand wie in der Diskussion. Was Herr Kohl gesagt hat, muß ich unterstreichen. Ich will auch nicht verhehlen, daß uns mit auf den Weg gegeben wurde, es sei kaum zu erwarten, daß im Bundesvorstand eine echte Änderung eintreten werde, weil die Differenzen schon so schwerwiegend seien, daß man zwar formell darum bitten könnte, daß aber im Grunde genommen keine Verständigung zu erwarten sei, die nun dauernd wirksam bleibe.

55 Adenauer war am 8. November 1964 in die Académie des Sciences Morales et Politiques aufgenommen worden (AdG 1964 S. 11523; vgl. AAPD 1964 S. 1272 Anm. 16).

56 Am 10. November 1964 – AAPD 1964 S. 1267–1272.

57 „Allgemeine Zeitung. Neuer Mainzer Anzeiger“ vom 9. November 1964 „Außenminister Schröder kritisiert Adenauer“.

Ich möchte bitten, daß die Herren ernsthaft miteinander reden. Es ist bedauerlich, daß einige Herren nicht da sind, die anzusprechen wären. Es fragt sich nur, wenn wir heute auch mit einer formalen Verständigung weggehen, ob sich die Herren daran halten werden. Ich unterstreiche also alles das, was gesagt wurde. Die abwesenden Herren müssen auch zitiert werden. Die Vielheit der Interviews, die scheinbare Uneinigkeit ist das, was uns drückt. Das Beispiel von oben macht natürlich im Lande Schule.

Ich bitte Sie sehr dringend, auch wenn Sie einander nicht lieben – das kann man nicht verlangen –, (*Unruhe, Heiterkeit und Bewegung*) aber Sie sollten miteinander auch nicht hassen im tiefsten Grunde Ihres Herzens. (*Beifall.*) Auf keinen Fall darf dieser Streit oder dürfen die Meinungsverschiedenheiten nach außen sichtbar werden, das gilt auch für die Herren, die nicht da sind. Auch die ertragen es nicht mehr. Wenn wir verlieren, dann verlieren wir durch unsere eigene Schuld.

Zur Sache selbst will ich nichts sagen. Über Sachentscheidungen kann man ja diskutieren. Die SPD hat im Grunde genommen weitaus größere Auseinandersetzungen als wir. Aber sie führt diese Auseinandersetzungen nicht auf einem Parteitag und auch nicht durch Zeitungsinterviews. Ich weiß z. B. durchaus oder ich nehme es an, daß zwischen dem verehrten Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Herrn Bundeskanzler Dr. Erhard gewisse Spannungen bestehen. Das ist menschlich und das nehmen wir Ihnen gar nicht übel, aber sie dürfen nicht nach draußen gehen. (*Adenauer:* Worüber denn? Sagen Sie doch, worüber!) Ich will es Ihnen offen sagen; ich tue es aber nicht, um einen Streit herbeizuführen. Es kam dieser Tage ein Herr zu mir von Bonn und sagte, der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer ist nach wie vor der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler Erhard an sich nicht der gegebene Mann sei. (*Adenauer:* Daß er was ist?) Nicht der gegebene sei. (*Unruhe und Bewegung.*) Aber das sage ich Ihnen nur, damit Sie sehen, wie draußen im Lande gesprochen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Summa summarum tragen Sie Ihre Meinungsverschiedenheiten aus in Ihrer stillen Kammer, aber geben Sie nach draußen jenes Bild der Geschlossenheit, das wir verdienen.

Ein Mitglied des Bundeskabinetts ist kürzlich frontal in der „Katholischen Bildpost“, die eine Auflage von über 250.000 Exemplaren hat, auf der ersten Seite in einem Aufsatz angegriffen worden.⁵⁸ Ich habe mir überlegt, ob ich es ihm schicken sollte. (*Zuruf:* Wer denn?) Herr Schröder. Ich habe mir aber gesagt, die Bundespressestelle wird es ihm vorlegen. Ich verteidige die „Bildpost“ nicht, ich sage auch nicht, warum er angegriffen wurde, aber er muß antworten. Wenn er nicht antwortet, bleibt dieser Angriff im Raum. (*Zuruf:* Die bringen die Antwort doch nicht!) Dann hat er eine eigene oder eine andere Möglichkeit, dies zu publizieren. Wir dürfen das nicht unwidersprochen lassen.

Unseren bayerischen Freunden möchte ich in aller Ergebenheit folgendes sagen: Es ist richtig, daß die Chancen für unseren von mir hochgeschätzten Freund Strauß um

58 „Neue Bildpost“ vom 3. Mai 1964 „Strauß wieder an Deck“.

so mehr steigen in Bayern, je mehr er in der übrigen Bundesrepublik abgelehnt wird, (*Heiterkeit*) aber die CSU wird nicht erwarten können, daß ihr Sieg, etwa erkauft mit unserer Niederlage, den Aufstieg der bayerischen Vertretung bewirken könnte. Dies nur als freundlichen Hinweis ohne die Absicht, hier irgendwie konkret zu werden. Ich kenne die Dinge mit der Bayerischen Volkspartei ganz genau und weiß, was damals passiert ist.

Nur ganz allgemein möchte ich der Stimme des Volkes Ausdruck geben, da es nun einmal geschehen muß, weil unsere Leute ein Beispiel erwarten. Ich möchte aber nicht so ganz optimistisch sein in bezug auf die Sicherheit unseres Wahlsieges, wenn ich daran denke, daß die linksintellektuellen Journalisten in Deutschland planmäßig die These verbreiten, die CDU sei abgewirtschaftet und ausgelaugt, sie sei bewegungsunfähig, und zwar ohne daß wir journalistisch etwa gegen Teile des Fernsehens oder gegen die „Revue“, den „Stern“, die „Quick“ oder die „Neue Illustrierte“ irgendein Gegengewicht hätten. Wir müssen uns sehr eingehend überlegen, wie wir den Durchbruch der Überzeugung, daß wir eine Partei der Zukunft und eine Partei mit Aktivität sind, in unserem Volke erringen können. Bei diesen Illustrierten handelt es sich um 24 Millionen Leser, von der Tagespresse ganz abgesehen, die allwöchentlich gegen uns Artikel bringen. Wir haben auch Teile des Fernsehens gegen uns. Es muß unsere innere Einheit wiederhergestellt werden, und zwar durch ein geschlossenes und starkes Auftreten nach außen. Wir müssen also überlegen, wie wir den linksintellektuellen Journalisten, die ja große Teile der öffentlichen Meinung in Deutschland beherrschen, wirksam entgegentreten können.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Dichtel.

Dichtel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn heute in Offenheit gesprochen wird, dann bitte ich Sie, zu verstehen, daß es nicht geschieht, um den einen oder den anderen zu kränken, sondern um der Sache willen. Ich möchte das, was Herr Kohl gesagt hat, nicht wiederholen, weil ich mit diesen Ausführungen einverstanden bin.

Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, für das danken, was Sie uns heute morgen gesagt haben. Wir wissen, daß die CDU eine einmalige Leistung vollbracht hat. Das ist auch in den letzten Jahren bei den Bundestagswahlen von der Bevölkerung immer wieder honoriert worden. Wir können tatsächlich eine einmalige geschichtliche Leistung aufweisen. Es ist nur schade, daß nach diesen Erfolgen die CDU in eine sehr ernste Gefahr gerät, bei der nächsten Wahl in Schwierigkeiten zu kommen, unter Umständen sogar unterlegen zu sein.

Es ist unmöglich, meine Damen und Herren, daß Auseinandersetzungen unter Parteifreunden in der Öffentlichkeit ausgetragen werden, wie sie ja in der Vergangenheit ausgetragen worden sind.

Herr Bundesvorsitzender Dr. Adenauer, wir haben vor längerer Zeit, als es sich wieder zeigte, daß ein neuer Stil auf die CDU zukäme, von Baden-Württemberg aus um eine Bundesvorstandssitzung gebeten. Nun darf ich hier auch einmal sagen, wir haben sehr wenig Vorstandssitzungen. Es ist für den Bundesvorstand eigentlich

sehr wenig Gelegenheit, zu wirklichen Entscheidungen Stellung zu nehmen oder wirkliche politische Entscheidungen zu treffen. Ist eigentlich unser Bundesvorstand im echten Sinne ein Führungsvorstand? Auch diese Frage muß einmal angeschnitten werden. (*Bewegung, teils Widerspruch, teils Unruhe.*) Der Antrag von uns wurde damals abgelehnt. Das ist kein Vorwurf, aber die Feststellung einer Tatsache. Hätten wir uns vielleicht schon zu dieser Sitzung zusammengefunden, wo wir von Baden-Württemberg aus zu verschiedenen Dingen, die in der Luft lagen, nicht mehr schweigen konnten, dann wären vielleicht die letzten Auseinandersetzungen uns erspart geblieben; auch der Tiefstand der Aktien der CDU an der Börse, wie wir ihn heute leider zu verzeichnen haben, wäre unterblieben.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundesvorsitzender, der Meinung, daß das Verhalten des – nennen wir es ruhig beim Namen, mehr will ich aber nicht tun, weil Herr Schröder nicht da ist – Außenministers nicht in Ordnung war. Aber, Herr Bundesvorsitzender, ich muß Ihnen ebenso objektiv sagen, ich hätte es begrüßt, wenn auch Sie nicht die Flucht in die Öffentlichkeit mit Ihrem Interview angetreten hätten. Wenn wir hier schon offen miteinander reden, dann wollen wir auch Auge in Auge den Mut haben, um uns das zu sagen.

Herr Bundeskanzler! Ich habe mich wirklich gefreut, als seinerzeit der Bundeskanzlerübergang kam, mit wieviel Einfühlungsvermögen und feinem Takt Sie uns diese Aufgabe erleichtert haben. Darf ich Ihnen einmal offen sagen, ich habe Sorge um diesen Zeitpunkt gehabt. Es ist kein Vorwurf, wenn ich jetzt sage: Wenn nach einer Periode von 16 Jahren ein Übergang kommt, dann muß der ganz automatisch bestimmte Erschütterungen und Schwierigkeiten mit sich bringen.

Ich habe es also begrüßt, wie Sie uns den Weg erleichtert haben, aber Ihre Schritte jetzt in der Presse habe ich nicht verstanden. Das möchte ich heute in aller Deutlichkeit anprangern. Ich darf Ihnen offen sagen, wenn Sie draußen bei unseren guten Freunden, also nicht beim Flugsand, sind, so sehen Sie heute dort eine tiefe Mutlosigkeit, (*Beifall*) weil sie eine große Verstimmung haben. Diese Leute sagen, das ist die Partei, die sich auf der anderen Seite heute bemühen muß, das Ziel in ihrem Programm glaubhaft nachzuweisen.

Ich bin also der Meinung, daß von unserer heutigen Sitzung aus eine Wende eintreten muß. Wir müssen in Kollegialität zusammenfinden. Wir können, dürfen und müssen uns streiten, aber doch bitte im zuständigen Kreis und am gegebenen Ort, aber nicht diese Auseinandersetzungen draußen in der Öffentlichkeit. Eine Partei, die keine Kritik mehr unter sich ausübt, ist tot. Aber wir wollen eine lebendige Partei. Wenn es so weitergeht wie bisher, dann brauchen sich unsere großen Strategen mit ihren glänzenden Interviews und ihren brillanten Erklärungen nach dem nächsten September keine Sorge mehr zu machen, wie nun die Politik bestimmt werden soll; denn dann bestimmen das andere. (*Beifall.*) Das möchte ich heute in aller Freundschaft einmal sagen. Ich bin auch der Meinung, daß wir uns den sogenannten Flügelkampf, ob frankophil oder amerikahörig – wie es scherzhaft heißt –, nicht mehr weiter erlauben können.

Herr Bundeskanzler! Ich bin Ihnen mein Leben lang dankbar – ich komme unten aus dem Grenzgebiet – für Ihre geschichtliche Leistung, mit der Sie die Aussöhnung mit Frankreich geschaffen haben. Ich habe Sie schon öfter gebeten, einmal nach Freiburg zu kommen. Wir hätten dort gern einmal eine Großkundgebung in aller Öffentlichkeit sichtbar gemacht, was Sie auf diesem Gebiet geschaffen haben. Wenn ich mich auch nicht mit Herrn Erler identifiziere, so kann ich ihm aber in einem zustimmen: Ohne ein gemeinsames Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland gibt es kein Europa.

Man wird natürlich auch bei dem einen oder anderen Punkt gegenüber Herrn de Gaulle kritisch sein müssen. Sie wissen auch, daß Herr de Gaulle nicht ewig lebt. Sie werden also nicht immer mit ihm rechnen können; aber auf der anderen Seite weiß ich ebenso gut, daß wir ohne die Sicherheit Amerikas bestimmt die Dinge nicht meistern können. Nun frage ich Sie aber, muß denn das zu einem Richtungskampf werden, an der unsere Front zerbricht? Haben wir nicht alle Ursache, unsere französischen Freunde, die ja für eine gewisse Galanterie empfänglich sind, in jeder höflichen Form zu bedienen? Ist das immer geschehen? Haben wir nicht alle Ursache, gerade nach dieser Seite hin die gute Front zu wahren, ohne dabei unsere amerikanischen Freunde vor den Kopf zu stoßen. Hier müssen wir es ablehnen, Alternativstellungen einzunehmen. Das können wir uns in unserem Rahmen nicht erlauben. Daß wir heute keine Verpflichtung haben, den Engländern in diesem Moment nachzulaufen, das liegt auch auf der Hand.

Herr Bundeskanzler! Was Sie heute morgen an Edelmet gegenüber den Angelsachsen hinsichtlich der Währungsfrage gezeigt haben, das ist wirklich schon mehr als christlich. Ob die es umgekehrt getan hätten, das weiß ich nicht.

Es ist notwendig, daß der Herr Bundeskanzler in einer engen Art mit der Partei, mit den Ministern und mit der Fraktion zusammenarbeitet, denn man ist hier auf Gedeih und Verderb verbunden. Ich kann mir denken, daß es vielleicht den einen oder anderen kitzeln wird, von einem sogenannten Volkskanzler zu sprechen. Es gibt bestimmte Erscheinungen in Frankreich, aber für den Volkskanzler dieser Art, der etwas neben der Partei steht, ist bei uns nach meiner Auffassung kein Raum. Deshalb bin ich der Meinung, wir sollten alle in einer echten Verbundenheit zusammenstehen und zusammengehen. (*Beifall.*)

Zum Schluß noch eine herzliche Bitte, die wir Ihnen schon einmal, Herr Bundeskanzler, vorgetragen haben, bevor Sie Ihre Regierungserklärung abgegeben haben. Wir müssen also bestimmte Aufgaben tun, an denen wir nicht vorbeikommen. Wenn z. B. die Länder die Gehaltslisten aufbessern, dann kann doch niemand in der Bundesregierung glauben, daß der Bund an einer solchen Erhöhung der Gehälter für die Beamten vorbeikomme. Müssen wir uns immer, wie das leider bisher geschehen ist, erst nach einem monatelangen Streit dazu bekennen, was dann in der Öffentlichkeit immer so aussieht, als sei dies ein Erfolg der Opposition. Und wir müssen es dann durchziehen.

Wir sollten uns auch in unserer Regierungspolitik zu dem Grundsatz bekennen:

Was Du tun mußt, das tue bald und ungezwungen. – Wenn das geschieht, dann wird auch unsere Aktivität als ein Erfolg dargestellt. Bis zur nächsten Bundestagswahl haben wir noch neun Monate Zeit. Der liebe Gott ist manchmal sichtbar mit der CDU gewesen. Mein Freund Scheufelen hat eine ganz andere Formulierung, die ist aber noch nicht salonfähig. Ich kann sie hier nicht vortragen. Aber wir werden es auch diesmal wieder schaffen, wenn wir eines begreifen, daß es immer um die Sache gehen muß und nicht um Personen. (*Beifall.*)

Adenauer: Herr Kollege Dichtel, das Wort heißt: Tu es schnell und willig, denn du tust es doch! – Sie suchten eben nach dem Sprichwort. Das Wort hat Herr Ministerpräsident Lemke.

Lemke: Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer! Meine lieben Parteifreunde! Es ist hier mit Recht kritisiert worden. Wir alle haben das erwartet und auch gewünscht. Ich kann mich dem anschließen. Ich muß in diesem Zusammenhang ein sehr ernstes Wort an uns und auch an diejenigen sagen, die immer wieder zitiert werden. Wir sind eigentlich immer sehr schnell dabei, das, was die anderen vorbringen, als von uns selbst kommend zu übernehmen. Wir tuten sofort ins gleiche Horn. So wird z. B. gesagt, der Bundeskanzler Dr. Adenauer ist zu alt, er muß weg. Und was haben wir getan? Alle möglichen Leute, besonders die Junge Union, haben nach ihm in aller Öffentlichkeit geschossen. Dann wurde gesagt, der Herr Bundeskanzler Erhard ist zu weich. Daraufhin schreit dann bei uns alles: Das ist keine Führung mehr, das muß anders werden, oder Erhard muß härter werden. Es liegt zum Teil auch daran, daß wir meinen, wir müßten immer in einer völligen Liberalität nachgeben. Alles das muß einmal gesagt werden, sonst sieht es nachher so aus, als ob die Anklagebank allein da vorne wäre.

Wir sitzen doch alle in einem Boot und haben darauf zu achten, daß alles in Ordnung geht. Nun komme ich zu einem sehr unangenehmen Punkt. Lieber Freund Gurk, Sie wissen, daß ich Sie schätze, liebe und verehere und daß wir uns durch Jahre hindurch freundlich begegnet sind. Ich muß hier, wenn so etwas ausgesprochen wird, der Bundeskanzler Dr. Adenauer hätte über den Bundeskanzler Dr. Erhard dieses oder jenes gesagt, ganz feierlich erklären, daß ich vor sechs oder acht Wochen mit dem Bundeskanzler Dr. Adenauer sehr eingehend gesprochen habe, und zwar sehr persönlich, wie vielleicht mit keinem anderen, insbesondere über diese Frage. Damals war das Interview noch nicht gegeben. Da hat Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer ganz eindeutig gesagt, daß er für den Bundeskanzler Dr. Erhard voll und ganz eintritt und daß wir dies alle tun müßten. Ich hatte damals die Vorkommnisse vom Anfang dieses Jahres zum Anlaß genommen⁵⁹, um mit dem Bundeskanzler Dr. Adenauer über diese ganzen Fragen zu sprechen.

⁵⁹ Möglicherweise Anspielung auf die für Erhard überraschend erneute Kandidatur Adenauers für den Parteivorsitz der CDU.

Auch das muß als Erwiderung auf die Ausführungen von Herrn Gurk gesagt werden. Wir müssen uns auch davor hüten, daß irgendwelche Gerüchte weitergegeben werden. Die Sorge unseres Bundesparteivorsitzenden über die Frankreichfrage ist uns allen bekannt. Ich möchte hier sagen, es ist tatsächlich in den letzten vier Wochen eine günstige Situation im deutsch-französischen Verhältnis geschaffen worden. Das haben wir auch aus der Rede von Herrn de Gaulle gehört.⁶⁰

Meine Freunde! Sie können mit mir sehr wohl debattieren. Das habe ich bereits vor vier Wochen auf der Sitzung der Landesvorsitzendenkonferenz hier im „Königshof“ in Bonn gesagt.⁶¹ Es ist sehr interessant, was Herr Barzel und Herr Bundeskanzler Erhard vorhin ausgeführt haben. Nun hat sich die Situation geändert. Ich bin auch dafür, Herr Dr. Kohl, daß wir uns über diese Sachfragen demnächst hier in diesem Kreise noch einmal unterhalten.

Nun komme ich zu einer Rüge, die ich sehr ernst nehme. Ich habe ja versucht, durch eine Captatio benevolentiae Ihr Ohr zu erobern. Auf der Landesvorsitzendenkonferenz im „Königshof“, wo alle diese Sachdivergenzen sehr gründlich diskutiert wurden, habe ich Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer geantwortet, als er mich fragte, beeindruckt Sie das nicht, jawohl, man muß darüber sprechen. Aber ich bin natürlich als Landespolitiker überfragt, dazu eine klare Stellung zu beziehen. Ich habe gesagt, Herr Gerstenmaier und Herr Strauß waren dabei, diese Sache darf auf keinen Fall an die Öffentlichkeit kommen. Dr. Krone war auch dabei. Dann aber haben die Herren das nicht gehalten. Dann kamen diese Interviews in dieser schrecklichen Form neben Soraya⁶² und anderen Dingen. Das ist das, was ich nicht vertragen kann. Ich war auch wie Sie, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, ebenso entsetzt, daß Herr Schröder in den Tagen, als Sie in Paris waren, im „Mainzer Anzeiger“, oder wie das heißt, ein Interview gegeben hat. Das geht nicht, das rüge ich. Das lasse ich mir auch nicht gefallen. Deswegen bin ich aufgestanden. Daß ich zu Ihnen stehe, ist selbstverständlich, nur mußte ich diesen meinen Unwillen nur einmal klar zum Ausdruck bringen. Ich habe nicht zur Sache gesprochen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Röder.

Röder: Herr Bundesparteivorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meinen lieben Parteifreunde! Ich bin gebeten worden, in der heutigen Bundesvorstandssitzung etwas über den Ausgang der Kommunalwahlen an der Saar⁶³ und über die Situation an der Saar schlechthin zu sagen, weil aufgrund dieser Situation den Bundestagswahlen eine besondere Aufmerksamkeit zukommt, da wir ja am 27. Juni des nächsten Jahres, also unmittelbar vor den Bundestagswahlen, die Landtagswahl an der Saar haben.

⁶⁰ Vermutlich gemeint de Gaulles Rede in Straßburg (vgl. Anm. 27).

⁶¹ Am 19. Oktober 1964. Protokoll in ACDP VII-004-033/3.

⁶² Soraya Esfandiary Bakhtiary (geb. 1932), 1951–1958 Ehefrau des Schah Mohammed Reza Pahlawi.

⁶³ Ergebnis der Kommunalwahlen am 25. Oktober 1964: CDU 37,4 % (1960: 33,9 %), SPD 39,9 % (27,8 %), FDP (DPS) 9,0 % (12,9 %), SVP 7,1 % (8,0 %) – AdG 1964 S. 11499.

Es gibt Leute, die sagen, das seien kritische Wahlen wie seinerzeit für die NSDAP so diesmal für die SPD. Ich bin deshalb dankbar, daß ich in diesem Kreise etwas über die Situation an der Saar sagen kann. Ich brauche dabei nicht auf die Wahlergebnisse im einzelnen einzugehen, aber ich darf sagen, daß die SPD bei uns an der Saar die größten Gewinne erzielen konnte, nämlich gut 10 %. Daß dieser gewaltige Vorsprung möglich war, erklärt sich zum Teil auch daraus, daß die SPD bei uns an der Saar den geringsten Prozentsatz im ganzen Bundesgebiet hatte, nämlich 29,6 % im Jahre 1960, während sie heute bei 39,8 % liegt. Damit liegen sie noch unter den Prozentsätzen, wie sie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz hat. Von da aus mögen Sie folgern, daß also für die SPD an der Saar noch ziemlich viel Stimmengewinne möglich sind. Warum sollte sie auch gerade in einem industriellen Gebiet wie der Saar hinter den übrigen Ländern zurückbleiben?

Die CDU ist an der Saar jetzt auch in einer besonders schwierigen Situation. Sie hat es zwar verstanden, bei dieser Kommunalwahl wieder einen geringen Zuwachs mit großer Mühe zu erreichen. Sie ist von 35,9 % auf 37,4 % angewachsen, aber dieser Prozentsatz der CDU liegt unter den Prozentsätzen der CDU in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz. Die CDU hat es in den letzten zehn Jahren an der Saar aufgrund der historischen Entwicklung außerordentlich schwer gehabt, zu dieser Homogenität im christlichen Lager zu führen, wie das von 1945 ab im übrigen Bundesgebiet als Voraussetzung gegeben war.

Wir haben im Jahre 1959 nach vieler Mühe und unendlichen Anstrengungen bis in die kleinsten Dörfer hinein erreicht, daß wir zu einer Einigung mit der Christlichen Volkspartei des Herrn Hoffmann⁶⁴ gekommen sind. Wie bei jeder solchen Einigung ist es niemals möglich, aus eins plus eins zwei zu machen, sondern es wird immer gewisse Rückstände geben, Reste, die sie nicht unter diesen gemeinsamen Hut bringen können. So hat sich auch aus dieser CVP eine saarländische Volkspartei abgesplittert, die im Jahre 1960 bei den damaligen Landtags- und Kommunalwahlen es zu einem Prozentsatz von 11,4 %, also fast 12 %, gebracht hat. Diese 12 % fehlen eben der CDU, um ihren Abstand gegenüber der SPD wieder auszugleichen.

Es wäre für uns beruhigend, wenn aus den Wählern der SVP, die nicht mehr SVP wählen – bei der Kommunalwahl hat die SVP fast 50 % verloren –, diese Stimmen nun zur CDU gelangen könnten. Das ist leider nicht der Fall. Diese Stimmen sind zur SPD gegangen. Was die FDP an der Saar verloren hat aus dem Jahre 1964, ist bedauerlicherweise nicht zur CDU, sondern zur SPD gegangen. Auch die Verluste dieser beiden Gruppen genügen nicht, um die 10 % Gewinne der SPD aufzufangen.

⁶⁴ Johannes Hoffmann (1890–1967), 1947–1955 Ministerpräsident des Saarlandes. Vgl. PRO-
TOKOLLE 1 S. 67 Anm. 35. – Karl August SCHLEIDEN: Johannes Hoffmann. In: Saarländische
Lebensbilder 4 S. 251–276; Brigitte STEINLE: Johannes Hoffmann – ein Leben. Weinheim
1990; Markus GESTIER: Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum
deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955. St. Ingbert 1991.

Die SPD hat darüber hinaus noch durch die höhere Wahlbeteiligung an Stimmen gewonnen. Ich habe in derselben Nacht nach den Kommunalwahlen an alle Ortsverbände die Weisung gegeben, daß wir nun auch unter größten Opfern mit den Resten der SVP eine Koalition auf Gemeindeebene eingehen sollten, damit wir für die kommenden Landtagswahlen durch Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene die Leute beeinflussen können, dann doch nicht mehr SPD, sondern CDU zu wählen.

Ich bin in diesen Bemühungen in einigen Hochburgen der SVP an der Saar zum Erfolg gekommen. In anderen Städten ist es mir vereitelt worden, weil die Führung der SVP beschlossen hat, unter keinen Umständen mit der CDU, in jedem Fall mit der SPD zu gehen nach dem Motto: Man wählt nicht mehr CDU. – Wenn schon die SVP an der Saar untergehen muß, dann muß damit auch die CDU untergehen. Darüber hinaus wird diese Partei versuchen, durch die Beifügung des Namens CVP – Christliche Volkspartei – ihr Wählerreservoir zu vergrößern. Sie ist auf die Bundesebene gegangen. Es gibt heute das Zentrum, die CVP und andere Erscheinungen, mit denen man eine Alternative zur CDU herstellen will.

Ich glaube aber, daß es uns gelingen wird, die Wähler, die durch das Verhalten der Führung in der SVP schockiert sind, bei den kommenden Landtagswahlen und Bundestagswahlen zu veranlassen, CDU zu wählen. Das ist nicht leicht, da die SVP seit Jahren bei uns an der Saar die gehässigste Propaganda gegen die CDU an der Saar und gegen die Bundes-CDU führt. Man darf sich also nicht wundern, wenn diese Leute in ihrer Verhetzung nur sehr schwer den Weg zur CDU finden. Wir müssen also gerade sehr überzeugende Beispiele für die CDU an der Saar haben, wenn es uns gelingen soll, diese Wählergruppen zu uns in die CDU zu bringen.

Die Situation im Allgemeinen! Sie wissen, daß wir bei den letzten Landtagswahlen ein Ergebnis hatten, das zu der Koalition zwischen CDU und FDP geführt hat, und zwar mit der geringsten Stimmenzahl, die überhaupt nach der Verfassung zulässig ist.⁶⁵ Wir haben nur eine Stimme mehr als die Hälfte der Abgeordneten. Wir haben in dieser sehr schwachen Koalition vier Jahre lang regiert, ohne daß sie im übrigen Bundesgebiet davon gehört hätten, daß wir Koalitionsstreitigkeiten oder andere Auseinandersetzungen aufzuweisen haben. Wir haben uns gegen eine sehr massive Opposition von SPD, SVP und KP zu wehren. In meinem Lande sind noch zwei ehemalige KP-Leute, die bei der DFU die 5%-Klausel gerade überspringen konnten.

Wir waren bis dahin in der Koalition mit der SPD. Wir sind damals mit Rücksicht auf die Bundestagswahl des Jahres 1961 aus der Koalition mit der SPD ausgetreten und haben diese schwache Koalition CDU/FDP eingegangen in dem Bewußtsein, daß an der Saar auch von seiten des Bundes eindrucksvolle Beispiele geschaffen werden müssen im Sinne der CDU, wenn wir mit dieser sehr schwachen Mehrheit

⁶⁵ Bei einer Gesamtzahl von 50 Mandaten hatten CDU und FDP/DPS nach der Landtagswahl vom 4. Dezember 1960 zusammen 26 Mandate (FISCHER 2 S. 1061).

bei den Landtagswahlen im Jahre 1965 unsere Position nicht nur halten, sondern auch noch verstärken wollen.

Nun ist es heute sehr deutlich geworden, daß das rapide Anwachsen der Stimmenzahl bei uns an der Saar nicht das Verdienst der SPD ist; aber ist eine solche Feststellung für uns nicht geradezu niederschmetternd, wenn wir als CDU sagen müssen, es ist nicht das Verdienst der SPD, sondern es ist die Unfähigkeit der CDU. Es gibt keine andere Alternative. Wenn wir nach Gründen suchen, die diesen Vorsprung der SPD rechtfertigen, ohne daß sie etwas Besonderes leistet, dann werden alle die Gesichtspunkte relevant, die von meinem Vorredner eben in der Diskussion hier vorgetragen worden sind, so daß ich sie im einzelnen nicht mehr aufzuzählen brauche.

Es gibt drei Gruppen von Gründen. Die eine besteht in dem Verhalten der CDU selbst. Ich brauche von Uneinigkeit nicht zu reden. Die zweite Gruppe von Gründen liegt im Verhalten der Bundesregierung und in der Darstellung der Politik dieser Bundesregierung. Für diese Tatsachen ist kennzeichnend, daß wir als CDU heute nicht mehr wagen können, einen so erfolgreichen Werbeslogan wie „keine Experimente“ aufzustellen, weil niemand mehr daraufhin sagt: Ich muß CDU wählen; das heißt mit anderen Worten, daß wir in einer Situation in der Öffentlichkeit sind, in der viele glauben, die CDU macht doch zu viele Experimente.

Das hat dazu geführt, daß bei unseren Parteifreunden wie auch in der Öffentlichkeit draußen eine große Verdrossenheit besteht. Es ist bedauerlich, daß unsere Parteifreunde heute nicht mehr stolz darauf sind, Mitglied der CDU zu sein. Das ist etwas ganz Wichtiges, daß sich jemand als Ortsparteivorsitzender oder auch als Mitglied nicht mehr für die CDU schlägt. Er hat nicht mehr das Bewußtsein, ich bin stolz, dieser CDU anzugehören. Wenn Sie ihm also diesen Stolz nehmen, dann lähmen Sie ihn in seiner Arbeit. (*Beifall.*) Diesen Stolz, den haben wir unseren kleinen Parteifreunden in der Tat genommen. Ich nehme mich selber dabei gar nicht aus. Ich bin auch mit daran schuldig, daß ich vielleicht manches habe durchgehen lassen, was ich hätte schärfer ansprechen sollen.

Die dritte Gruppe liegt außerhalb unserer Zuständigkeit, nämlich in Gründen, die von außerhalb ohne unser Zutun gegen uns wirken. Jeder weiß, solange Not besteht und diese Not beseitigt werden kann, ist es leichter, sichtbare Erfolge in der Politik zu erreichen. Wenn aber die Not beseitigt ist und es ist ein gewisser Wohlstand geschaffen, dann ist es ungleich schwerer, auf dieser Basis des Wohlstandes, der notwendigerweise zur Unzufriedenheit führt – nach dem alten Sprichwort: Je mehr er hat, je mehr er will –, sichtbare Erfolge in der Politik zu haben.

Es ist in weiten Kreisen der Bevölkerung heute so, daß die Fragen der Sicherheit, der Verteidigung, der Währung, der Wiedervereinigung usw. heute auf der Basis des Wohlstandes nicht mehr so ernst genommen werden. Deshalb wird auch unsere Politik und ihre Notwendigkeit nicht mehr so ernst genommen. Das geht so weit, daß selbst die Grundsätze des Christentums heute nicht mehr die volle Überzeugungskraft und Geltung in der Bevölkerung haben, wie sie es im Jahre 1945 nach dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland haben mußten.

In demselben Zusammenhang hat uns das Konzil⁶⁶ mehr geschadet als genützt. Lassen Sie mich das einmal ganz deutlich sagen. Jeder von uns begrüßt das Konzil, jeder von uns wünscht eine Annäherung der Christen in dieser Welt. Wenn aber durch ein solches Konzil nichts erreicht und das in der Öffentlichkeit unterstrichen wird, dann fällt das auf das Christentum, nicht nur auf die CDU, und hier insbesondere das katholische Christentum, dann heißt es, es sei veraltet, überholt, reformbedürftig und es müsse fortschrittlicher gemacht werden. Auch die Bindungen, die einmal selbstverständlich waren, könnten heute nicht mehr gelten, sondern müßten abgeschafft werden. Wenn Sie das auf diesem Weg noch in die Bevölkerung hineinbringen, dann ähneln wir notwendigerweise den Auffassungen der SPD. Die Basis unserer politischen Arbeit wird dadurch ungeheuer erschwert.

Was können wir tun? Ich pflege schon seit Jahren zu sagen, wir kranken daran, daß wir eine schlechte Darstellung unserer Politik in unserer Zeit geben, und daß wir nicht rechtzeitig nach Formulierungen, nach einer gemeinsamen Sprachregelung für unsere CDU-Politik in unserer Zeit Ausschau gehalten haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich habe vor zwei Jahren in Eichholz in einer Besprechung gesagt, als es um den Kanzlerwechsel ging, ich würde dringend empfehlen, fünf bis sechs bescheidene Herren, zu denen ich mich selbst nicht zähle, für drei Monate einzusperren, damit sie überlegen können, welche zugkräftige überzeugende Sprachregelung wir für alle Schwierigkeiten, die auf uns zukämen, finden können, auf die wir uns dann einigen können, damit auf diese Weise unsere Politik in Deutschland auch wieder bei dem kleinen Mann überzeugend wirkt. Heute ist es doch so, daß alles das, was wir tun, nicht mehr zum Wohl des Betreffenden empfunden wird, sondern nur zu seinem Nachteil, obwohl es just umgekehrt ist.

Noch ein Beispiel! Wir sind ohne eine eigene Sprachregelung in diese für uns absolut nachteilige Situation, und zwar aufgrund der SPD, in die sogenannte Bildungskatastrophe⁶⁷ hineingeschlittert, obwohl das Gegenteil davon richtig ist. Wenn es heute in Deutschland zu wenig Ingenieure und Techniker gibt, dann ist es in der Tat nicht die Schuld, sondern das Verdienst der CDU, weil sie nämlich durch eine kluge Politik das Vertrauen des Auslandes für Deutschland wieder hergestellt hat und auf der anderen Seite eine großartige wirtschaftliche Konzeption herbeiführte, die in der Lage war, in zehn Jahren einen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland zu erreichen, der zur Folge hatte, daß aufgrund dieses rasanten wirtschaftlichen Erfolges die Ingenieure und Techniker nicht in dieser gleichen Zeit ausgebildet werden konnten. Die Alternative heißt nur, wenn die SPD zu entscheiden gehabt hätte, wenn wir deren Außenpolitik, Verteidigungspolitik und Wirtschaftspolitik betrieben hätten, dann gingen heute in Deutschland die Ingenieure und Techniker spazieren, und wir hätten zu viele Abiturienten. (*Beifall*.) Ich gebe Ihnen dieses Beispiel, um die fehlende Sprachregelung und die schlechte Darstellung unserer Politik zu beleuchten. Es ist

66 Vgl. Nr. 13 Anm. 78.

67 Georg PICHT: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Olten 1964.

doch so, daß das, was eindeutig ein Erfolg der CDU ist, heute zu Lasten der CDU in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

Es wäre sehr vernünftig, wenn wir uns heute, lieber Freund Dufhues, über eine solche Sprachregelung auf allen Gebieten unserer Politik einigen könnten. Es darf nicht so sein, daß es am heutigen Abend wieder heißt, wir hätten uns hier ausgesprochen und gerauft und dann hätten wir beschlossen, einig zu sein. Diesen Beschluß nimmt uns kein Mensch mehr in der deutschen Öffentlichkeit ab. Das gleiche gilt für den Parteiausschuß. Wenn von daher nur ein Appell zur Einigkeit kommt, so glaubt uns das niemand mehr, weil das schon zu oft ausgesprochen worden ist. Man glaubt uns nur noch die praktische und überzeugende Arbeit, die auch dann überzeugend dargestellt wird. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Grundmann.

Grundmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will ein Wort zur Organisation der Partei sagen. Ich muß sagen, daß wir nicht nur Mängel in mancher menschlichen und sachlichen Diskussion haben, sondern daß wir auch an einigen nicht unerheblichen Organisationsmängeln leiden. Ich weiß, daß das, wenn ich das sage, für jeden Landesvorsitzenden ein gefährliches Experiment sein könnte, weil er dann selber zurückstecken muß, um sich mehr dem Ganzen einzuordnen. Aber wir müssen darüber reden, wie wir unsere Organisation mehr aufeinander abstellen können, um auf diese Weise eine gewisse Einheitlichkeit unserer Organisation herzustellen.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte sagen, daß ich nicht den Apparat will, aber ich will eine gute Organisation; denn wenn etwas imponierend ist bei unserem zentralen politischen Gegner, dann ist es das, daß er in der Lage ist, mit seiner Organisation entscheidende Schwächen zu überdecken. Sie sehen also, daß in diesem politischen Spiel die Frage der Parteiorganisation ein immer größeres Gewicht bekommt, das nicht unterschätzt werden soll.

Das wäre eine Frage, die wir auch prüfen müssen als eine Konsequenz der hinter uns liegenden Wahlen; denn man muß gerechterweise sagen, es lag nicht nur an dem, was heute morgen hier gesagt worden ist, es lag auch an anderen Komponenten, die auf einer unteren Ebene zu finden sind; denn die Einigkeit einer Partei ist nicht nur eine Frage der Führungsspitze, sondern auch des freundschaftlichen Verhaltens der Männer und Frauen unten vor Ort. Wir haben also diese Konsequenzen zu ziehen.

Ich darf noch ein Wort sagen, Herr Jansen, zur KPV. Die Kommunalpolitische Vereinigung hat als Konsequenz dieser Wahl eine ungewöhnliche Aufgabe für die Zukunft, nämlich dafür zu sorgen, daß sie nicht eine Vereinigung von kommunalpolitisch interessierten Männern und Frauen ist, sondern eine parteipolitische Organisation, die das Eigengewicht der Kommunalpolitik stärker als bisher zum Tragen bringt. *(Beifall.)* Es gilt aber auch, gewisse personalpolitische Konsequenzen zu ziehen. Ich halte es nicht für einen Beweis der Freundschaftlichkeit, wenn man ununterbrochen dieselben personellen Dummheiten macht und jeweils damit aufs Kreuz gelegt wird. Das ist von Ort zu Ort verschieden. Soweit es meinen Landesverband betrifft, wäre ich durchaus bereit, dazu den einen oder anderen Beweis anzutreten.

Ich darf noch ein sehr positives Wort sagen. Wir sollten uns auch nicht allzusehr etwas diktieren lassen von den Erfolgsberichten der anderen. Wir haben doch in einer ernsten innenpolitischen Situation einen ständigen Zuwachs an Mitgliedern bekommen. Wenn Sie die relative Zahl des Zuwachses der Sozialdemokraten mit unseren Zahlen vergleichen, dann sind wir die besseren Leute in der Bundesrepublik. Das muß man einmal sagen. Die Rheinische Partei hat seit dem 1. Januar 6.000 neue echte Mitglieder bekommen. (*Zuruf*: Wieviel hatte sie denn vorher?) 56.000, jetzt hat sie 62.000. (*Zuruf*: Die anderen haben doch viel mehr!)

Sie haben viel mehr, aber sie kämpfen mit anderen Mitteln. Sie wissen, daß auf einer Pressekonferenz des Parteitages sichtbar geworden ist, daß die 56.000 Neuansmeldungen der letzten zwölf Monate nicht echt sind, sondern daß in der Endrelation dieser Partei sichtbar wird, daß wir einige Tausend echte Zunahmen haben, während die anderen Abgänge zu verzeichnen haben.⁶⁸ Sie hüten sich bloß, diese Zahlen der Öffentlichkeit zu sagen; sie nennt absolute Zahlen und blufft damit die Öffentlichkeit. Und wir nehmen es ihr auch noch ab!

Ich will nicht sagen, daß das bereits befriedigend ist, aber ich will damit zeigen, daß wir nicht abgemeldet sind, sondern daß es einen Trend in Deutschland gibt, der sich um uns sorgt und der bereit ist, mit uns zu streiten. Es sind vielfach junge Leute, die zu uns stoßen und die bereit sind, mit uns gemeinsam in die Zukunft zu gehen. Wir müssen uns ernsthaft fragen, ob wir genug in unserer politischen Gemeinschaft tun, um diese Mitglieder an der Stange zu halten.

Was ist denn das Schicksal irgendeines Mannes oder einer Frau, die bei uns im Lande ihre Tätigkeit ausüben? Was hören denn die von uns? Wo wird denn von uns unterrichtet? Wo ist die Koordinierung, gemeinsame politische Auffassungen zu bilden?

Meine Damen und Herren! Ich sage das deswegen, daß man, wenn man eine innerparteiliche Diskussion führt, diese auch auf den Punkt hinführen muß. Es nützt nichts, wenn man sagt, die Partei ist die Grundlage der politischen Arbeit, sondern man muß dann auch eine Basis dafür herstellen. Das halte ich für eines der verdienstvollsten Dinge, die der geschäftsführende Vorstand unserer Partei in der letzten Zeit getan hat, daß er wieder mehr sichtbar gemacht hat die Organisation und daß er daran geht, Schwächen bei uns auszuräumen. Auch die Erkenntnis des politischen Gegners wird dazu beitragen können, unsere Position zu verstärken.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Dollinger.

Dollinger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich in Ihrem Kreise weilen kann. Sie wissen, daß der Vorsitzende der CSU, Herr Strauß, sich auf einer Ostasienreise befindet.⁶⁹ Er kommt morgen zurück. Nun gebe ich offen

68 11. SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 in Karlsruhe. Presseerklärung in ppp Nr. 225 vom 24. November 1964.

69 Strauß war vom 10. bis 27. November 1964 in Honkong, Tokio, Südkorea und Indien (dpa vom 10. und 27. November 1964).

zu, nicht nur die CDU, sondern auch die CSU hat ihre Sorgen. Ich gebe offen zu, daß vieles von dem, was passiert ist – ich brauche bloß das Wort „Bayernkurier“ auszusprechen –, sehr problematisch auch für einen Teil der CSU gewesen ist. Sie können sich vielleicht entsinnen, daß ich zusammen mit dem Kollegen Huber vor einiger Zeit eine klare Stellung zu einem Artikel bezogen habe.⁷⁰ Wir haben vor kurzem in einer Sitzung des geschäftsführenden Parteivorstandes unter dem Vorsitz von Herrn Strauß sehr lange über die Lage der CSU diskutiert. Wir waren uns nach dem langen Gespräch darüber einig, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der CSU sowie die Auseinandersetzung gegen Teile der CDU endlich ein Ende haben müssen und daß wir alle gemeinsam in den Wahlkampf gehen, und zwar mit Bundeskanzler Erhard an der Spitze.

Wenn manche Dinge passiert sind, so wäre es durchaus zweckmäßig, mit Herrn Strauß selbst zu sprechen. Aber ich meine, daß insgesamt gesehen die CSU in den letzten Wochen bereits gezeigt hat, daß diese Frontstellung und diese Auseinandersetzungen praktisch beendet sind. Ich habe nur die Hoffnung, daß es auch in Zukunft so bleiben wird. Was ich tun kann, will ich gerne tun, aber insgesamt kann man sagen, es sind beachtliche Fortschritte erzielt worden.

Die schlechten Erfahrungen, von denen wir heute gehört haben, hat es bis heute nicht wieder gegeben. Und da ich nicht dafür eingetreten bin, daß die Pfalz wieder zu Bayern kommen soll, genügt das wohl, was ich hier gesagt habe. Ich hoffe also, daß wir in gemeinsamer Arbeit erfolgreich sein werden. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Jansen.

Jansen: Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mich gemeldet, bevor Herr Minister Grundmann die KPV hier erwähnt hat. Ich halte die Kritik und die Bitte, die an den Bundesvorstand ausgesprochen worden sind, für richtig und für begründet. Ich halte es aber für ebenso begründet, was von Herrn Ministerpräsident Lemke gesagt worden ist.

Deswegen möchte ich noch ein Wort auch von der kommunalpolitischen Sicht her hinzufügen. Es wird wahrscheinlich noch etwas über die Kommunalwahlen gesprochen werden. Ich will jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur sagen, es gehört mit zu diesem Tag heute, daß wir feststellen, daß man sich auch dann, wenn die Kommunalwahlen schlecht ausgegangen sind, es nicht so leicht machen darf, nun einfach zu sagen, es liege an einer schlechten Politik der Bundesregierung oder der Bundestagsfraktion. Das mag natürlich auch mit dazu beigetragen haben. Wir sollten auch in einer Sitzung wie der heutigen uns stärker an die eigene Brust

70 Dr. Ludwig Huber (geb. 1928), Jurist; 1945 Gründungsmitglied der CSU, 1946–1959 Vorsitzender der Jungen Union in Oberbayern, 1948–1949 stv. Vorsitzender der CSU München, 1953–1955 Sachbearbeiter in der Bayerischen Staatskanzlei, 1958–1977 MdL Bayern (1962–1972 Fraktionsvorsitzender), 1963–1970 stv. Vorsitzender der CSU, 1964–1970 Kultusminister, 1972–1977 Finanzminister, 1974–1977 stv. Ministerpräsident, 1977–1988 Präsident der Bayerischen Landesbank. – FAZ vom 11. September 1964 „Dollinger und Huber distanzieren sich“.

schlagen und einen Teil der Schuld bei uns selbst suchen, besonders bei denen, die im kommunalpolitischen Raum besonders engagiert sind.

Man soll nicht unterschätzen, was für eine Meinungsbildung in einer Gemeinde oder in einem Landkreis möglich ist, je nachdem, wer an der Spitze dieser örtlichen Verwaltung steht. Wir haben es im allgemeinen mit einer uns unfreundlichen Presse zu tun. Wir haben weitgehend mit einem uns nicht besonders gewogenen Rundfunk und auch nicht mit einem uns übermäßig gewogenen Fernsehen zu tun. Man braucht gar nicht an das „Panorama“⁷¹ nur zu denken. Wir haben es doppelt notwendig, dafür zu sorgen, daß unsere Kleinarbeit und auch die Propaganda im Kleinen, die die SPD auch meisterhaft versteht und ausübt, wesentlich verstärkt wird. Ich freue mich deshalb, daß Herr Minister Grundmann auch die Arbeit der Kommunalpolitischen Vereinigung erwähnt hat.

Ich vertrete den Standpunkt, nachdem ich zum Vorsitzenden gewählt worden bin, daß es nicht damit getan ist, in der Kommunalpolitischen Vereinigung sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wieviel Gelder man von der Bundespartei bekommen kann und wieviel Gelder wir aus den „Kommunalpolitischen Blättern“ beziehen. Das muß natürlich auch sein, aber solange unsere Kommunalpolitiker nicht bereit sind, auch ihrerseits Opfer für diese kommunalpolitische Arbeit in der KPV zu bringen, so lange haben wir keine moralische Berechtigung, von anderen Leuten Unterstützung zu verlangen.

Wenn der Kampf darum geht, ob man von Kommunalpolitikern für diese KPV DM 2,- Monatsbeitrag verlangen kann oder nicht, dann liegen wir noch falsch. Das gehört nämlich dazu. Wir in der CDU unterschätzen im allgemeinen die Bedeutung der Kommunalpolitik, die sie nicht nur im kommunalen Raum, sondern auch für die große Politik hat, nämlich wegen der Meinungsbildung, die unten gemacht wird von den ehrenamtlichen Bürgern. Das gilt insbesondere für die SPD. Bei uns ist es leider nicht so. Wir machen den Fehler auch unten, daß wir unsere führenden Männer und Frauen nicht genügend abschirmen und nicht genügend unterstützen.

Denken Sie an die Frage des Bundessozialhilfegesetzes⁷², sollen es hier die karitativen Verbände oder sollen es die Gemeinden machen. Wieviel CDU-Kommunalpolitiker haben da Widerstand geleistet? Sie haben ihre eigene Partei und ihre eigene Gesetzgebung damit desavouiert. Wieviel Kommunalpolitiker haben sich ernstlich in ihrer Gemeinde oder in ihrer Stadt für den Lücke-Plan⁷³ eingesetzt? Gerade das Ministerium Lücke macht hier sehr viel an Aufklärung, wenn ihnen aber von den Kommunalpolitikern in dieser Aufklärung nicht geholfen wird, wenn dort unten auch gesagt wird, wir sind ja so schlecht dran, die schwarzen Kreise und die weißen Kreise, der Lücke ist schuld – entschuldigen Sie, Herr Minister –, daß wir

⁷¹ Wochenmagazin der ARD.

⁷² Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl I S. 815).

⁷³ Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. Juni 1960 (BGBl I S. 389).

die Kommunalwahl verloren haben, dann muß ich sagen, wenn es so wäre, dann hätten die Kommunalpolitiker versagt, die die Menschen draußen nicht genügend aufgeklärt haben. Deswegen wollte ich hier als eine Bitte vortragen, daß auch von der Bundespartei und von den Landesparteien her viel mehr Wert auf die Kommunalpolitik gelegt wird.

Wir können in Hessen ein Wort mitreden, wie unsagbar schwer es ist, einen Landtagswahlkampf und einen Bundestagswahlkampf zu führen, wenn wir in den übrigen Städten unserer Landkreise und fast in allen kreisfreien Städten – bis auf eine – eine sozialistische Mehrheit haben. Sie wissen, wie schwer uns die Arbeit überall gemacht wird, weil diese Leute dort am Drücker sitzen, die gegen uns sind. Deswegen bitte ich darum, daß die KPV wirklich zu einem aufbauenden Instrument der Partei gemacht wird. Ich bitte Sie darum, uns hierbei nach Möglichkeit zu helfen, auch wenn Sie nicht Kommunalpolitiker sind. Ich bitte Sie darum, uns mehr Verständnis zu zeigen für die Arbeit auf der Kommunalebene, um dann gemeinsam daran zu arbeiten.

Mit Kritik allein ist es nicht getan. Ich sehe in der Verstärkung der kommunalpolitischen Arbeit und in einem Gespräch von Mann zu Mann in der kleinen Gemeinde eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Das gilt auch besonders für die Bundestagswahl des Jahres 1965.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Scheufelen.

Scheufelen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade gehört, was nicht mehr passieren darf. Ich frage deshalb, was tun wir, wenn noch einmal etwas passiert. Ich möchte über die Möglichkeiten sprechen, die wir da haben. Wir haben zunächst Möglichkeiten bei den Herren, die sich um ein Bundestagsmandat bewerben wollen. Damit erfassen wir einen sehr großen Personenkreis. Tritt irgendeiner unserer Freunde wieder aus, dann kann der Parteivorstand kurzfristig zusammenreten und den betreffenden Landesparteiivorstand bitten, auf seinen Kreisverband einzuwirken, daß diese Herren nicht nominiert und erfaßt werden. Falls er schon nominiert ist, kann ihm dann die Nominierung entzogen werden. Notwendig wäre, sich hier darüber zu einigen, daß die Einreichung bei den Kreiswahlleitern zu dem letztmöglichen Termin stattfinden darf.

Ich bin mir darüber klar, daß man auf diesem Wege nur eine Bitte aussprechen oder eine Empfehlung geben kann; denn im Endeffekt sind ja die Kreisverbände in ihrer Entscheidung souverän. Ich glaube aber, daß allein schon die Möglichkeit, den Parteivorstand in dieser Hinsicht zusammenzurufen, große Wirkungen darauf hat, um solche Empfehlungen auszusprechen. Ich möchte deshalb einen Antrag zu einem solchen Vorgehen stellen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit! Es ist nicht so, daß die gesamten Öffentlichkeitsorgane uns feindlich sind, aber es gibt bestimmte elementare Dinge, womit man jeden verärgert, der einen Buchstaben schreibt. So war z. B. eine elementare Sache, gegen die man einfach nicht verstoßen darf, die Telefongeschichte. Am meisten telefonieren die Leute, die die öffentliche Meinung bilden. Das weiß ich aus Baden-Württemberg, wo

wir gerade einen Wahlkampf hinter uns hatten, die Presse war vor dieser Geschichte zu uns sehr freundlich. Aber nach der Telefongeschichte haben die Herren versucht, uns bei jeder Gelegenheit eins auszuwischen. Die Journalisten sagten: Euch Brüdern muß es einmal gezeigt werden. Wenn Ihr uns die Möglichkeit zu arbeiten einschränkt, wenn das Telefonieren teurer wird, so ist das für uns sehr schwierig. Ich meine also, solche elementaren Sachen dürfen einfach nicht vorkommen. Daß solche Dinge passiert sind, zeigt doch, daß auch sonst einige organisatorische Dinge nicht mehr in Ordnung und nicht mehr zeitgemäß sind.

Wir haben es im Jahre 1959 erlebt, daß wir trotz der absoluten Mehrheit der CDU im Bundestag nicht in der Lage waren, unsere Sozialgesetzgebung durchzubringen. Von diesem Zeitpunkt an ist es klar geworden, daß bestimmte organisatorische Dinge im Regierungsapparat nicht mehr so waren, wie sie sein sollten.

Ich glaube auch, daß die Organisation des Bundeskanzleramtes nicht mehr ausreicht, um die Dinge in dem Maße zu koordinieren, wie es an sich erforderlich wäre; denn sonst dürfte es einfach nicht dazu kommen, daß im Ministerium Referentenentwürfe entstehen, die sich dann so langsam mit ihrem Eigengewicht durchsetzen, deren politische Durchsetzbarkeit aber vorher überhaupt nicht überprüft worden ist.

Hier ist nicht der Kreis, um über die Organisation der Regierungsstellen zu sprechen, aber ich halte es doch für notwendig, daß über die Organisation speziell des Bundeskanzleramtes und in der Relation zu den Ministerien und in der Verbindung zur Fraktion und Partei gesprochen wird in einem Gremium, das noch zu bestimmen wäre.

Nun komme ich zur Darstellung unserer Politik. Ich sage es hier, weil ich es den betreffenden Herren persönlich vorher gesagt habe, wobei ich erwähnte, daß ich es auch hier vorbringen werde. Es handelt sich um den Herrn Außenminister Schröder. Es ist in der Öffentlichkeit sehr schlecht empfunden worden bis weit in die Kreise unserer Partei hinein, daß er es nicht für notwendig gefunden hat, nach dem Besuch von de Gaulle und nach allem, was darüber gesagt worden ist, Stellung zu nehmen.⁷⁴ Es ist eine Panne passiert. Wenn es eine schlechte Vorbereitung durch das Auswärtige Amt war, dann muß er eben sagen, so war es. Ist das aber nicht passiert, dann muß er sich verteidigen. Es geht aber nicht, daß der zuständige Ressortminister ungefähr der einzige in einer langen Zeitperiode ist, der zu diesen Fragen überhaupt nicht Stellung nimmt, wogegen andere Parteifreunde mehr Interesse zeigen. Es ist in hohem Maße illoyal, wenn ein Minister für das, wofür er verantwortlich ist, nicht bereit ist einzutreten oder sich zu verteidigen. Es ist vor allem illoyal gegenüber dem Bundeskanzler, auf den ja dann, nachdem der Fachminister die Kritik nicht ausgeübt hat, die ganze Kritik zukommt.

Ich möchte ein gewisses Druckinstrument schaffen für die Parteifreunde, die in Zukunft vorhaben, nochmals etwas zu tun, wozu wir aber einstimmig festgestellt haben, daß wir es nicht mehr tun sollen.

⁷⁴ Vgl. Nr. 16 Anm. 25.

Adenauer: Das Wort hat Frau Dr. Schwarzhaupt.

Schwarzhaupt: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede die Familien- und Gesundheitspolitik ausgeklammert. Ich möchte doch ein Wort darüber sagen; denn die SPD tut sehr entschieden das Gegenteil. Sie schiebt dieses Gebiet ganz in den Vordergrund, und sie tut es mit gutem Grund und mit einem gewissen Erfolg. Sie tut es deshalb, weil das einfache Volk und die große Zahl unserer Wähler sich schwer tun, ein Urteil zu bilden über die Fragen von MLF, über die Nuancenunterschiede zwischen unserer Frankreichpolitik und unserer Amerikapolitik. Da sieht das Volk im Grunde genommen nur den Streit, obwohl ich der Meinung bin, die Diskussion innerhalb unserer Partei ist ein Zeichen von Lebendigkeit, sie ist etwas, was einfach sein muß, aber das einfache Volk sieht darin nur den Streit und paßt im Grunde genommen vor dem Gedanken an die Gefahren, die sich aus einer falschen Außenpolitik und Verteidigungspolitik ergeben können.

Was das einfache Volk aber sieht, sind gerade die Fragen gesundheitspolitischer und familienpolitischer Art. Danach werden sie sich sehr stark im Wahljahr richten. Sie wissen etwas von der Verunreinigung der Luft, vom Wasser und von den Gefahren der Müttersterblichkeit, die nun einmal, was man auch darüber sagen kann, bei uns relativ hoch ist. Deshalb müssen wir diese Gebiete unserer Politik in den Vordergrund rücken. Wir können es auch mit gutem Grund. Gerade bei der Gesundheitspolitik handelt es sich nicht in erster Linie um die Verteilung von Mitteln, die nachher unkontrolliert in den Konsum gelangen, sondern hier handelt es sich um das, was der Herr Bundeskanzler hervorgehoben hat, nämlich um soziale Investitionen, soweit es sich überhaupt um die Aufwendung von Mitteln handelt, um die Aufwendung gezielter Maßnahmen.

Das zweite Mittel bei der Gesundheitspolitik ist die Regelung und die Setzung von Grenzen. Hier geht es darum, politische Methoden zu entwickeln, die durchaus in unsere Konzeption hineinpassen. Wir müssen etwas mehr als bisher davon reden. Wir müssen mehr zeigen, als das bisher in unserer Partei und in der Öffentlichkeit geschieht.

Ich bin dankbar dafür, daß die Bundesgeschäftsstelle Publikationen auf diesem Gebiete herausgibt. Ich möchte bitten, daß hier noch mehr als bisher geschieht. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Lücke.

Lücke: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem, was Herr Dr. Kohl gesagt hat, einige Ausführungen machen. Es ist sehr leicht gewesen, bei einer geradlinigen Politik vier Bundestagswahlen hintereinander zu gewinnen. Die letzten haben wir deshalb verloren, weil die Berliner Geschichte dazwischengekommen ist, wo sich die Massen gewaltsam hinter Brandt gestellt haben. Die vier Stunden im Fernsehen haben uns damals acht Mandate gekostet.⁷⁵ Es

⁷⁵ Fernsehübertragung einer Kundgebung am 16. August 1961 vor dem Schöneberger Rathaus (vgl. PROTOKOLLE 3 S. 1026). Rede Brandts in DzD IV/7,1.

steht zu erwarten, daß wir, wenn die CDU ihre Führung nicht in der rechten Weise wahrnimmt, zu einer antichristlichen Koalition kommen werden. Ich weiß genau, was in Gesprächen zwischen der SPD und der FDP geschieht. Dann kommt es zu einer Antithese gegen die Weltanschauung des Christentums. Wenn die drankommen, dann kommen sie nicht wieder herunter.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht so, als ob die Uneinigkeit, das Hickhack, wie man es in Bonn nennt, primär die Ursache für die Verstimmung im Lande sei. Wie kommt denn eigentlich diese angebliche Uneinigkeit? Meine Damen und Herren! Die Weltpolitik hat sich verwandelt, und nun gibt es mehrfache Richtungen in der deutschen Politik. Das ist der Kernpunkt.

Ich bin ein alter und echter Freund des Kollegen Schröder. Er hat mir gesagt, er käme zu dieser Sitzung heute morgen, obwohl er viel unterwegs war in den letzten Tagen. Nun ist er leider erkrankt. Ich habe das, was ich hier sage, mit ihm besprochen. Ich habe oft mit Schröder darüber gesprochen, daß, wenn es nicht gelingt, das deutsch-französische Verhältnis zu festigen und auszubauen, um es als Herzschlag Europas wirksam werden zu lassen, wir dann die Freiheit verlieren. Das ist keine Frage der Alternative mit Amerika.

Wer hat nur diese unglaubliche Alternative aufgebracht? Die Welt verzeiht uns, den Deutschen, nie, wenn wir mit Frankreich nicht auskommen. Dazu brauchen wir keine Gründe. Wir können natürlich viele Gründe angeben, de Gaulle usw.; jeder hat seine Schattenseite. Mein Geschmack ist er auch nicht. Aber wir können de Gaulle in der Politik eben nicht stilllegen. Man verzeiht den Franzosen von Amerika aus alles. Amerika wird immer mit Frankreich auskommen. Das ist historisch bedingt. Und hier liegt die eigentliche Ursache.

Herr Kollege Schröder und wir als Kabinettskollegen sehen nun verschiedene Wege, wie man dieses gemeinsame europäische Ziel erreichen will. Es sind also verschiedene Wege zu einem von uns gemeinsam erstrebten Ziel, die sich leider draußen, lieber Herr Dr. Kohl, als Uneinigkeit manifestieren. Nun haben wir keine entsprechende Organisation. Unsere Demokratie ist noch so schwach; sie verläßt sich darauf, daß macht der Alte, oder das macht der Erhard, aber bei beiden Parolen wird vergessen, daß das so einfach nicht geht. Es heißt also: Das macht der Alte, das macht der Erhard. Und was tut der Gegner? Der Gegner sagt, jetzt müssen wir die beiden auseinanderbringen. Sie sagen dann, der Alte ist gegen den Bundeskanzler Erhard, und der Erhard ist mit Dr. Adenauer nicht einverstanden.

Meine Damen und Herren! Ich bin seit sieben Jahren Mitglied dieser Bundesregierung und bin seit 15 Jahren im Bundestag und seit Kriegsende mit der Aufgabe befaßt, wie wir dieses unser Volk zu Freiheit und Frieden führen können. Ich kann Ihnen sagen, die Arbeit ist ausgezeichnet, die Zusammenarbeit klappt erstklassig. Ich hätte heute nicht gesprochen, wenn wir keine Hoffnung darauf hätten, was der Herr Bundeskanzler heute morgen gesagt hat, was jeder spürte; der Eintritt [!] ist viel rascher erfolgt, als wir erwartet haben, nämlich daß die Briten nicht wollen, Herr Bundeskanzler. Die wollen nicht! Ich selbst bin oft drüben gewesen. Die wollen aber

nicht, sonst hätte doch Herr Wilson nicht diese Geschmacklosigkeit gehabt, sich nun so hart von der MLF zu distanzieren. Und nun hat Herr Spaak noch gesagt, er wolle nicht.⁷⁶ Was sollen wir nun tun?

Für mich ist seit heute morgen, seit der Rede des Herrn Bundeskanzlers, Herr Kollege Dr. Kohl, Einigkeit demonstriert worden. Ich bin lebendiger Zeuge mit all denen, die dort sitzen. Sie ist erarbeitet worden auch mit Herrn Schröder. Und wenn Herr Schröder hier stünde, würde er dieselbe Rede halten, weil er zutiefst davon überzeugt ist, daß Europa kommen muß. Ich trete mit Nachdruck dafür ein, daß wir auf die Basis unserer Politik zurückkehren. Es genügt nicht, im Lande zu sagen, ich bin gegen Interviews. In den Interviews wurde doch deutlich, daß der Kollege Strauß jenen, der Kollege Schröder diesen und der Kollege Gerstenmaier den anderen Weg sieht. Den Weg wird diese Partei bestimmen.

Die Opposition spekuliert auf eine antichristliche Koalition. Da werden Umrangungen unternommen. Ich bin der Meinung, wenn wir die Wahl gewinnen wollen, müssen wir mit Frankreich auskommen und mit Amerika. Aber bitte die Reihenfolge beachten. Wenn wir mit Frankreich nicht auskommen, werden wir niemals mit Amerika auskommen. Jeder amerikanische Präsident wird uns nie verzeihen, wenn wir mit Frankreich nicht auskommen.

De Gaulle hat nun die Rede gehalten.⁷⁷ Ich möchte hier als ein leidenschaftlicher Anhänger seiner Politik gerade dem Parteivorsitzenden dafür danken, daß er sein Gewicht in die Waagschale geworfen hat, um de Gaulle, der nun eine eigenartige Auffassung von manchen Dingen hat, wieder dazu zu bringen, daß er eben diese Erklärung in Straßburg abgegeben hat. Nachdem sich nun die Briten und auch Herr Spaak von der MLF distanziert haben, sehe ich eine Möglichkeit darin, die der Herr Bundeskanzler angedeutet hat. Das sind Entscheidungen, meine Freunde, mit denen wir die Wahlen gewinnen werden, weil nur mit Deutschland und Frankreich und den Vereinigten Staaten diese Freiheit erhalten bleibt.

Die Weltpolitik hat sich gewandelt. Das wurde deutlich in Rotchina und mit dem Sturz Chruschtschows, mit dem Wechsel in England. Was ist zu tun? Eines möchte ich empfehlen aus dem amerikanischen Wahlkampf. Wenn in Amerika eine Wahlrede begonnen wird, dann sagt man, das ist ein ganz hervorragender Mann, er hat die und die Verdienste. Aber in Deutschland heißt es: Der Strauß muß weg; der Blank hat versagt; der Erhard ist zu weich. – Das erzählen doch unsere Leute. Sie sagen auch: Der Lücke ist schuld daran, daß wir die Kommunalwahlen verloren haben. Der Vorsitzende der KPV in Nordrhein-Westfalen, Herr Heinen⁷⁸, hat nach der Kommunalwahl in Duisburg erklärt, der Lücke muß Ehrenmitglied der SPD werden.

⁷⁶ Vgl. Anm. 37.

⁷⁷ Vgl. Anm. 27.

⁷⁸ Friedrich Heinen (1920–1982), Abteilungsleiter; 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1964–1982 Vorsitzender des KPV-Landesverbandes. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 350 Anm. 88.

Das ist nicht gerade die richtige Form. Wir haben immer Wahlen gewonnen, wenn wir Entscheidungen getroffen haben, wenn wir führten und von der Bevölkerung etwas verlangten. Wir haben sie immer verloren, wenn wir das getan haben, was uns die Roten suggerierten.

Nun ein Wort zur Koalition! Ich bin mit allen Herren, über die hier gesprochen worden ist, mit Herrn Schröder und den anderen, schon seit langen Jahren persönlich befreundet. Es ist nicht wahr, daß in Bonn darüber diskutiert worden ist, die Spitze zu wechseln. Es ist aber wohl wahr, daß die Opposition ihre Behauptung im Restaurant erzählt. Wenn man dann auf diesem oder jenem Landesparteitag die Kritik hört, der Strauß muß weg, so ist das eine gefährliche Parole, und zwar deshalb, weil man den Vorsitzenden der drittstärksten Partei in eine solche Oppositionsstellung bringt. Kollege Strauß als Vorsitzender der CSU ist einer der wichtigsten Männer in unserer politischen Arbeit seit Jahren. Darum empfehle ich das amerikanische Rezept. Dinge, die schwierig sind, sollten wir hier besprechen. Ich trete allen denen bei, die für mehr Vorstandssitzungen plädiert haben. Wir sollten aber draußen nur positiv über unsere Parteifreunde sprechen und es nicht zulassen, daß Legenden und Märchen in illustrierten Zeitungen gebracht werden.

Ich schließe meine Ausführungen damit, daß ich einen Eindruck wiedergebe, den ich in den letzten Tagen bei meinem Besuch in der Türkei bei Ministerpräsident İnönü⁷⁹ hatte, der unserem Bundeskanzler bis aufs Haar gleicht in seiner Art, der Sie auch sehr herzlich grüßen läßt. Dieses türkische Volk schaut auf das deutsche Volk. Man erwartet auch dort, daß diese unsere Politik fortgesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Wenn die Sozialdemokratie an die Macht kommt, wird ihr alter marxistischer Pferdefuß wieder in Erscheinung treten. Dann wird es ein Bündnis mit Erlander⁸⁰, dem Schweden, geben. Und dann fahre wohl, Europa! Vor Jahren hat der Wahlkampfredner Dr. Adenauer in Nürnberg einen Ausspruch getan, der gar nicht so am Thema vorbei war, im Gegenteil, er hat in einer großen Vision die Zukunft erkannt, als er sagte: Wenn die Sozialdemokratie an die Macht kommt mit dieser antichristlichen Koalition, ohne daß sie angebunden werden kann über andere Mittel, dann sehe ich schwarz für die Zukunft unseres Volkes.⁸¹

Weil es so ernst ist, empfehle ich also, von unseren Freunden draußen nur gut zu sprechen und nach innen sachlich zu diskutieren. Herrn Barzel darf ich bei dieser

79 Ismet İnönü (1884–1973), türkischer Staatsmann; 1923–1938 und 1961–1965 Ministerpräsident, 1938–1950 Staatspräsident, 1946–1972 Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei. – Lücke war vom 23. bis 26. November 1964 in der Türkei (Unterlagen in ACDP I-077-105/1).

80 Tage Erlander (1901–1985), schwedischer Politiker (Sozialdemokrat); 1946–1969 Ministerpräsident.

81 Rede auf der Schlußkundgebung des Landesparteitags der CSU im Messehaus Nürnberg am 7. Juli 1957. Druck in ADENAUER: Reden S. 364–373. Vgl. auch KONRAD REPGEN: Finis Germaniae: Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg 1957? In: BLUMENWITZ 2 S. 294–315.

Gelegenheit danken; denn er hat einen ungeheuren Erfolg zu verzeichnen, daß wir bereits ein Programm vorlegen können, mit dem wir uns sehen lassen dürfen, und zwar angefangen von 312-DM-Gesetz bis zu den weiteren Möglichkeiten, die er vorzutragen hat. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Klepsch.

Klepsch: Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, unsere Diskussion rundet sich ab. Ich bin sehr dankbar für die fruchtbare Aussprache, denn die erspart mir, vieles von dem auszusprechen, worum mich zahlreiche Freunde gebeten haben, es heute hier vorzutragen. Ich darf voranschicken, daß ich in allen Punkten mit meinem Freunde Dr. Kohl in der Beurteilung übereinstimme. Ich möchte versuchen, einige Dinge, die wir als Folgerungen ziehen sollten, hier vorzutragen.

Zuvor eine Bemerkung zu dem Argument, das in der Diskussion aufgetaucht ist und das auch an vielen Stellen unten in unserer Parteiorganisation spürbar wird und das ich für außerordentlich gefährlich halte: Es ist die These, daß das Konzil daran schuld sei, daß wir Christlichen Demokraten in unseren Wahlerfolgen zurückgingen. (*Zuruf:* Das habe ich nie behauptet!) Ich sage, das wird von unten erklärt. Diese These ist ja mit hineingekommen. Wir täten der SPD den größten Gefallen, wenn wir in irgendeinem Punkte uns dieses Argument zu eigen machten, weil eben das Konzil Ausdruck dessen ist, daß die katholische Kirche sich bemüht, den Erfordernissen dieser Zeit so gerecht wie möglich zu werden. Ich sage das nur deshalb, weil ich es an zahlreichen Stellen unten als Argument gehört habe.

Nun einige Bemerkungen zu den Konsequenzen, die wir ziehen sollen. Das Gespräch, das wir heute führen und das eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen erbracht hat, sollte auch verbindlich sein für diejenigen, die nicht anwesend sind. Ich sage das deshalb, weil es immer sein wird, daß einige unserer führenden Politiker nicht an unseren Sitzungen werden teilnehmen können, daß es aber – und die Konferenz der Landesvorsitzenden mit allen ihren Folgeerscheinungen zwingt mich dazu, das auszusprechen – nicht genügt, den Konsens mit den Anwesenden als für sie verbindlich auszusprechen, sondern daß auch die nicht Anwesenden daran gebunden sind. Alle müssen also an die Entscheidungen dieses Gremiums gebunden sein. Ich bedaure sehr, daß der Herr Bundestagspräsident das Forum, das ihm die Konferenz der Landesvorsitzenden geboten hatte, nachher mit der Öffentlichkeit vertauscht hat.⁸²

Einige Bemerkungen zu den Konsequenzen, die mir notwendig erscheinen. Wenn wir nun Tritt fassen nach außen als eine geschlossene und vorwärtsstrebende Kraft und uns bemerkbar machen, dann habe ich eine Sorge für den Wahlkampf, die wir erörtern sollen, das ist nämlich die, daß das jetzt weit verbreitete Gefühl der Resignation bei unseren Mitgliedern umschlagen könnte, wenn sich eben die Meinungsumfrage für uns wieder günstiger gestaltet, d. h., es könnte ein Gefühl der Erleichterung eintreten. Dann entsteht leicht die Meinung, es sei schon alles getan und man würde im Aufwind, der nun wieder zu verspüren sei, über die Bundestagswahlen hinwegkommen.

82 Am 7. November 1964. Vgl. Anm. 36.

Wir sollten uns heute darüber klar sein, daß unser Appell an unsere Mitglieder deutlich machen muß, daß wir von allen harte oder härteste Einsatzbereitschaft für die Bundestagswahl auch dann verlangen, wenn es uns anscheinend wieder gut geht.

Wir sollten heute und in Zukunft eine offensive Position gegenüber der sozialdemokratischen Partei einnehmen, wie es auch mit großem Erfolg Bundeskanzler Dr. Erhard auf unserem Jugendkongreß in Koblenz getan hat. Wir müssen der sozialdemokratischen Partei gegenüber die Alternative formulieren. Wir dürfen es den Sozialdemokraten nicht ermöglichen, ihren Kanzlerkandidaten Willy Brandt etwas aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Wir müssen sichtbar machen, daß der Wähler die Entscheidung zu treffen hat zwischen Brandt und Erhard. Wir müssen zeigen, daß die Christlich-Demokratische Union geschlossen unter der Führung ihres Parteivorsitzenden Konrad Adenauer weitermarschiert, daß wir diese Alternative austragen wollen und daß wir geschlossen hinter unserem Bundeskanzler stehen. In diesem Sinne ist es also nicht getan, hier eine fruchtbare Aussprache zu führen, sondern wir müssen es auch draußen in der Tat zeigen. Wir Jungen haben diese Aussprache schon früher herbeigesehnt. Ich habe auch namens der Jungen Union die Anträge unterstützt, die verschiedene Landesparteivorsitzende gestellt haben, nämlich zu einer früheren Stunde ein klärendes Wort zu sprechen. Aber das ist Vergangenheit. Wir müssen jetzt nach vorne blicken. Unser Wunsch ist es, daß wir alle dazu beitragen, daß der Wahlkampf optimistisch und kämpferisch getragen wird. Wir müssen als Christlich-Demokratische Union der Öffentlichkeit demonstrieren, daß wir auch für die Zukunft ein Programm und auch die Kraft haben, die den Sozialdemokraten fehlt. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Minister Schmücker.

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige ergänzende Ausführungen zu dem machen, was die Herren Röder und Lücke gesagt haben. In den Ausführungen unseres Freundes Lücke ist deutlich geworden, daß die ungeheuer schwierige Problematik der Politik eine andere Debatte verlangt, als sie in der Öffentlichkeit üblich geworden ist. Auch im Parlament sprechen wir nicht mehr im Pro und Kontra, sondern dort hat jetzt auch schon die Methode der Auktion „wer bietet mehr“ gesiegt.

Wir sollten uns auch darüber klar werden, daß vieles von dem, was wir früher als grundsätzliche Behauptung aufgestellt haben, nicht mehr gewesen ist als eine zeitweise gültige methodische Erklärung, z. B. im Sinne des Wortes: Keine Experimente.

Woran mag es liegen, daß die Dinge so laufen und wir in eine schlechte Situation geführt worden sind? Es liegt sehr viel daran, daß die Erziehung immer darauf angelegt worden ist, immer gegen etwas anzutreten. Ich nehme die christliche Erziehung hier keineswegs aus: Immer gegen etwas antreten! – Wir haben uns also zu wenig für etwas eingesetzt. Es ist doch so, wir haben die Arbeitslosigkeit überwunden und die Vollbeschäftigung erreicht. Nun kommen die Leute auf die Idee: Wir müssen eben wieder eine Unterbeschäftigung anstreben. Das ist dann die typische Kurzschlußfolgerung, die gezogen wird.

Es gibt viele Beispiele dafür. Mir kommt es eben darauf an, daß sich nicht nur die Weltlage, sondern auch die innenpolitische Lage wesentlich geändert hat. Wir haben unsere Erfolge 1949 dadurch errungen, daß wir genau gewußt haben, wie die Situation war und was wir dementsprechend tun mußten. Vielleicht konnten wir es leichter erkennen, weil wir damals etwas aufzubauen hatten. Heute stehen wir vielfach vor Neuland. Wir müssen in der Tat etwas Neues tun. Damals galt unser Tun dem Wiederherstellen. Das kann man nicht bestreiten. Es ist ja auch viel leichter, den Deutschen anzuspannen, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen, als mit ihm etwas zu riskieren; daher kommt auch die Popularität der Parole: Keine Experimente.

Zu den Ausführungen des Kollegen Lücke möchte ich sagen, ich stimme ihm ausdrücklich zu: mit Frankreich, für Europa, mit den Vereinigten Staaten. Einen anderen Weg können wir gar nicht gehen. Unsere innenpolitische Lage befindet sich in einer Situation, die sich von der in den anderen Ländern nicht unterscheidet. Das konnten wir vorgestern noch in Straßburg erleben. Wir befinden uns in einem Strukturwandel, den sehr viele von uns und vor allen Dingen die Bevölkerung noch nicht begriffen haben. Es mag einstweilen nur als Behauptung hingestellt werden: Eigentum, Arbeit, Wohnung, Heimat, Beruf und viele andere Dinge haben einen völlig anderen oder zumindest einen veränderten Sinngehalt gegenüber früher. Es ist so selbstverständlich für uns, daß wir im wirtschaftlichen Bereich nun einen höheren Wohlstand haben und ihn weiter anstreben. Daß wir nun für eine wirtschaftliche Leistung heute weniger menschliche Arbeitskraft benötigen als früher, ist auch klar. Nun werden aber damit menschliche Kräfte frei, die nun wieder etwas anderes tun können. Dieser Vorgang, der sich hier abspielt, ist unerhört schwierig und besorgniserregend. Es ist nämlich nicht leicht für jemanden, seinen Beruf und seinen Wohnort zu wechseln, von einer Beschäftigung nun an ein Fließband zu gehen oder im Akkord zu arbeiten. Es ist auch nicht leicht, einen Beruf zu wählen, von dem man nicht weiß, ob er noch eine Garantie fürs ganze Leben gibt. Es ist auch nicht leicht, sein Vermögen für eine Sache zu riskieren, die steuerlich zu bestimmten Werten kommt, die aber, wenn irgend jemand eine neue Erfindung macht, eine große Schlappe bedeuten kann. Das ist unsere Unsicherheit innenpolitisch gesehen.

Was tun nun die Sozialdemokraten? Sie stoßen mit Gewalt in diese Unsicherheit hinein und wiegeln das Volk auf, anstatt ihm zu sagen, das ist ein natürlicher Vorgang, dem alle, auch die Sozialisten, unterliegen. Das ist ein Vorgang, der alle Länder betrifft.

Anstatt nun zu sagen, das ist ein unvermeidbarer zwangsläufiger Vorgang, bei dem sich der Staat Mühe geben muß, ihn so sozial wie möglich zu gestalten, geht nun Herr Heiland⁸³ hin und sagt: Geht nach Bonn und jagt sie zum Teufel. – Das also ist

83 Rudolf-Ernst Heiland (1910–1965), Kaufmann; 1949–1965 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 166 Anm. 106.

die Verlogenheit dieser Gesellschaft. Herr Rosenberg⁸⁴ sagte mir, wir können in der Wohlstandsgesellschaft jedem zwar einen Arbeitsplatz garantieren, aber wir können nicht garantieren, daß er dort arbeiten kann, wo er will und wo er wohnen möchte. Das ist also die Verlogenheit dieser Gesellschaft, daß sie im konkreten Fall uns nicht hilft, sondern demagogisch diese Schwierigkeiten ausnutzt.

Was haben wir zu tun? Wir haben unserer Bevölkerung klarzumachen, daß diese unsere Politik bestimmt einen Fortschritt bringen wird. Wir müssen auch gleichzeitig sagen, daß wir nicht das Paradies auf Erden schaffen können und daß die Soziale Marktwirtschaft eine anstrengende Angelegenheit ist und nicht eine Spielerei für Weichlinge. Das haben wir eben zu wenig getan. Wir haben auch zu wenig die Konsequenzen daraus gezogen. Wenn der Herr Bundeskanzler vorhin deutlich gesagt hat, wir hätten in der Eigentumbildung und in der Vermögensbildung neue Wege gehen müssen, so hat er völlig recht. Ich möchte diejenigen bitten, die Vermögen haben, das auch einzusehen. Es ist schwierig, wenn man Vermögen hat, einzusehen, daß andere es auch haben sollen. Ich habe im Wirtschaftsrat Widerspruch bekommen, als ich darauf hinwies: Nun tut doch nicht so, als ginge alles freiwillig. Im ersten Schritt ist man frei, im zweiten nicht mehr. Wer ein gewisses Vermögen angesammelt hat, hält es nicht freiwillig aufrecht, sondern er kann gar nicht anders, oder er verliert es insgesamt. Also rede man mir hier nicht so viel von Freiwilligkeit.

Es kommt darauf an, daß wir bei den breiten Schichten bei dieser Umstellung eine Vermögensgrundlage geben. Ich meine allerdings auch, daß derjenige, der in einer guten Versorgung steckt, nicht darüber schimpfen soll, wenn andere auch etwas haben. Im „Spiegel“ steht dann: „Die Altersversorgung der Selbständigen ist das Drehen an der Drehorgel.“⁸⁵ Es ist eine wichtige Aufgabe, daß wir denjenigen, die ein gewisses Vermögen haben, das aber keine Versorgung gibt, eben eine Versorgung ermöglichen. Den anderen, die abgesichert sind, wollen wir den Zutritt zum Vermögen geben, aber, Herr Bundeskanzler, der Drang der Arbeitnehmer zum Beteiligungsvermögen ist noch nicht in einem großen Umfange vorhanden, weil sie noch keinen Kontakt damit haben. Unsere Volkswirtschaft will es auch noch nicht in dem ausreichenden Umfange. Wenn also von dieser Seite her die Sache etwas attraktiver gestaltet würde, nämlich rentabler für den einzelnen, der nicht die Möglichkeit hat, in hohe Spekulationen zu gehen, dann sähe es hier wohl besser aus. Da liegt unsere Aufgabe; nicht daß wir fünf oder sechs Töpfe machen. Das sind etwas kleinere Töpfe, als sie Herr Deist früher gewollt hat. Ich habe Herrn Deist damals gesagt, wenn diese Nationalstiftung⁸⁶ kommt, dann sind sie der mächtigste Mann in Deutschland, und kein Kanzler, kein Wirtschaftsminister

84 Ludwig Rosenberg (1903–1970), Gewerkschafter; 1959 stv., 1962–1969 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 244 Anm. 15.

85 Vgl. „Der Spiegel“ vom 25. November 1964 S. 38–47: „Vermögensbildung – Volk aus Papier“. – Zitat in dieser Formulierung nicht zu ermitteln.

86 Deist plante die Errichtung einer „Deutschen Nationalstiftung“ zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Vgl. KLOTZBACH S. 543–545.

kann gegen Sie angehen. Das müssen wir also verhindern. Wir müssen dafür sorgen, daß breite Schichten des Volkes hier mit einsteigen. Wenn wir das unseren Menschen glaubhaft sagen, dann werden wir auch Erfolg haben. Wir müssen auf das hinweisen, was gewesen ist, aber nur deshalb, um damit die Berechtigung nachzuweisen, daß die kommende Entwicklung von uns gestaltet wird.

Die jungen Menschen wissen nicht mehr, was damals gemacht worden ist. Das hat Herr Kollege Kohl mit Recht hervorgehoben. Was wir erzählen, nehmen sie zwar so hin, aber es ist für sie kein Grund, uns zu wählen. Und für mich wäre es, ehrlich gesagt, auch keiner. Wir müssen also in die Zukunft weisen. Diese Vorstandssitzung heute hat einen Beweis dafür gegeben, daß wir schon durch das Tal hindurchgegangen sind. Ich bin davon überzeugt, wenn wir alle arbeiten, wenn wir den Mut haben, auch bei den Aufstellungen der Kandidaten, nicht nur nach Beziehungen usw. zu gehen, dann werden wir auch zu dem von uns gewünschten Erfolg kommen.

Ich möchte schließen mit einem Hinweis auf die Kommunalwahlen. Es wird immer gesagt, wir hätten die Kommunalwahlen verloren. In Niedersachsen haben wir besser abgeschnitten.⁸⁷ Ich will nicht zuviel sagen, aber immerhin hatten wir 80 %, und in meinem Wahlkreis haben wir noch fünf Sitze dazugewonnen. Wenn wir Fehler begehen, müssen wir sie zu überwinden versuchen. Die Leute haben schon Verständnis für uns. Sie haben aber kein Verständnis, wenn wir aufhören, an die Zukunft zu glauben. Ich möchte mich also allen denen anschließen, die in dieser Weise plädiert haben. Dann haben wir keinen Grund, nun irgendwie zu verzagen. Wir müssen mit voller Kraft an die Front gehen. Dann werden wir es auch schaffen. (Beifall.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, daß Sie mir in der vorgerückten Stunde noch das Wort geben. Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Schmücker gesagt hat. Die Aussprache hat heute hier gezeigt, wie überfällig es im Bundesvorstand war, einmal ein echtes politisches Gespräch zu führen. Ich hoffe sehr, Herr Vorsitzender, es schließt sich alsbald eine neue Bundesvorstandssitzung an. Ich möchte mich jedenfalls dafür auch zum Anwalt machen. Ich bin auch der Meinung, daß wir schon das Tal und den Tiefpunkt hinter uns haben, in dem wir uns befanden. Es kommt jetzt darauf an, daß auch der Öffentlichkeit gegenüber das demonstriert wird.

Es wäre gut, wenn wir nicht mehr aus der Defensive heraus argumentierten und nicht etwa zum Schluß dieser Sitzung sagen, daß wir wiederum einig sind, sondern es wäre richtiger zu sagen, wir haben die Herausforderung, die die Zeit an uns stellt, erkannt, und wir werden danach handeln. Wir sollten also durch unsere Handlungen und Taten in der Politik die Einigkeit unserer politischen Gemeinschaft der Öffentlichkeit klarmachen und es nicht bei Verbalnoten bewenden lassen.

⁸⁷ Ergebnis der Kommunalwahlen am 27. September 1964: CDU 37,5 % (1961: 28,2 %), SPD 43,2 % (38,8 %), FDP 9,2 % (6,9 %), DP (9,4 %), GDP/BHE 3,0 % (8,4 %) – AdG 1964 S. 11452.

Herr Vorsitzender! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um zwei Anmerkungen zu machen: Erstens glaube ich, daß wir etwas tiefer schürfen müssen im Hinblick auf das, was wir für die Vergangenheit festgestellt haben, nämlich die Uneinigkeit. Ich unterstreiche das, was Herr Lemke in bezug auf die auseinandergehenden Stimmen, die in der Öffentlichkeit laut geworden sind, gesagt hat. Wir haben uns selber an die Brust zu schlagen. Warum ist es geschehen? Doch nur deshalb, weil wir in der Partei den Eindruck vermittelt bekommen haben, daß in der Führungsspitze unserer Partei und auch in der Fraktion Meinungsverschiedenheiten aufgekommen sind, auf die man sich dann personell berufen konnte. Das muß einmal endgültig mit dem heutigen Tag verschwinden!

Ich greife nun das auf, was Herr Lücke gesagt hat: Wir müssen endlich einmal wieder dazu kommen, uns gegenseitig zu loben, wir müssen dazu kommen, uns gegenseitig nicht nur zu unterstützen, sondern wir müssen auch in der Öffentlichkeit füreinander eintreten. (*Beifall.*)

Dies muß selbst dann geschehen, wenn wir mit einzelnen Maßnahmen nicht einverstanden sind. Dieses Füreinandereintreten fällt uns Deutschen natürlich schwer, und zwar aus einer gewissen Charakteranlage heraus.

Denken Sie an das Beispiel des amerikanischen Wahlkampfes. Dort ist man wirklich nicht zimperlich bei den Auseinandersetzungen, aber man ist auf jeder Seite einig, obwohl sowohl bei den Demokraten wie bei den Republikanern keineswegs alle Leute untereinander einer Meinung sind, im Gegenteil, es gibt auch einen republikanischen Flügel und auch andere Kontroversen, aber man findet sich in einem Wahlkampf immer zusammen und unterstützt sich gegenseitig, ja, man lobt sich in der Öffentlichkeit. Das ist etwas, was wir von jetzt ab auch mit allem Nachdruck tun müssen. Das kann natürlich auch einmal in positiven Interviews geschehen; es darf keineswegs in Interviews geschehen, die geeignet sind, vor aller Öffentlichkeit eine Uneinigkeit zu demonstrieren.

Damit ist eine der Herausforderungen angesprochen, die die Öffentlichkeit an uns als Partei stellt. Wenn wir das sichtbar machen, dann wird die von unvoreingenommenen Beobachtern des Karlsruher Parteitages der SPD festgestellte latente Unsicherheit dieser Partei – trotz des Siegeswillens, den sie nach außen demonstriert hat – noch viel größer werden. Das wird sich wiederum umsetzen in der Öffentlichkeit als ein Erfolg für uns.

Ich bin mit dem Kollegen Barzel der Meinung, daß man in einem 5.000-m-Lauf nicht immer führen soll, sondern vor dem Ziel sollte man erst in Führung gehen. Auch wir sollten in den letzten Monaten vor der Wahl erst an die Führung gehen, um dann in einem großen Endspurt doch als erster das Ziel zu erreichen.

Herr Bundesvorsitzender, noch ein Wort muß ich zu der Kritik sagen, die hier an Herrn Schröder laut geworden ist. Auch ich bin der Meinung – ich habe das auch deutlich gesagt –, daß das Interview von Herrn Schröder außerordentlich unglücklich war, und daß es nicht die Methode und nicht die Art ist, auf Angriffe zu antworten. Aber ich meine, die Gerechtigkeit gebietet es doch wohl, hier auch zu sagen, daß Herr

Schröder dieses Interview nicht gegeben hat in der gezielten Form vor Ihrer Ankunft in Paris. (*Adenauer*: Das ist wohl wahr!) Das hat er uns im Fraktionsvorstand sehr deutlich gesagt.⁸⁸ Ich wiederhole nur das, was Herr Schröder im Fraktionsvorstand gesagt hat, Herr Bundesvorsitzender, das muß hier ausdrücklich vermerkt werden. (*Adenauer*: Er hat es doch korrigiert samstags, damit es sonntags herauskäme!)

Nein, das ist nicht zutreffend nach dem, was Herr Schröder uns gesagt hat. Ich sage das hier deutlich, um das richtigzustellen. Er hat das, ohne daß Sie dem widersprochen haben, im Fraktionsvorstand gesagt. Er hat im übrigen hinzugefügt, daß das Interview einen sehr breiten Raum eingenommen hat und daß dieser erste Satz, nämlich der von der Verengung, nicht von ihm stamme, sondern von dem Journalisten.

Nun hat so ziemlich jeder Glück oder Unglück bei einem Interview, nämlich hinsichtlich der Wiedergabe und der Vollständigkeit. Das trifft auch für andere zu. Insofern bin ich mit allen hier darin einig, daß dieses Interview keine sehr glückliche Handschrift war, aber, Herr Bundesvorsitzender, ich möchte mit genau derselben Offenheit, wie das von anderen Kollegen hier angesprochen worden ist, sagen, daß das Ganze eine Vorgeschichte hat, die nicht erst seit Juli dieses Jahres, sondern schon vorher angefangen hat, die zunächst versteckten, dann weniger versteckten und dann offenen Angriffe gegen die Person Schröders und gegen seine Politik in der Kulmination so stark war, daß ich für meine Person es voll und ganz verstehe, wenn er sich dann auch einmal zur Wehr setzt, um so mehr, als er in den Wochen, wo auch Angriffe gegen ihn gestartet wurden, krank war und sich füglich nicht verteidigen konnte.

Ich möchte ganz klar sagen, daß er nicht mit Interviews begonnen hat, sondern daß es andere waren, und zwar auch für Sie persönlich, Herr Bundesvorsitzender, die in aller Offenheit in der Öffentlichkeit bei Millionen Lesern die Politik des Außenministers Schröder als eine verfehlte – so waren Ihre Worte – deklariert haben. Herr Bundesvorsitzender, Sie erinnern sich an unsere Sitzung im Kreise der Landesvorsitzenden, und zwar acht Tage vor Ihrem Interview.⁸⁹ Da haben Sie noch deutlicher und mit noch mehr Einzelheiten die Politik des Außenministers Schröder angegriffen. Wir haben darüber sehr hart, aber nicht zu Ende diskutiert, weil Herr Schröder nicht anwesend war. Es ist Gott sei Dank aus dieser Sitzung – das möchte ich einmal feststellen – nicht ein Wort an die Öffentlichkeit gelangt. Das zeigt die Disziplin und die Loyalität ihrer auf Landesebene tätigen und führenden Mitarbeiter. Es ist nichts an die Öffentlichkeit gegangen, obwohl es hier in Bonn doch eine seltene Erscheinung ist, daß von einer Sitzung in einem Hotel in Bonn nicht etwas an die Öffentlichkeit dringt, vor allen Dingen dann, wenn es so sensationell war wie das, was nun eben dort ausgesprochen worden ist.

⁸⁸ Vgl. Anm. 57. – Schröder vor Fraktionsvorstand am 2. November 1964 (nur Anwesenheitsliste, Notizen in ACDP VIII-001-1504/2); vgl. Johannes BAUER: Die deutsch-französischen Beziehungen 1963–1969. Aspekte der Entwicklung nach Abschluß des Vertrages vom 22. Januar 1963. Bonn 1980 S. 288–290.

⁸⁹ Vgl. Anm. 36.

Ich meine also, wir sollten aufgrund der gegebenen Anregungen noch einmal eine Aussprache in einem zuständigen Gremium, nämlich des außenpolitischen Arbeitskreises, der Fraktion plus Fraktionsvorstand plus Bundesvorstand, möglichst bald abhalten, und zwar in Gegenwart der Herren Strauß, von Guttenberg, Schröder und einigen anderen. Hier sollten wir also über unsere Situation diskutieren, um dann am Schluß eine außenpolitische Linie festzulegen, an der wir uns bis zu den Wahlen alle halten müssen.

Es ist nicht so, wie es hier immer wieder durchklingt, als ob nun der Außenminister Schröder und damit auch der Bundeskanzler Erhard eine Außenpolitik weiterführe oder eine neue Außenpolitik machte, die uns in einen Gegensatz zu Frankreich und de Gaulle gebracht hätte oder bringen werde. Die Gegensätze in diesen Positionen bestanden doch, Herr Bundesvorsitzender, schon zu der Zeit, als Sie die Bundesregierung geführt und mit General de Gaulle das deutsch-französische Freundschaftsabkommen geschaffen haben. Auch damals gab es schon gegensätzliche Positionen in der Verteidigungspolitik. (*Adenauer*: Wer hat Ihnen das nun wieder aufgezwungen?) Es waren auch Gegensätze in der Europapolitik vorhanden, Herr Bundesvorsitzender. Inzwischen sind wir zwei Jahre weiter, und die Dinge sind jetzt zum Schwur gekommen, weil Entscheidungen nunmehr aufgrund der Tatsache verlangt werden, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten und Präsident de Gaulle über diese große Frage in einem Zwiespalt beziehungsweise in Uneinigkeit befinden und bisher noch kein Gespräch zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Präsidenten von Frankreich stattgefunden hat. Nun bin ich der Auffassung, daß die Rede des Generals de Gaulle in Straßburg eine sehr gute und von uns sehr zu beobachtende Rede gewesen ist, die eine Reihe von Möglichkeiten eröffnet hat. Ich glaube, daß da eine Verhandlungsmarge drin ist, Herr Bundeskanzler Dr. Erhard. Ich glaube, wir wären gut beraten, wenn wir heute nicht wieder gewisse Prioritäten hinstellten. Ich habe Sie vielleicht falsch verstanden, aber Sie haben gesagt, zunächst Frankreich und dann Amerika. Wir sollten gar nicht solche Bewertungen vornehmen. (*Lücke*: „Und“ habe ich gesagt.)

Richtig ist „und“, aber Herr Kollege Lücke, wenn Sie in unsere Bevölkerung hineinhorchen wegen des Sicherheitsbedürfnisses und der Verteidigungsmöglichkeiten und wegen der ganzen Gefahr als Priorität Nummer 1, dann werden Sie von jedem die Antwort bekommen: Das wichtigste für die Bundesrepublik Deutschland heute, gestern wie morgen ist die enge und institutionelle Verbindung mit der größten Macht der freien Welt, nämlich mit den Vereinigten Staaten. Das schließt in keiner Weise aus, daß wir mit Frankreich und einigen anderen europäischen Ländern an Europa weiterbauen müssen, aber nicht in dem theoretisch hochgespielten und immer wieder widersprüchlich entwickelten Gegensatz wegen gewisser verteidigungspolitischer und machtpolitischer Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und General de Gaulle, sondern wir können hier unsererseits immer wieder nur mit dem Gewicht, das wir haben, dafür sorgen, daß hier ein Ausgleich zwischen den beiden Mächten stattfindet.

Ich bin trotz aller Skepsis gegenüber dem sozialistischen Premierminister in England, diese Skepsis habe ich, denn ich war Zeuge in einer Großkundgebung in Hamburg vor wenigen Wochen⁹⁰ und habe dies auch dort gesagt, der Auffassung, daß wir gut beraten sind, wenn wir im Augenblick noch etwas zurückhalten mit unserem Urteil hinsichtlich der Einstellung Großbritanniens zu der Frage MLF und der ganzen nuklearen Beteiligung. Ich bin auch der Auffassung, daß nach dem Gespräch zwischen Wilson und Johnson sich die Dinge anders darstellen, als sie in den letzten Tagen durch Äußerungen von Wilson im House of Commons in London ausgesprochen worden sind.⁹¹ Ich möchte bitten, mit einem endgültigen Urteil zurückzuhalten, bis sich die Dinge etwas klarer abzeichnen; denn ich bin nach wie vor der Auffassung, daß gerade in der verteidigungspolitischen Frage, die für uns von unendlicher Wichtigkeit ist, die Engländer nicht draußen vor der Tür stehen sollen, sondern wir sie dabei haben wegen der ganzen Rückwirkungen, die sich auch für die französische Politik ergeben.

Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, Herr Bundesvorsitzender, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, diese Dinge noch einmal anzusprechen. Wir sind jetzt wirklich aus der Defensive unserer Partei heraus. Wir sind in der Lage, auch in einem ganz anderen Punkt – den ich nur stichwortartig erwähnen möchte – der SPD etwas gegenüberzustellen, nämlich der von der SPD deklarierten Politik der kleinen Schritte. Darüber wird also bei anderer Gelegenheit noch zu sprechen sein. Aber die anderen Fragen wie Berlin, Wiedervereinigung und die gesamte Ostpolitik, dürfen in unserer Diskussion nicht untergehen. Das ist uns natürlich allen sehr hoch im Kopf und im Herzen, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß eine Wahlentscheidung der Bevölkerung im Jahre 1965 recht gefährliche Wirkungen haben kann hinsichtlich unserer Einstellung und unserer Konzentration in dieser für uns entscheidenden Frage, die der Herr Bundeskanzler als das Problem Nummer 1 bezeichnet hat.

Also, meine lieben Parteifreunde, heraus aus der Defensive! Kein Verbalerklärungen mehr über Einigkeit, sondern demonstrieren wir sie durch unsere Politik, die wir in den nächsten Monaten machen werden. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Hellwig.

Hellwig: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Uhr ist fortgeschritten. Deshalb beschränke ich mich auf sehr wenige Bemerkungen. Ich hätte nämlich sonst etwas ausführlicher darüber gesprochen, und zwar aus der Sicht von draußen, aus der europäischen Verantwortung, und zwar über die erfreuliche Herauskristallisierung eines klaren und eindeutigen europäischen Standpunktes, der in den letzten Wochen noch erreicht worden ist.

Die Wahl, von der hier dauernd gesprochen wird, gewinnt derjenige, der das Vertrauen der Mehrheit erhält, aber es ist nicht nur eine Frage des Vertrauens im

⁹⁰ Rede Blumenfelds auf dem Landesparteitag der Hamburger CDU am 7. November 1964 (ACDP III-010-008).

⁹¹ Am 23. November 1964. Vgl. Anm. 37.

Inneren, sondern auch eine Frage des Vertrauens nach außen. Wir hatten einige Monate Sorge, daß das Vertrauen in das Wort der Bundesregierung und der CDU nicht mehr das Gewicht hat, wie wir es als selbstverständlich jahraus, jahrein erwarteten und auch in der Tat hatten.

Deshalb möchte ich gerade hier allen Beteiligten der Bundesregierung und vor allem auch der Fraktionsführung den Dank für den Erfolg bestätigen, den sie erzielt haben, um hier wieder zu einer gemeinsamen Linie zu kommen.

Ich will nun zwei politische Dinge ansprechen. Wer wird die Wahl entscheiden? Meine Damen und Herren! Sehen Sie sich die Wahlbeteiligungsziffern an, sie liegen im Durchschnitt der Kommunalwahlen bei 80 %, bei den Bundestagswahlen zwischen 88 % und 90 %, das heißt, die Masse derer, die nicht zu den Wahlen regelmäßig gehen, wird den Ausschlag geben. Die Entscheidung, überspitzt gesagt, liegt also in der Hand jener Bevölkerungskreise, die wir als politisches Treibholz zu bezeichnen haben. Für diesen Teil der Bevölkerung muß die Hauptarbeit des Wahlkampfes geführt werden. Das ist genau der Teil der Bevölkerung, dessen Einstellung zur Politik unter der Überschrift steht: Politisch Lied, ein garstig Lied! Das ist der Teil der Bevölkerung, der sehr empfindlich ist, wenn Politik ihm dargestellt wird als persönliche Querelen, als Postenjägerei, als gegenseitiges Abschießen usw. Das bedeutet, daß der Stil unserer Arbeit nach draußen nicht nur die Einigkeit demonstriert, sondern daß sie auch verkauft werden muß an diesen Teil. Das ist eben der Kreis der Bevölkerung, an den die SPD ihre Parole richtet, wenn heute ihr Programm offenbar lautet: Nur nicht auffallen! – Wir sollten also in unserer ganzen Aufklärungsarbeit an diesen Teil der Bevölkerung denken, der einstweilen noch keine entschlossene Meinung hat, der aber leider anfällig ist für eines: Mitläufer bei dem zu werden, der die besten Aussichten auf den Erfolg hat.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf unsere innenpolitische Arbeit. Es gibt ein Instrument der Parteiarbeit, indem wir die ehrenamtliche Mitarbeit von Hunderten von Menschen haben, was aber leider seit dem Parteitag ruht, nämlich die Ausschüsse der Partei, deren Berufung noch aussteht. Wir müssen dringend wünschen, daß dieser Beitrag zur innerparteilichen Organisationsarbeit wieder in Gang kommt. Die Mandate sind erloschen mit dem letzten Parteitag. (*Dufhues*: Sie sind alle schon wieder ernannt!) Die Ausschüsse und Unterausschüsse hängen in der Luft.

Adenauer: Das Wort hat Herr *Dufhues*.

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Sie dürfen sicher sein, daß ich ebenso wie alle hier an diesem Tische sehr aufmerksam zugehört habe. Sie dürfen überzeugt sein, daß die vielfältigen Anregungen, die kritischen und die positiven, von uns aufgenommen worden sind und daß sie auch entsprechend verwertet werden. Nun würde ich die mir zur Verfügung stehende Zeit überschreiten, wenn ich im einzelnen jetzt dazu Stellung nähme.

Ich möchte mich zunächst einer persönlichen Verpflichtung entledigen, nämlich Herrn Gerstenmaier und Herrn Schröder ausdrücklich und in aller Form zu entschuldigen. Ich habe mit beiden gesprochen, aber beiden ist es nicht möglich, heute

anwesend zu sein. Wer also deren Abwesenheit vermißt hat, möge sie als entschuldigt ansehen.

Wenn ich die gegenwärtige Situation der CDU ins Auge fasse, dann meine ich, ist sie gekennzeichnet durch eine weitgehende Unsicherheit, die sich zunächst in der Haltung, im Verhalten der Führung der CDU in allen Teilen zeigt. Ich meine, daß wir heute sehr fruchtbar und sehr deutlich Anregungen erhalten haben, um hier nach dem Rechten zu sehen.

Aber, meine lieben Parteifreunde, ich möchte eine personelle Auseinandersetzung aufgreifen, weil sie den künftigen Wahlkampf entscheidend berührt, wenn Sie wollen, belastet. Sie wissen, daß die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten – die Freien Demokraten in unverantwortlicher Verletzung der Loyalitätspflichten, die sie als Koalitionspartner haben – immer wieder den Namen Strauß in den Mittelpunkt der Diskussion stellen und versuchen, auf diese recht trübe Weise Vorteile in der Wahlauseinandersetzung zu erreichen. Lassen Sie mich Ihnen ganz offen sagen, daß diese Diskussionen, die von der SPD und der FDP zielbewußt gesteuert werden, nachhaltigen Widerhall, Unterstützung und Förderung in den eigenen Reihen finden. Wir sollten uns darüber klar sein, daß der nach aller Regel des freiheitlichen Rechtsstaates und der Demokratie in Würdigung seines persönlichen und sachlichen Verhaltens und seiner politischen Grundhaltung von einer großen Mehrheit gewählte Vorsitzende der CSU, ein mit uns aufs engste befreundetes Parteimitglied, auch ministrabel ist. Ob er diese Möglichkeit in Anspruch nimmt, ist weitgehend seiner persönlichen Entscheidung überlassen. Wir werden in aller Freundschaft mit ihm darüber zu sprechen haben.

Ich meine, daß wir in der Diskussion mit der SPD, wenn sie wieder auf diese oder ähnliche Fragen anspielt, sehr hart antworten und die Frage stellen sollten, ob die Sozialdemokratie durch diese Art der Diskussion uns herausfordern will. Wir sollten fragen, ob nicht mit dem Leben z. B. ihres sogenannten Kanzlerkandidaten Begebenheiten und Zeitabschnitte zu verzeichnen sind, die ihn nicht würdig erscheinen lassen, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu sein, und ob das bei anderen nicht auch der Fall ist. Ich formuliere diese Fragen, um Ihnen zu sagen, wie man darauf antworten soll, nicht um eine solche Diskussion herbeizuführen; denn sie würde eine ernsthafte Belastung der gesamten politischen Situation sein.

Ich weiß, daß ich damit ein sehr heißes Eisen angesprochen habe und daß darüber sicherlich unterschiedliche Auffassungen bestehen; aber es hat keinen Sinn mehr, meine Freunde, einfach in der Lethargie, in der Unfähigkeit, uns mit diesem Problem auseinanderzusetzen, solche Fragen zu behandeln.

Sie haben heute in der Diskussion erlebt, daß unsere gesamte Außen-, Sicherheits- und Europapolitik in Bewegung geraten ist. Ich unterstütze jeden Vorschlag, der dahin zielt, hier zumindest intern zu einer stärkeren und besseren Klärung unserer Auffassungen zu kommen. Herr Bundeskanzler! Wir sollten damit einverstanden sein, daß noch vor dem Weihnachtsfest eine Bundesvorstandssitzung stattfindet – das haben Herr Kohl und andere angeregt –, in der wir uns ausschließlich mit diesen Fragen

befassen, an denen nicht nur die Teilnehmer der heutigen Sitzung, sondern auch die Herren Schröder, Gerstenmaier und andere teilnehmen sollten, um hier in den Sachfragen zu einer Klärung der Auffassungen innerhalb der CDU zu kommen.

Sprachregelungen, lieber Herr Röder, sind erst dann möglich, wenn Klarheit besteht und wenn diese Klarheit gemeinsam erarbeitet worden ist. (Röder: Aber durch die Sprachregelung kommen Sie auch zur Klarheit!) Ich bin gerne bereit, jede Sprachregelung mitzumachen, aber nicht auf dem Boden unterschiedlicher Auffassungen, wie sie heute auch in dieser Vorstandssitzung in Erscheinung getreten sind.

Unsere Bevölkerung verspürt Unsicherheit auch in den Bereichen der Innenpolitik, wenn ich nur die Situation des Bergbaus⁹² erwähne, das gilt auch für die schwierigen Fragen, die sich für die Landwirtschaft hinsichtlich des Getreidepreises in diesen Tagen ergeben. Sie werden mir also zustimmen, daß hier noch eine Klärung herbeigeführt werden muß. Ich möchte namens der Partei, soweit ich dazu berufen bin, Herrn Bundeskanzler Erhard, Herrn Dr. Barzel, Herrn Schmücker und allen Herren, die daran beteiligt waren, dafür danken, hier Lösungen gefunden zu haben, die uns sehr viel weitergeholfen haben.

Meine lieben Freunde! Ich möchte vor einem Wort warnen, das ich heute verschiedentlich gehört habe, nämlich davor: Es gibt einen Trend zur SPD, der die Sozialdemokratie im September nächsten Jahres zur Macht führen wird. – Es gibt keinen Trend! Es gibt nur Antworten der Wähler auf Versagen oder Nichtversagen, auf Erfüllung unserer Pflichten oder auf Nichterfüllung unserer Pflichten. Was Herr Hellwig sagte, ist absolut richtig. Nach dem Durchschnitt der Wahlen der letzten drei Jahre haben sich etwa elf Millionen Wähler nicht an den Wahlen beteiligt. Dieses große Wählerreservoir, ergänzt noch durch das Reservoir, das in einzelnen kleinen Parteien gegeben ist, gibt vielfältige Möglichkeiten nicht nur in der Wiedergewinnung von Wählern, die uns untreu geworden sind, sondern auch in der Erschließung neuer Wählerschichten, so daß wir also mit großem Optimismus in die Wahl gehen können. Nur eines sollten wir nicht tun, wir sollten der SPD nicht gestatten, wie ein Dieb in der Nacht zu der Regierung hinzuschleichen.

Diese Methode haben wir aber in einem Maße gestattet, das geradezu unverantwortlich ist. Ich möchte aber hier vor dem Parteivorstand feststellen, daß in den letzten Jahren die Partei sehr viel fleißiger gewesen ist als in früheren Jahren. Dies gilt nicht nur für die Kreisverbände, sondern auch für die Landesverbände und vor allen Dingen für die Ausschüsse, deren Berufung zeitig erfolgt ist, lieber Herr Hellwig. Auch die Ausschüsse haben jede Möglichkeit zu arbeiten.

92 Aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau vom 29. Juli 1963 (BGBl I S. 549) kam es zu zahlreichen Zechenstillegungen. Die Bundesregierung hatte soziale Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Bergarbeiter angekündigt. Vgl. dazu: Martin MARTINY/Hans-Jürgen SCHNEIDER (Hg.): Deutsche Energiepolitik seit 1945. Vorrang für die Kohle. Dokumente und Materialien zur Energiepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Köln 1981.

Meine lieben Parteifreunde! Glauben Sie auch nicht, daß uns die großen Kongresse, die unter sehr sorgfältiger Vorbereitung durchgeführt worden sind, einfach geschenkt werden. Ich denke an den Verteidigungspolitischen Kongreß, den Gesundheitspolitischen Kongreß, den Jugendkongreß, den Kulturpolitischen Kongreß und an den in den nächsten Tagen stattfindenden Frauenkongreß.⁹³ Würdigen Sie auch, welche Fülle von Anregungen und meinungsbildenden Erklärungen und Vorschlägen aus den jeweils betroffenen Bevölkerungsschichten gekommen sind. Solche Kongresse der Bundespartei haben nur dann Erfolg, wenn die zentralen Fragen der Führung gelöst sind, wenn in den zentralen Fragen der Politik in den Bereichen, von denen ich eingangs gesprochen habe, Klarheit, Festigkeit und Eindeutigkeit erreicht worden ist.

Ich stimme Ihnen zu, daß wir gerade jetzt vor der Bundestagswahl noch sehr viel tun müssen, um die CDU ebenso wie die CSU in der Öffentlichkeit noch stärker in Erscheinung treten zu lassen. Ich meine, daß Sie mir zugestehen können, daß die Einrichtung des Sprechers der CDU in der Tätigkeit des Herrn Dr. Rathke sich bewährt hat. (*Beifall.*) Es vergeht kein Tag, an dem nicht die CDU Stellung nimmt, und gerade jetzt anläßlich des Parteitages der SPD hat gerade Dr. Rathke sehr hart und klar die Stellung bezogen, die die Stellung der Partei ist. (*Beifall.*) Ich habe gestern mit einem weiteren Mitarbeiter verhandelt, der die Aufgabe übernehmen soll, in Zukunft – nicht nur bis zur Bundestagswahl – engsten Kontakt zu der Provinz- und Lokalpresse zu halten.⁹⁴ (*Beifall.*) Er wird systematisch diese Arbeit übernehmen, um im Lande laufend zu wirken und jenen persönlichen Kontakt herzustellen, der ihm die Möglichkeit gibt, Informationen der Partei weiterzugeben.

Wir stehen in Kürze hoffentlich auch vor der Lösung der Frage, einen Journalisten zu gewinnen, der engsten Kontakt hält und dauernde Informationen an die kirchliche Presse gibt, die mit einer Auflagenzahl von elf Millionen Exemplaren ungewöhnlich gut meinungsbildend sein kann. Hier sind also vielfältige Aufgaben in Angriff genommen. Ich hoffe, daß sie noch vertieft werden können. Diese Vertiefung erhoffe ich mir davon, daß wir endlich auch die „Konrad-Adenauer-Stiftung Akademie Eichholz“ in der Führung klar geregelt haben. Unter der politischen Verantwortung des Präsidiums der CDU werden insbesondere die Herren Thedieck⁹⁵ und Müller-Armack⁹⁶ den Vorstand dieser Einrichtung bilden und systematisch die Aufgaben lösen, die uns gestellt

93 Zu den Kongressen vgl. Nr. 16 Anm. 41–44 und 47.

94 Möglicherweise einer der Mitarbeiter der Abt. I: Presse (René Ahrlé, Anton Georg Grützner, Heinz Dziedziezak, Dr. Hans-Günther Reichel).

95 Franz Thedieck (1900–1995), Jurist; 1949–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1961–1966 Vorsitzender des Verwaltungsrates und 1966–1972 Intendant des Deutschlandfunks, 1964–1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

96 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), 1940 Professor für Nationalökonomie und Soziologie in Münster, 1958–1963 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1964–1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 463 Anm. 60.

sind hinsichtlich des Studienzentrums und der vielfältigen anderen Probleme.⁹⁷ Ich hoffe, daß unter der Mitwirkung beider Herren, die sehr bereit sind mitzuarbeiten, die Akademie Eichholz endlich etwas wird, was die Sozialdemokratie weitgehend mit Unterstützung der Bundesregierung seit Jahren in Bergneustadt erreicht hat.

Herr Grundmann und andere Herren haben die Organisation der Partei angesprochen. Ich bin dankbar für die Aufforderung, daß zentraler geführt werden soll. Ich hoffe, daß der Appell an eine stärkere zentrale Führung der Partei uneingeschränkte Resonanz in allen Landesverbänden findet. Ich bin auch der Meinung, daß wir die KPV stärker an die Partei heranziehen müssen. Das ist dankenswerterweise räumlich geschehen, ich hoffe aber, daß das auch personell und sachlich künftig verstärkt geschehen wird.

Ich verspreche mir einen engeren Zusammenhalt zwischen CDU und CSU auch davon, daß wir den Landesvorsitzenden der CSU regelmäßig an unseren Landesvorsitzendenkonferenzen teilnehmen lassen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Einladung des Vorsitzenden der CSU angenommen würde, die nächste Sitzung der Landesvorsitzenden der CDU/CSU in München stattfinden zu lassen⁹⁸, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß wir im Grunde eine politisch einheitliche Partei sind.

Wir sind auch weitergekommen auf dem Gebiete des Hauses für die Partei. Trotz aller negativen Unkenrufe bin ich der Meinung, daß wir dieses Haus bauen sollen. Ich hoffe, daß wir noch vor den Bundestagswahlen den Grundstein legen können, um dann diese Einrichtung trotz aller Bedenken zu schaffen.⁹⁹ Ich denke nicht daran, die Partei in zwölf oder vierzehn Filialen in Bonn unterkommen zu lassen und keinerlei Überblick zu haben. Wir müssen den Mut haben, uns Einrichtungen zu schaffen, die das ermöglichen, was von Ihnen allen verlangt wird. (*Zuruf*: Erst nach der Wahl!) Mein Lieber! Wer wird denn die CDU nicht wählen, weil sie den Grundstein für ein Haus legt, das in drei Jahren erbaut wird? Dann können Sie es vor dieser Wahl und bei der nächsten Wahl nicht tun. Dann kommen Sie niemals weiter. Ich bin der Meinung, dieses Haus muß gebaut werden. (*Zuruf*: Ohne Grundsteinlegung!) Ohne Grundsteinlegung, ohne Presseerklärung, ohne jede Verlautbarung. Das ist völlig richtig. Heimlich, still und leise!

Am wichtigsten scheint mir für das kommende Jahr die enge Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen zu sein. Sie wissen, daß wir sehr engen Kontakt zu Presse, Rundfunk und Fernsehen halten. Sie wissen, daß in regelmäßigen Abständen Besprechungen mit den Angehörigen der Aufsichtsgremien und mit den Journalisten bei den Rundfunkanstalten stattfinden. Ich bitte Sie, meine lieben Parteifreunde, in

97 Thedieck und Müller-Armack wurden bei der Gründung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. am 13. Oktober 1964 zu Vorsitzenden gewählt.

98 Die nächste Landesvorsitzendenkonferenz fand am 16. Februar 1966 in Bonn statt. Protokoll in ACDP VII-004-033/3.

99 Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 205, 261. Das Konrad-Adenauer-Haus wurde 1973 bezogen.

Ihrem Bereich das gleiche zu tun. Wir haben personell im Rahmen des Fernsehens einiges erreicht. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß die beiden Leiter der „Tagesschau“ unsere Freunde sind, daß der Leiter des Fernsehens Bonn unser Mann ist.¹⁰⁰ (*Katzer*: Noch nie gehört!) Noch nie gehört, Katzer? Ich bin gerne bereit, Sie mit unseren Parteifreunden bekannt zu machen. (*Katzer*: Das ist wunderbar!) Das hätten Sie auch von sich aus ohne weiteres tun können. Sie sollten den engsten Kontakt hier zu Herrn Hammerschmidt haben, der von der CSU kommt und der Leiter des Fernsehens in Bonn ist. Ich bitte Sie, von sich aus Initiative zu entfalten und Kontakte zu pflegen, die notwendig sind.

Ich will nicht näher eingehen auf die Vorbereitung der Bundestagswahl. Sie wissen, daß ich für Januar und Februar vier große Regionalkonferenzen vorbereitet habe, die für den norddeutschen Bereich, für Nordrhein-Westfalen, für den südwestdeutschen Bereich und für Baden-Württemberg stattfinden werden. Wir werden in eineinhalbtägigen Konferenzen systematisch die politischen, die organisatorischen und die sonstigen Fragen behandeln, die mit der Vorbereitung der Bundeswahl zusammenhängen. Ich möchte Sie herzlich bitten, tun Sie jetzt bereits das, was notwendig ist. Es muß in jedem Bundestagswahlkreis eine intakte Geschäftsstelle vorhanden sein, die wenigstens das Minimum an organisatorischen und sonstigen Aufgaben erfüllen kann, die dort zu erfüllen sind. Sie sollten also das bereits vor den Regionalkonferenzen einrichten und qualifizierte Leute gewinnen, die den schwierigen Aufgaben eines Bundestagswahlkampfes gewachsen sind.

Nun wäre ich versucht, mit einem abgewandelten Wort des Präsidenten Kennedy zu schließen: Fragen Sie nicht immer, was die Bundespartei für Sie tut, fragen Sie gelegentlich auch, was Sie für die Bundespartei tun können. – Wenn wir in diesem Geiste uns zusammenfinden, dann kommen wir zu einer guten Arbeit. (*Lebhafte Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Kollege Barzel.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar kurze Bemerkungen zu der Anregung machen, wir sollten uns noch vor Weihnachten zusammenfinden, um über die Meinungen, die hier bestehen, zu sprechen. Ich bin dagegen, diese Sitzung noch vor Weihnachten anzusetzen, weil es praktisch nicht mehr möglich sein wird. Wir brauchen die ersten beiden Wochen des Dezembers für unsere Arbeit hier im Hause. Wir können nicht einen einzigen Arbeitstag dazu entbehren. Wir brauchen die Minister dazu. Der Dezember ist außerdem voller internationaler Termine der NATO

100 Hans-Joachim Reiche (geb. 1921), Journalist; 1946–1958 Mitarbeiter des NWDR bzw. NDR, 1958–1959 stv. Chefredakteur der Illustrierten „Quick“, 1960–1970 Chefredakteur der „Tagesschau“, 1970–1972 Korrespondent der Sender SFB, SWF und Radio Bremen in London, 1972–1984 Leiter des ZDF-Studios Bonn. – Helmut Hammerschmidt (geb. 1920), 1947–1949 Redakteur und Lizenzträger des Parteiverlages der CSU in München, 1949–1961 Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks (1957–1961 Chefredakteur), 1961–1964 Chefredakteur beim Süddeutschen Rundfunk, 1964–1965 Leiter des Studios Bonn des Deutschen Fernsehens, 1965–1977 Intendant des Südwestfunks.

und anderer Gremien. Der 15. Dezember ist der Tag des Getreidepreises.¹⁰¹ Bis dahin ist es einfach nicht möglich, für einen ganzen Tag die Leute zusammenzubekommen. Sonntags hat es keinen Sinn, die Kollegen zusammenzurufen.

Ich habe deshalb eine herzliche Bitte und schlage vor, im Monat Januar eine Vorstandssitzung abzuhalten, in der auch dieses Thema erörtert werden soll. Ich bitte aber darum, jetzt um Gottes willen nicht hinauszugehen und zu sagen, wir haben deshalb, weil wir nicht einig sind, eine Sitzung für dann und dann vorgesehen. Wenn es nämlich so wird, dann haben wir für drei Wochen wieder eine furchtbar spannende Zeit. Wir sagen also, es ist eine normale Vorstandssitzung im Januar, in der wir dann über diese Dinge sprechen, ohne daß wir heute nun groß plakatieren, das und das wird dort gemacht. Wenn das nicht geschieht, fürchte ich, kommen wir weiterhin gegenseitig in große Schwierigkeiten. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ein Thema, das ich gern erörtert hätte, ist die Frage der kommunalen Wahlen. Warum haben wir diese verloren? Das hat doch einen Grund gehabt, wahrscheinlich mehrere Gründe, die doch sehr deprimierend sind.

Nun, Herr Kollege Dichtel, will ich Ihnen sagen, warum ich dieses Interview gegeben habe. Ich habe die Herren eingeladen, um die Sache zu besprechen, und zwar die Landesvorsitzenden. Ich war sehr deprimiert davon, daß das offenbar alles schon verdaut war und keiner mehr besondere Herzensschmerzen dabei hatte. Da habe ich mir gesagt, nun muß einmal auf den Tisch geklopft und Porzellan kaputtgeschlagen werden. Das war mein Wunsch.

Im übrigen, meine Herren, wäre ich unehrlich, wenn ich nun sagen würde, daß ich diese optimistischen Darstellungen alle für richtig hielte. Ich halte sie nicht für richtig. Ich meine, wir werden uns davon auch noch überzeugen. Wie wir die Sache noch machen werden, müssen wir überlegen. Nun ist gewünscht worden, mehr Vorstandssitzungen abzuhalten. Gewiß, meine Herren, in den ersten fünf, sechs und sieben Jahren seit dem Bestehen unserer Partei haben sehr viel mehr Vorstandssitzungen stattgefunden. Das ist aus den stenographischen Protokollen zu ersehen, die mir alle vorliegen. Aber damals kamen die Herren auch noch zu den Sitzungen. Heute, meine Herren, ist es doch sehr mühsam, eine voll oder auch nur einigermaßen besetzte Vorstandssitzung zusammenzubekommen. Der eine kann nicht, der andere hat jenes, das ist heute im Grunde in gewisser Weise verständlich; denn seit dieser Zeit hat ja jeder persönlich mehr Arbeit als damals.

Was also die Vorstandssitzungen angeht, so besteht bei mir gar kein Widerstand dagegen, im Gegenteil, ich habe bisher aus den früheren Vorstandssitzungen immer etwas Gutes mit nach Hause genommen.

¹⁰¹ Tagung des Ministerrates der EWG am 14. und 15. Dezember 1964, auf der die Angleichung der Getreidepreise beschlossen wurde (AdG 1964 S. 11589–11591) und der NATO vom 15. bis 17. Dezember 1964 in Paris (EBD. S. 11591–11594).

Nun wollen wir heute nachmittag aus der Sitzung des Parteiausschusses auch etwas Gutes mit nach Hause nehmen.¹⁰² Hier müssen wir uns noch darüber verständigen, wie der Ablauf heute mittag sein soll. Es wird heute nachmittag die ganze Presse anwesend sein. Nun meine ich, mit der Kritik, die wir heute ausgesprochen haben, haben wir dem Verlangen und der Notwendigkeit doch Genüge getan. Wir sollten nun heute nachmittag nicht wieder unsere Einigkeit demonstrieren in der Hinsicht, daß wir es noch weiter nötig hätten, uns zusammenzurufen, (*Lebhafter Beifall*) sondern wir sollten unsere Einigkeit ganz klar zeigen. Deswegen schlage ich Ihnen vor, daß der Herr Bundeskanzler zunächst einen Vortrag hält, dann wird Herr Kollege Barzel sprechen. Er wird aber heute nachmittag nicht so kurz wie heute morgen, sondern länger sprechen. Dann habe ich eben bei Herrn Dichtel anfragen lassen, ob er bereit ist, auch einen Vortrag heute nachmittag zu halten. (*Dichtel*: Ich kann nicht, ich muß wegfahren!) Sehen Sie, meine Herren, das ist schon einer, der weg muß. Es ist also immer dasselbe. (*Zuruf*: Herr Dufhues!) Nein, wir wollen keinen von uns hier haben, sondern wir möchten einen Herrn von Ihnen reden lassen. (*Zuruf*: Herr Dr. Kohl!) Herr Kohl, wollen Sie es machen?

Kohl: Ich höre eben, daß die CDU-Presse heute nachmittag anwesend ist. Dann steht es doch auch in den Zeitungen am Montag. Nun halte ich nicht dafür, daß wir heute mittag diesen Punkt, über den wir lange diskutiert haben, noch einmal eingehend im Detail diskutieren. Ich habe das auch nie so verstanden. Ich würde sagen, man muß heute zu zwei Beschlüssen kommen; die braucht man aber heute nachmittag überhaupt nicht öffentlich zu erwähnen, denn es spricht sich in kurzer Zeit doch herum, was heute früh war. Man kann also sagen, bei der Vorstandssitzung heute früh war eine ganz klare und offene – Sie können auch ein anderes Attribut wählen – Diskussion, und damit hat es sich! Warum wollen Sie heute nachmittag drei Referate abhalten? Die Sitzung beginnt frühestens 15.15 Uhr. Es ist Freitag. Ich brauche kein Prophet zu sein, um zu sagen, was sich dann abspielen wird.

Wenn der Herr Bundeskanzler einen Bericht zur Lage gibt – das muß er wohl tun – und der Herr Barzel auch – der hat es in ganz besonderer Weise verdient –, dann bleibt für die Sachdiskussion noch eine Zeit übrig. Ich würde aber nicht dafür plädieren, noch ein weiteres Referat hineinzupropfen.

Ich schlage vor, daß bei der Eröffnung heute nachmittag der Herr Bundesvorsitzende oder auch der Geschäftsführende Vorsitzende darauf hinweist, daß es heute früh im Bundesvorstand eine mehrstündige, und zwar mehr als freimütige und offene Diskussion gegeben hat. Das verstehen unsere Leute absolut. Das andere, Herr Bundeskanzler, spricht sich von alleine rund im Rahmen der Partei. Darüber brauchen wir keine Sorge zu haben. (*Adenauer*: Was verstehen Sie unter „mehr als freimütig“?) Ich meine das, was wir hier gemacht haben. (*Heiterkeit*.) Ich bin gerne bereit, das hier zu sagen.

102 Protokoll in ACDP VII-001-022/7.

Ich möchte formal noch zwei Anträge stellen: Erstens, daß wir aufgrund der Anregung des Kollegen Barzel im Laufe des Monats Januar eine Sitzung des Bundesvorstandes mit dem Fraktionsvorstand veranstalten, die einen ganzen Tag dauern soll, damit wir uns über die Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik eingehend unterhalten können. (*Barzel*: Sie meinen den Bundesvorstand?) Und den Fraktionsvorstand. Warum nicht, Herr Kollege Barzel, das sind so viele Leute nicht. (*Zuruf*: Das sind über 100 Leute!) Ich möchte aber, daß auf alle Fälle die Herren Strauß und von Guttenberg dabei sind; denn wenn diese Herren nicht dabei sind, hat das Ganze keinen Sinn. Es muß weiter sichergestellt sein, daß unsere Freunde Gerstenmaier und Schröder anwesend sind. Herr Bundeskanzler! Sie selbst haben ja noch einmal ein Fragezeichen gesetzt. Es muß also über die Sache nochmals gesprochen werden. Ich bin mit Ihnen einig, Herr Barzel, daß wir nicht eine besondere Sitzung, sondern eine normale Bundesvorstandssitzung machen. Darüber reden wir gar nicht. Ich hoffe nicht, daß die Tagesordnung an die Presse gegeben wird über das, was wir im Bundesvorstand besprechen wollen.

Mein zweiter Antrag ist genauso wichtig, daß nämlich der Bundesvorstand beschließen möge, auf Antrag von drei Landesverbänden unverzüglich eine Bundesvorstandssitzung einzuberufen. Wir sollten uns darüber klar sein – das möchte ich aber nicht in diesen Beschluß hineinbringen –, daß wir bei jedem, ungeachtet der Persönlichkeit, der eventuell noch aus der Reihe tanzt, ein Exempel statuieren. Ich möchte noch einmal wiederholen: Das soll also nicht in den Beschluß kommen, sondern er soll nur beinhalten, daß drei Landesverbände in der Lage sind, durch Antrag unverzüglich eine Bundesvorstandssitzung zu erreichen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Lücke.

Lücke: Herr Dr. Kohl, darf ich Ihren Vorschlag umdeuten? Ich halte es für falsch, eine Vorstandssitzung für den Monat Januar mit dem Thema „X, Y, Z und den Personen sowieso“ einzuberufen, sondern ich schlage in Verbindung mit Ihren beiden Vorschlägen vor: Der Vorstand beschließt, bis zur Wahl jede vier Wochen zusammenzutreten. (*Kohl*: Gut, aber wir machen das gleiche!)

Adenauer: Meine Herren! Nehmen Sie doch bitte von mir folgendes an: Es ist völlig unmöglich, eine wirklich ernste Sitzung über die ernstesten außenpolitischen Fragen in einem größeren Kreis durchzuführen. (*Kohl*: Es sind doch nicht mehr als 40 Leute. Da muß es doch wohl möglich sein, daß wir uns mit diesen Leuten unterhalten können, Herr Bundeskanzler!) Ich sage Ihnen, es ist unmöglich, Herr Kohl. Heute nachmittag können wir mal ein Gespräch haben, dann will ich Ihnen sagen, was ich z. B. hier sehr gerne gesagt hätte, aber ich habe es mir verkniffen, weil mir der Kreis zu groß ist und weil es dann zu leicht ungewollte Indiskretionen gibt.

Wir sind aber wohl alle dafür, wenn drei Landesverbände beantragen, eine Sitzung des Bundesvorstandes abzuhalten, und wenn sie garantieren, daß mehr als die Hälfte ihrer Leute hier sind, dann wollen wir es machen. Aber die Garantie müssen sie übernehmen.

Und heute nachmittag würden Sie, Herr Bundeskanzler, und dann Sie, Herr Kollege Barzel, reden, und dann folgt eine kurze Debatte. (*Zustimmung. – Zurufe:* Natürlich!) Meine Herren! Natürlich ist nichts. Ich hätte beinahe gesagt, Sie sind doch noch ein junger Mann. Meine Herren, glauben Sie mir etwas, ich bin zwar alt, aber so alt bin ich auch nicht, daß ich nicht die Situation richtig beurteilen könnte. Ich will Ihnen sagen, wenn wir nicht die Wähler geradezu aufpeitschen, dann verlieren wir die Wahl; denn gerade dieser Mißerfolg bei den Kommunalwahlen wirkt sich aus auf alle diejenigen, die auf alle Fälle mit der gewinnenden Partei sein wollen. Ich habe es doch von jungen Ärzten und von anderen Leuten gehört, die sich jetzt schon von der SPD Parteibücher geben lassen. (*Zuruf:* Auch Olympiasieger!)

Also, meine Herren, es wird eine sehr intensive Arbeit nötig sein, wir müssen ins Detail gehen; wir werden noch ein Parteiprogramm aufstellen müssen, das wir dem Parteitag vorlegen wollen. Dann müssen Sie noch über den Parteitag beschließen, der in der zweiten Hälfte des Monats März in Düsseldorf stattfinden soll. (*Dufhues:* Vom 28. bis 31. März, von sonntags bis mittwochs in Düsseldorf. So ist der Vorschlag des Präsidiums!)

Adenauer: Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Herr Bundeskanzler! Ich bin der Überzeugung, daß nachher bei der Sachdebatte über die beiden Referate sicherlich etwas hochkommt, nicht mehr von uns, aber irgendwie von unseren Parteifreunden. Deshalb wollte ich darum bitten, daß wir versuchen sollten, die Sache möglichst schnell wegzubekommen. Es hat keinen Zweck, die Ausführungen von heute morgen heute nachmittag nun zu wiederholen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Ich habe nur Sorge, meine Herren, vor einer außenpolitischen Debatte in dieser gegenwärtig schwierigen außenpolitischen Situation. Das muß doch jeder einsehen; sonst meinetwegen eine Debatte, aber nicht über die außenpolitische Situation.

Scheufelen: So ganz können wir eine Debatte nicht abstellen, denn sonst sagen die Leute, warum fahren wir eigentlich nach Bonn?

Adenauer: Das Wort hat Herr Röder.

Röder: Wir haben heute morgen das gesagt, was in einem kleinen Kreise gesagt werden kann. Wir sind einig geworden, daß wir heute nachmittag in diesem großen Kreis die Dinge vermeiden müssen, die heute morgen durchaus angebracht waren. Wir sollten heute nachmittag in der Diskussion unseren eigenen Beitrag leisten und dafür sorgen, daß die Sitzung heute nachmittag eine Form behält, die das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit schützt.

Adenauer: Ich will Ihnen sofort ein praktisches Beispiel sagen. Herr Blumenfeld hat eine Rede gehalten, die ich für völlig unmöglich halte. (*Röder:* Aber heute nachmittag wird er ganz anders sprechen, Herr Bundesvorsitzender! – *Heiterkeit.*) Ich weiß nicht, wie Sie ihn einschätzen! (*Erneute Heiterkeit.*) Das kann ich vorher nicht wissen; denn er könnte doch einen Umfall bekommen. (*Heiterkeit.*) Und dann müßte man unter allen Umständen antworten. Er ist z. B. in ganz wesentlichen

Punkten falsch orientiert. Das habe ich doch aus dem gehört, was Sie eben gesagt haben. Deswegen möchte ich Sie dringend bitten, meine Herren, gerade weil die außenpolitische Situation so schwierig ist und weil unser Bundeskanzler vor einer großen Entscheidung steht, an dieser Sache jetzt nicht zu rühren. – Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Ich habe den Antrag so aufgefaßt, daß wir nunmehr beschlossen haben, auf Antrag von drei Landesverbänden muß eine Parteivorstandssitzung jeweils einberufen werden. Nun ist noch eine Frage offen, nämlich der Antrag von Herrn Kohl, der sich auf das stützte, was Herr Barzel und andere hier vorgetragen haben, nämlich eine Sitzung im Januar abzuhalten. Ich habe nicht ganz verstanden, ob wir uns nun einig sind, daß diese Sitzung stattfinden soll. (*Viele Zurufe:* Ja!)

Adenauer: Herr Kollege, bis dahin ist so viel neuer Stoff da, daß wir zwei Sitzungen abhalten können. Verlassen Sie sich darauf. Wir kommen doch immer näher zu den Wahlen. Dann häuft sich das Ganze. Also, es soll im Januar eine Sitzung stattfinden. (*Beifall.*) Bitte sehr, Herr Kollege Lücke.

Lücke: Ich habe noch eine Frage. Ich hatte vorgeschlagen, im nächsten Halbjahr einen Städtebaukongreß zu veranstalten.¹⁰³ Nun frage ich, ob der Bundesvorstand den Vorschlag akzeptiert. (*Dufhues:* Das braucht der Vorstand nicht zu akzeptieren!)

BUNDESPARTEITAG 1965

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden, daß der Parteitag in den Tagen, die eben genannt wurden, in Düsseldorf stattfindet? (*Lebhafter Beifall.*)

Dufhues: Der Parteitag ist also vorgesehen vom 28. bis 31. März in Düsseldorf.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Burgbacher.

VERSCHIEDENES

Burgbacher: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Zeit ist so weit fortgeschritten, daß Sie wahrscheinlich keine innere Einstellung mehr zu den Fragen des Parteiengesetzes und des Abkommens über die Wahlkampfkosten haben. Ich erlaube mir deshalb, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, da ohnehin einige interne Vorgänge dafür sprechen, der Bundesvorstand möge dem Präsidium die Vollmacht übertragen, die Fragen des Parteiengesetzentwurfes und der Wahlkampfkostenbegrenzung zu erörtern. (*Zustimmung.*)

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden. Dann danke ich allen und schließe damit die Sitzung.

¹⁰³ Raumordnungskongreß „Deutschland morgen“ der CDU/CSU vom 24. bis 26. Mai 1965 in Saarbrücken. Unterlagen in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION; vgl. Nr. 14 Anm. 85.